

Landtag von Baden-Württemberg

138. Sitzung 15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 1. Oktober 2015 • Kunstgebäude

Beginn: 9:36 Uhr Mittagspause: 13:47 bis 14:45 Uhr Schluss: 16:46 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4. Fragestunde – Drucksache 15/7399
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Elke Brunnemer. 8235	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Blenke CDU – Verantwortlichkeit der Landesregie-
Absetzung der Tagesordnungspunkte 2, 6 und 7 8274	rung zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in Baden-Württemberg
1. Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Winfried Vrotsehmann zur Flüchtlings und	
dent Winfried Kretschmann zur Flüchtlings- und Integrationspolitik der Landesregierung – Herausforderung bewältigen, Verantwortung übernehmen, Integration zum Erfolg führen	Abg. Thomas Blenke CDU
und Aussprache	Abg. Niko Reith FDP/DVP 8277, 8278
Ministerpräsident Winfried Kretschmann. 8235, 8265 Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 8243, 8269 Abg. Guido Wolf CDU 8250, 8267 Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 8256, 8271 Abg. Claus Schmiedel SPD 8260, 8273	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Verbesserte Notfallversorgung für den Landkreis Schwäbisch Hall durch neuen Luftrettungsstandort im bayerischen Dinkelsbühl-Sinbronn 8278
2. Aktuelle Debatte – Baden-Württemberg – Spit- zenplatz in der frühkindlichen Bildung – bean- tragt von der Fraktion der SPD abgesetzt (8274)	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 8278, 8279 Minister Reinhold Gall 8278, 8279
3. Aktuelle Debatte – Mindestlohn in Handwerk und Mittelstand: Was von der guten Absicht in	4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Burger CDU – Einrichtung einer Bedarfsorientierten Erst- aufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Japa-
der Praxis ankommt – beantragt von der Frakti-	nischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau 8279
on der FDP/DVP	Abg. Klaus Burger CDU 8279, 8281
Abg. Niko Reith FDP/DVP 8283	Ministerin Bilkay Öney 8279, 8280, 8281, 8282
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	Abg. Winfried Mack CDU
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE 8287	Abg. Karl Zimmermann CDU 8280, 8281
Abg. Rainer Hinderer SPD	Abg. Niko Reith FDP/DVP 8281
Ministerin Katrin Altpeter 8289	Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 8282

- 4.5 Mündliche Anfrage des Abg. Georg Wacker CDU **Kopftuchverbot** zurückgezogen (8283)
- 6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos im kommunalen Haushaltsrecht (Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung) Drucksache 15/7340... abgesetzt (8274)
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Juni 2015 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem Drucksachen 15/7066, 15/7208
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Juni 2015 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg Beitrag Nr. 25: Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH Drucksachen 15/7051, 15/7209

- 10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2015 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg Beitrag Nr. 6: BOS-Digitalfunk Baden-Württemberg Drucksachen 15/7074, 15/7210
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2015 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg Beitrag Nr. 14: Der Abzug von Mehraufwendungen für die doppelte Haushaltsführung als Werbungskosten Drucksachen 15/7075, 15/7214
- 12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Juni 2015 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg Beitrag Nr. 17: Kommunaler Straßenbau Ausbau der Kreisstraße zwischen Rust und Ringsheim Drucksachen 15/6991, 15/7212
- 13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Juni 2015 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg Beitrag Nr. 19: Umgang der Steuerverwaltung mit Rentenbezugsmitteilungen Drucksachen 15/7065, 15/7215
- 14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Mai 2015 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg Beitrag Nr. 22: Zusätzliche Ausrüstung von Streckenbeeinflussungsanlagen an den Bundesautobahnen A 8 und A 81 durch das Land Baden-Württemberg Drucksachen 15/6952, 15/7211

- 15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu
 - a) der Mitteilung des Rechnungshofs vom 2. April 2015 – Beratende Äußerung "Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds"
 - b) der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission "Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik"

Drucksachen 15/6699, 15/7036, 15/7216

16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

	vom 6. Juli 2015 – Veräußerung des landeseigenen Gebäudegrundstücks Hauptstraße 10/12 in Bad Waldsee – Drucksachen 15/7130, 15/7213
17.	Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/7382, 15/7383, 15/7384, 15/7385, 15/7386, 15/7387, 15/7388
18.	Beschlussempfehlungen und Berichte der Fach- ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von

Protokoll

über die 138. Sitzung vom 1. Oktober 2015

Beginn: 9:36 Uhr

Präsident Wilfried Klenk: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 138. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Graner, Herrn Abg. Dr. Reinhart, Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr und Herrn Abg. Stratthaus erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Bayer, Frau Abg. Schmid und Herr Abg. Wacker.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Herr Minister Bonde, Herr Minister Friedrich und Herr Minister Dr. Schmid sowie Frau Abg. Aras und Herr Abg. Klein, die Herrn Minister Dr. Schmid auf der Delegationsreise in die Türkei begleiten, sowie zwischen 13:30 und 15:30 Uhr Frau Ministerin Krebs.

Eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

 Mitteilung des Rechnungshofs vom 29. September 2015 – Rechte und Pflichten des Landes als Anteilseigner der EnBW Energie Baden-Württemberg AG – Drucksache 15/7400

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Mitteilung der Landesregierung vom 22. September 2015 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest (LBS Südwest) – Drucksache 15/7420

Überweisung an den Innenausschuss

 Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 25. September 2015 – Rechtsverordnung zum Beitritt der Studienakademien Heidenheim, Lörrach und Heilbronn sowie des Centers for Advanced Studies zu Studierendenwerken – Drucksache 15/7440

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Mitteilung der Landesregierung vom 29. September 2015 – Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK); hier: Sonderrahmenplan "Präventiver Hochwasserschutz" – Drucksache 15/7447

Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, liebe Kollegin Brunnemer, sehr herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann zur Flüchtlings- und Integrationspolitik der Landesregierung – Herausforderung bewältigen, Verantwortung übernehmen, Integration zum Erfolg führen

und Aussprache

Ich erteile Ihnen, Herr Ministerpräsident Kretschmann, das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Am 27. August wird an der Autobahn 4 im österreichischen Burgenland ein Lkw mit 71 Leichen entdeckt: Kinder, Frauen und Männer aus Afghanistan, Syrien und dem Irak, die auf ihrer Flucht qualvoll erstickten.

Am 2. September wird ein Kind an einem Strand nahe der türkischen Touristenhochburg Bodrum angespült: der dreijährige Aylan aus Syrien, dessen Boot bei der Flucht kenterte. Er und elf weitere Menschen ertranken in den Wellen des Mittelmeers.

Diese und andere Ereignisse haben sich in unser Gedächtnis eingebrannt. Diese Bilder lassen niemanden von uns kalt. Sie bewegen, sie berühren, sie bestürzen uns. Diese Bilder stehen stellvertretend für die schrecklichen Schicksale, die Menschen in diesen Wochen erleiden – darunter viele Schicksale, die niemand erfährt, die niemand beweint, die nicht in den Abendnachrichten auftauchen.

Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Niemand verlässt seine Heimat leichtfertig und ohne Grund. Wir Baden-Württemberger sind heimatverbunden, wir sind stolz auf un-

sere starke Wirtschaft, wir schätzen und pflegen unsere Traditionen und unsere kulturelle Vielfalt. Wir wissen, was wir an unserem wohlgeordneten Gemeinwesen haben, an unserer hohen inneren Sicherheit, an unserer politischen Stabilität, an unserer Rechtsordnung, an unserer Demokratie und an unserer Freiheit.

Wir sind dankbar, dass es uns gut geht. Das ist alles andere als selbstverständlich. Wir wissen, welches Glück es ist, Baden-Württemberg seine Heimat nennen zu dürfen. Weil wir heimatverbunden sind, können wir nachempfinden, was es bedeutet, wenn man entwurzelt, vertrieben, verfolgt und seiner Heimat beraubt wird. Ich glaube, deswegen sind wir auch besonders hilfsbereit. Und weil unser Land wirtschaftlich stark ist, können wir auch solidarisch sein.

Auf die unglaubliche Hilfsbereitschaft, mit der die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land die Flüchtlinge, die es nach langen Strapazen zu uns geschafft haben, begrüßen und unterstützen, sind wir stolz.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Diesen stillen Heldinnen und Helden des Sommers danken wir alle von Herzen.

Aber leider gibt es auch bei uns die andere, die dunkle Seite. Auch in Baden-Württemberg gab es Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. Auch bei uns gibt es leider Hass und Ausgrenzung. Wir verurteilen dies auf das Allerschärfste. Der gesamte Landtag hat dies in einer Erklärung bekräftigt. Wir gehen dagegen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats vor.

Diese Menschen, die Hass und Gewalt säen, sollen wissen: Die ganz überwältigende Mehrheit in diesem Land ist gegen euch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir in Baden-Württemberg sind heimatverbunden und hilfsbereit. Wir sind stark und solidarisch, und wir sind selbstbewusst und zupackend. Noch nie kam es auf unsere Stärken so an wie heute, in einer Zeit der globalen Krisen – denken wir nur an das barbarische Regime des IS, den schrecklichen Bürgerkrieg in Syrien und den zerfallenden Irak.

Ich denke, die Würde, die Reife und die Kraft einer Gesellschaft zeigen sich am klarsten in einer Krisensituation: Haben Grundrechte auch dann Bestand, wenn von ihnen vielfach Gebrauch gemacht wird und sie unter Druck geraten? Leben wir unsere Werte auch dann, wenn dies zeitweilig Entbehrungen mit sich bringt? Können wir unsere Offenheit, unsere Ordnung und unsere Identität auch in Zeiten großer Fluchtbewegungen bewahren?

Kardinal Marx hat vor einigen Tagen Folgendes gesagt – ich zitiere –:

Die Identität Europas besteht auch darin, wie man mit Notleidenden umgeht. Viele sagen, die christliche Identität Europas darf nicht gefährdet werden. Aber das gehört ja zum Wesentlichen der christlichen Identität, dass wir unabhängig von seinem Glauben und seiner Herkunft einem Menschen, der in Not ist, helfen. Und ihm mit Respekt begegnen. Wenn wir diesem Leitbild nicht entsprechen, gefährden wir die Identität Europas.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wer europäischen Boden betritt, sich Europa nähert, darf nicht Angst haben um sein Leben, nicht Angst haben, zu ertrinken oder zu ersticken.

Dem kann ich nur voll und ganz zustimmen. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Recht auf Asyl ist kein Gnadenakt, es ist ein Grundrecht. Dieses Grundrecht ist eine große zivilisatorische Errungenschaft. Es gehört zum Kernbestand einer menschlichen Gesellschaft und ist nicht verhandelbar.

Es ist schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich, Obergrenzen für Grundrechte einzuführen. Dennoch ist der Impuls vieler Menschen richtig, die sich über die Dimension der Herausforderungen Sorgen machen, und wir müssen uns darüber verständigen.

Die Lage ist dramatisch: Im Libanon haben 1,2 Millionen Syrer Zuflucht gefunden. In der Türkei befinden sich über zwei Millionen Flüchtlinge. Wir wissen von Zehntausenden Flüchtlingen, die derzeit in benachbarten Staaten sind und bald hier eintreffen. In Österreich sind es 42 000 Syrer, Iraker und Afghanen, in Kroatien 26 000 und in Serbien 8 000. Allein in Bayern überqueren aktuell täglich 10 000 Flüchtlinge die Landesgrenze. Nach Deutschland kamen allein seit dem 5. September insgesamt über 220 000 Menschen, nach Baden-Württemberg 23 000. Das sind die Zahlen vom Dienstag, als ich die Regierungserklärung beim Landtag eingereicht habe. Heute sind es bereits über 27 000.

Was wäre, wenn Damaskus an den IS fällt? Was wäre, wenn Millionen Aleviten aus Syrien fliehen? Weder in Baden-Württemberg noch in Deutschland werden wir die steigende Zahl von Flüchtlingen allein bewältigen, und wir werden schon gar nicht die Fluchtursachen wirksam bekämpfen können. Wir stoßen allenthalben an Grenzen.

Derzeit nehmen Deutschland und Schweden die Hälfte aller Flüchtlinge in der EU auf. Das ist auf Dauer nicht tragbar. Deshalb sage ich klipp und klar: Wer sich in Europa der Aufnahme von Flüchtlingen verweigert, der tritt die europäischen Werte mit Füßen, der handelt verantwortungslos, der riskiert ein Scheitern Europas.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir brauchen ein Europa, das nationale Egoismen überwindet und die Kraft zum gemeinsamen Handeln findet, ein Europa, das Zuwanderung steuert, ein Europa, das Ordnung und Offenheit in eine gelungene Balance bringt.

Die europäischen Beschlüsse von letzter Woche zur Verteilung von 120 000 Flüchtlingen per Quote, die Einrichtung von "Hotspots" und die stärkere Unterstützung des Welternährungsprogramms genauso wie die Aufstockung der Nothilfe durch die Bundesregierung sind die ersten richtigen Schritte, aber auch noch nicht mehr. Wir brauchen eine europäische Strategie zur Stabilisierung der fragilen Lage in vielen Ländern. Und zur Bekämpfung der Fluchtursachen brauchen wir ein entschlossenes Agieren der internationalen Staatengemeinschaft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir müssen den Balkan wirtschaftlich voranbringen und stabilisieren. Wir müssen die Zusammenarbeit mit der Türkei intensivieren. Minister Schmid ist ja gerade wieder zu einer Delegationsreise dorthin aufgebrochen. Wir müssen Flüchtlingslager vor Ort im Libanon und in Jordanien stärker unterstützen. Wir müssen Grundversorgung gewährleisten, damit die Menschen dort nicht wegziehen, nicht weiterziehen müssen. Eine politische Lösung für Syrien muss konsequent angegangen werden, und die vielen Probleme und Konflikte in Afrika muss die internationale Staatengemeinschaft stärker in den Blick nehmen. Das mahnen wir an, und das fordern wir ein. Denn wir – das Land und die Kommunen – stehen in der Pflicht, die Menschen, die in Not zu uns kommen, gut unterzubringen und zu integrieren.

Ohne europäische Solidarität und ohne entschlossenes internationales Handeln werden wir eines Tages nicht mehr gefordert, sondern überfordert sein. Und dann können wir unserer Aufgabe nicht mehr gerecht werden – oder zumindest nicht mehr in dem Maß, wie es unser eigener Anspruch ist. Deswegen unterstützt die Landesregierung ausdrücklich die Bemühungen der Bundeskanzlerin auf europäischer und internationaler Ebene in dieser Richtung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Europa muss also endlich entschlossen handeln und die Fluchtursachen international wirksam bekämpfen. Jeder muss im Rahmen seiner Zuständigkeit seinen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten. Das gilt auch für uns.

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die bei uns in Baden-Württemberg Zuflucht suchen, dramatisch erhöht. 2011 waren es 5 000 Flüchtlinge, 2012 8 000, 2013 14 000, 2014 26 000. 2015 werden es laut Prognosen 100 000 Flüchtlinge sein. Allein im September sind mehr Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen als im ganzen Jahr 2014.

Auf diesen dramatischen Anstieg waren wir nicht, war niemand im Bund und in den Ländern ausreichend vorbereitet. Aber die Landesregierung handelt, und zwar früh, koordiniert und geschlossen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland im Oktober 2014 einen Flüchtlingsgipfel mit allen relevanten Akteuren aus Politik und Gesellschaft einberufen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und nichts gemacht!)

Wir haben im Juli dieses Jahres einen zweiten Gipfel folgen lassen, noch bevor die Bundesregierung ihren ersten überhaupt geplant hatte. Wir haben eine Lenkungsgruppe im Land eingerichtet, in die die kommunalen Landesverbände eingebunden sind. Diese entscheidet schnell und handelt entschlossen. Wir sind durch Staatssekretär Klaus-Peter Murawski im Koordinierungsstab von Bund und Ländern vertreten und stimmen uns in allen operativen Fragen eng mit der Bundesregierung und den anderen Ländern ab.

Wir haben in kürzester Zeit neue Erstaufnahmeeinrichtungen in Ellwangen, Meßstetten, Heidelberg, Neuenstadt, Weingarten, Hechingen, Karlsruhe, Hardheim, Immendingen, Sigmaringen, Mannheim, Sinsheim, Donaueschingen, Offenburg, Freiburg, Villingen-Schwenningen, Bruchsal, Wertheim, Sasbachwalden, Philippsburg und Rottenburg geschaffen, und wir planen weitere in Herrenberg, Tübingen und Schwäbisch Hall. Mit weiteren Standorten sind wir in Verhandlungen.

Im Jahr 2012 hatte das Land nur eine Landeserstaufnahmestelle, die in Karlsruhe, mit 900 Regelplätzen. Heute haben wir eine Regelkapazität von rund 23 500 Plätzen – eine Versechsundzwanzigfachung in weniger als drei Jahren! Damit haben wir die Zielmarke, die wir uns beim zweiten Flüchtlingsgipfel im Juli für das Jahr 2016 gesetzt hatten, schon heute deutlich übertroffen. Auch bundesweit liegen wir bei den Erstaufnahmekapazitäten ganz vorn.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir haben zahlreiche neue Stellen in den Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen, um die steigende Zahl der Flüchtlinge organisatorisch bewältigen zu können. Wir haben die Polizei gestärkt, 16 neue Verwaltungsrichter eingestellt und pro hundert Flüchtlinge eine Sozialarbeiterstelle geschaffen.

Darüber hinaus schaffen wir im Haushaltsvollzug rund 250 weitere Stellen für die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Regierungspräsidien und werden diese nun im Nachtragshaushalt abbilden. Damit gewährleisten wir die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Wir verbessern und intensivieren die Rückkehrberatung und beschleunigen die Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Zudem werden wir eine neue Abteilung "Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement" im Innenministerium einrichten, zusätzliche Stellen im Integrationsministerium schaffen und auch im Regierungspräsidium Karlsruhe eine zusätzliche Abteilung "Aufnahme, Unterbringung, Verteilung" einrichten. Wir stellen zusätzliche Mittel für die Mehrarbeitsvergütung bei der Polizei bereit.

Außerdem schaffen wir mindestens zwei weitere Kammern an den Verwaltungsgerichten. Damit leisten wir unseren Beitrag, um die Durchschnittsdauer der Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes in Asylstreitigkeiten auf möglichst zwei Wochen zu verkürzen, wie es sich Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel zum Ziel gesetzt haben.

Wir haben die Flüchtlingspauschale für die Kommunen von rund 10 000 \in im Jahr 2010 auf 13 260 \in aufgestockt. Im nächsten Jahr steigt sie sogar auf knapp 14 000 \in – so stark unterstützt kaum ein anderes Land seine Kommunen.

Mit den kommunalen Landesverbänden haben wir einvernehmlich vereinbart, die Liegenschaftsausgaben für dieses und das vergangene Jahr voll zu erstatten. Was die künftige Ausgestaltung der Finanzierung angeht, sind wir mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch. Diese wollen sich bis Ende dieser Woche auf eine gemeinsame Position verständigen. Wir sind offen für ihre Wünsche und Vorschläge.

Ein weiterer Schritt ist die neue zentrale Registrierungsstelle in Heidelberg, die wir gerade einrichten. Dort werden in Zukunft bis zu drei Viertel aller Flüchtlinge, die zu uns kommen, innerhalb weniger Tage registriert, erkennungsdienstlich behandelt und medizinisch untersucht. Außerdem können sie

dort ihren Asylantrag stellen. Die Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive werden danach direkt an die Kommunen verteilt. Diejenigen mit schlechter Bleibeperspektive kommen in eine der Erstaufnahmeeinrichtungen.

Bereits in Heidelberg werden wir eine Rückkehrberatung durchführen, um auch hier zu beschleunigen. Mit Heidelberg haben wir in der Erstaufnahme ein Konzept aus einem Guss. Dieses neue baden-württembergische Modell ist bundesweit einmalig, wird sehr beachtet

(Abg. Winfried Mack CDU: Von wem?)

und bringt deutliche Verbesserungen.

Neue Wege wollen wir auch bei der Gesundheitsversorgung gehen. Führende Ärztevertreter haben uns angeboten, dass Ärzte im Ruhestand in Zukunft in den Erstaufnahmeeinrichtungen freiwillig mithelfen, um die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten – ein tolles Angebot, wie ich finde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In der kommenden Woche werden wir im Lenkungskreis mit den Ärztevertretern und der AOK beraten, wie wir diesen Vorschlag in die Praxis umsetzen können.

Kurz gesagt: Wir handeln koordiniert, entschlossen und mit ganzer Kraft, um unserer Verantwortung möglichst gerecht zu werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Natürlich läuft aufgrund der Größe der Herausforderung nicht immer alles sofort rund. Wir stoßen immer wieder an Grenzen

Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind aufgrund der Entwicklungen der letzten Wochen trotz der Versechsundzwanzigfachung der Kapazitäten mit derzeit über 32 000 Menschen überfüllt. Verwaltung und Polizei arbeiten am Anschlag. Wir alle arbeiten im Krisenmodus und fahren auf Sicht.

In einer solchen Notsituation muss man einfach schnell entscheiden und handeln können. Wir können natürlich nicht – wie in normalen Zeiten – immer alle recht- und frühzeitig informieren und einbinden, wie wir uns das wünschen würden. Das ist unmöglich, wenn beispielsweise nachts unerwartet ein Zug mit 700 Menschen ankommt.

Wir betreiben Krisenmanagement. Es geht nun einmal leider nicht nach den Regeln der Diplomatie. Wir gehen aber pragmatisch und lösungsorientiert vor.

So haben wir z. B. mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz 2013 beschlossen, dass pro Flüchtling statt 4,5 m² wie bisher nun 7 m² zur Verfügung stehen sollen. Natürlich haben wir diese Regel ausgesetzt, weil es nicht anders geht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar! Das haben wir gleich gewusst! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben die Flüchtlingszahlen nicht gewusst! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Völlig daneben!) Große Erstaufnahmeeinrichtungen sind nicht ideal, aber es geht derzeit nicht anders. Es ist besser, in Zelten zu übernachten als auf der Straße.

Aber die Lage spitzt sich weiter zu. Allein seit dem 5. September kamen über 27 000 Flüchtlinge in Baden-Württemberg an. Derzeit nehmen wir täglich rund 2 000 Flüchtlinge auf, und es werden immer mehr. Allein aus Bayern werden uns täglich knapp 1 000 Personen zugewiesen. Deshalb werden wir ab sofort bis zu 4 500 Personen wöchentlich an die Kreise zuweisen müssen – 1 000 mehr als zuletzt.

Wir haben es bisher geschafft, alle Flüchtlinge unterzubringen. Ich würde behaupten: Das ist im Ländervergleich nicht schlecht. Das ist ein gewaltiger Kraftakt, eine gewaltige Gemeinschaftsleistung von Land und Kommunen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Dafür möchte ich mich bei allen recht herzlich bedanken, bei den Kommunen, den Landkreisen, den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern, den Landräten, den Regierungspräsidenten, den beteiligten Ministerien, den Mitgliedern unseres Lenkungskreises und natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes. Herzlichen Dank an alle für diesen großen geleisteten Kraftakt!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ganz besonders bedanken möchte ich mich natürlich bei den Städten und Gemeinden, in denen Erstaufnahmeeinrichtungen angesiedelt sind. Wir wissen, dass diese Kommunen aktuell aufgrund leider nicht vermeidbarer Überbelegungen besonderen Belastungen und wirklich auch großem Stress ausgesetzt sind. Diese Städte und Gemeinden und vor allem die Mitarbeiter dieser Einrichtungen leisten für unser ganzes Land wirklich Außergewöhnliches. Dafür einen besonderen Dank!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Aber auch den vielen Tausend ehrenamtlichen Helfern, die sich oft bis zur Erschöpfung und manchmal darüber hinaus engagieren, dass wir die Menschen ordentlich unterbringen und versorgen können, gilt mein großer Dank; denn ohne dieses Engagement − das muss man ehrlich sagen − wären wir gar nicht in der Lage, die Herausforderung zu bewältigen. Daher unterstützen wir die ehrenamtlichen Helfer auch mit einem Förderprogramm zur Unterstützung und zum Aufbau von lokalen Bündnissen der Flüchtlingsarbeit in Höhe von 2 Millionen €, mit einem Programm der Landesstiftung, das ehrenamtliche Helferkreise unterstützt, aber auch mit unserem Handbuch für Flüchtlingshilfe und mit Onlineangeboten, die die ehrenamtlichen Helfer mit ganz praktischen Hilfestellungen bei ihrer Arbeit unterstützen.

Ein wichtiges Angebot ist auch das Ombudswesen an den Landeserstaufnahmeeinrichtungen. Dieses richtet sich an Flüchtlinge und ehrenamtlich Tätige, aber vor allem auch an Nachbarn und Einheimische. Sie können dort Sorgen und Ängste vorbringen, und es wird dann nach Lösungen für die vorgebrachten Probleme gesucht. Darüber hinaus haben wir eine landesweite Ombudsstelle beim Integrationsministerium eingerichtet, die schnell und informell Beschwerden und Anregungen aufnehmen und die zuständigen Behörden einschalten kann.

Ein pragmatischer Humanismus – das leitet unser Handeln im Hinblick auf die Flüchtlinge im Land. Das ist unser Anspruch; gemeinsam sind wir ihm bisher in Baden-Württemberg gerecht geworden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Günther-Martin Pauli CDU)

Wir, das Land, werden die Herausforderung allein nicht bewältigen können; nur in einer Verantwortungsgemeinschaft von Europa, Bund, Ländern und Kommunen können wir die Aufgabe meistern.

Deshalb war ich über Wochen in intensiven Gesprächen und Verhandlungen mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der anderen Länder. Wir haben uns früh mit konkreten Vorschlägen in die Verhandlungen eingebracht und letztlich eine Menge durchsetzen können. Aber auch wir haben natürlich Kompromisse gemacht. Denn es ist so: In Zeiten der Krise – so sehe ich es jedenfalls – ist ein Geist der Kompromissbereitschaft unerlässlich, in Zeiten der Krise muss gemeinsames Handeln vor politischer Profilierung stehen. Konsensorientierung und weniger Konfliktbereitschaft ist hier angesagt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Deshalb bin ich froh, dass wir uns beim Flüchtlingsgipfel in Berlin auf ein Gesamtpaket verständigen konnten, ein Paket, das unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht wird, das politisch breit getragen wird und das vor allem Ergebnisse bringt, die uns voranbringen.

Im Einzelnen: Im Jahr 2015 wird der Bund die Länder und die Kommunen um 1 Milliarde € zusätzlich entlasten und mit den beschlossenen Maßnahmen im Jahr 2016 um mindestens 4 Milliarden €. Der Bund wird sich nun endlich dauerhaft, strukturell und dynamisch an den Kosten der Unterbringung und der Versorgung der Flüchtlinge beteiligen, und zwar in Form einer Pauschale von 670 € monatlich für jeden Flüchtling von der Registrierung bis zum Abschluss des Verfahrens. Dadurch werden die Länder und die Kommunen dauerhaft um Milliarden entlastet. Das ist ein ganz wichtiger Fortschritt, um den wir lange und hart gekämpft haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Bund wird die Begleitung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge verbessern und hierfür jährlich 350 Millionen € bereitstellen. Ebenfalls wird der Bund die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 500 Millionen € jährlich für die Jahre 2016 bis 2019 aufstocken, und die durch den Wegfall des Betreuungsgelds frei werdenden Mittel werden für Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung an die Länder gegeben.

Das A und O bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation ist die Verfahrensdauer. Derzeit dauert ein Asylverfahren im Schnitt fünf bis sechs Monate. Mit der Kopplung der Pauschale vom Bund an die Verfahrensdauer ist endlich ein Anreiz geschaffen worden, diese Verfahren zu verkürzen und die dafür notwendigen personellen Voraussetzungen im BAMF zu schaffen. Auch das ist ein wichtiger Fortschritt.

Wenn wir hier jetzt eine Beschleunigung hinbekommen, werden die Erstaufnahmeeinrichtungen entlastet; die Flüchtlinge werden nicht so lange in Ungewissheit gelassen, und der Anreiz, nach Deutschland zu kommen, wird für die, die keine Bleiberechtsperspektive haben, drastisch verringert. Abgelehnte Bewerber hätten schneller Klarheit und würden schneller in ihre Heimat zurückkehren oder zurückgeführt. Jene, die bleiben können, könnten schneller integriert werden und schneller in Arbeit kommen.

Beschlossen wurde auch, dass die Länder künftig Asylbewerber für bis zu sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen können. Bisher lag die Höchstdauer bei drei Monaten. Das ist sehr wichtig, um dem Wunsch der Kommunen nachkommen zu können, möglichst nur noch Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive oder abgeschlossenem Asylverfahren an sie weiterzuverteilen.

Teil des Pakets ist auch ein gesteuerter Zugang zu Arbeit und Ausbildung für Menschen vom Balkan, für die das Asylrecht zu 99 % eine Sackgasse bildet, übrigens schon bevor ihre Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt wurden.

(Zuruf: Genau!)

Künftig dürfen die Menschen, die einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag vorweisen können, in Deutschland arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen. Davon haben beide Seiten etwas. Hoch motivierte Menschen vom Balkan bekommen bei uns eine Chance, z. B. in der Pflege und in Mangelberufen. Die Unternehmen profitieren, da sie in einigen Bereichen auf Arbeitskräfte und Azubis aus dem Ausland angewiesen sind. Das ist ein wichtiger Schritt, um Druck aus dem Asylsystem zu nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch bei der Gesundheitskarte ist jetzt die Zeit des Verzögerns und Aussitzens endlich vorbei. Flüchtlinge müssen künftig nicht mehr zuerst zum Amt gehen, bevor sie einen Arzt aufsuchen, und das ist gut. Denn das bisherige Prozedere war für die Flüchtlinge belastend und für die Verwaltungen vor Ort ein überflüssiger bürokratischer Aufwand. Deshalb wird das auch von den kommunalen Landesverbänden begrüßt.

Ich möchte aber noch einmal klar sagen, dass mit der Gesundheitskarte keine Ausweitung des Leistungskatalogs einhergeht. Verbessert wird jedoch künftig der Impfschutz für Flüchtlinge, und anerkannte Asylbewerber erhalten einen besseren Zugang zu psychologischer Betreuung. Das ist ein guter Schritt; denn gerade Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern sind oft traumatisiert. Zukünftig können auch Flüchtlinge mit einer medizinischen Ausbildung in die medizinische Erstversorgung anderer Asylsuchender in den Aufnahmeeinrichtungen eingebunden werden. Sie können also selbst mit anpacken. Auch das ist ein gutes Ergebnis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD, des Abg. Günther-Martin Pauli CDU sowie der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Andreas Glück FDP/DVP)

In Zukunft haben Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive von Anfang an Anspruch auf aktive Arbeitsmarktförderung sowie auf Sprach- und Integrationskurse. Das ist ein wirklicher Paradigmenwechsel.

Außerdem wird es Bauerleichterungen für Flüchtlingseinrichtungen geben, um die Unterbringung von Asylbewerbern zu erleichtern. Das habe ich mit meinem Kollegen Scholz aus Hamburg schon einmal durchgesetzt. Das wird nun weiter fortgesetzt.

Der mit dem Taschengeld abgedeckte Bedarf soll künftig – sofern mit vertretbarem Verwaltungsaufwand möglich – in Erstaufnahmeeinrichtungen in Form von Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür kommen auch Wertgutscheine infrage, mit denen die Flüchtlinge bargeldlos einkaufen können.

Vollziehbar Ausreisepflichtige, die sich ihrer Rückführung entziehen, bekommen künftig keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mehr, sondern nur noch das unbedingt Notwendige. Diese Verschärfung greift nicht, wenn die Person unverschuldet – beispielsweise weil sie krank ist – an der Ausreise gehindert wird.

Im Übrigen kürzt Baden-Württemberg schon bisher Personen das Taschengeld, die sich einer Abschiebung entzogen haben. Baden-Württemberg liegt in Deutschland bei den Abschiebungen im oberen Drittel. Auch bei uns – wie in ganz Deutschland – wird derzeit nur ein Teil der Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, auch tatsächlich zurückgeführt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein wichtiger Grund sind fehlende Pässe.

Daher ist die von mir schon lange geforderte und jetzt geplante Schaffung einer Passersatzbeschaffungsstelle richtig. Darüber hinaus wird uns der Bund bei der Rückführung aus den Erstaufnahmeeinrichtungen zukünftig durch die Bundespolizei unterstützen. Durch diese Maßnahmen werden wir bundesweit vorankommen.

Albanien, das Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Der Bund wird sich gleichzeitig aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, vor allem der Roma, auf dem Westbalkan einsetzen, und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird alle zwei Jahre überprüft.

Damit dieses umfassende Gesamtpaket möglich wurde, mussten alle Seiten Kompromisse eingehen. Das ist eine veritable Leistung. Parteiübergreifend haben sich die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten aller Länder und die Bundeskanzlerin zusammengefunden und sich geeinigt. Dieser Konsens der demokratischen Parteien in dieser sensiblen Frage ist ein Wert an sich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD, der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Helmut Rau CDU sowie Dr. Friedrich Bullinger und Andreas Glück FDP/DVP)

Wir sind kompromissfähig, wir nehmen unsere Verantwortung wahr, wir handeln gemeinsam. Das ist ein wichtiges Signal nach innen, aber auch in Richtung Europa.

Deswegen wird Baden-Württemberg den Ergebnissen des Gipfels im Bundesrat zustimmen. Davon, dass im Gesetz steht, was wir verhandelt haben, gehe ich natürlich selbstredend aus.

Meine Damen und Herren, die größte Herausforderung und zugleich größte Chance liegt allerdings noch vor uns, nämlich die Integration. Ein kraftvolles Krisenmanagement ist unerlässlich, aber wir dürfen dabei das Entscheidendere nicht vernachlässigen: eine engagierte und vorausschauende Integrationspolitik. Auch dafür sind unsere Beschlüsse vom Gipfel letzter Woche ein gutes Signal. Denn eines hat die Vergangenheit klar gezeigt: Ob Zuwanderung ein dauerhafter Erfolg oder eine dauerhafte Belastung wird, hängt entscheidend davon ab, ob die Integration von Menschen, die zu uns kommen, gelingt.

Was wir auf dem Feld der Integration in den kommenden Monaten und Jahren tun, ist daher eine ganz entscheidende Frage für die Zukunft unseres Landes. Sie entscheidet darüber, ob die, die heute zu uns kommen, in Zukunft Hartz IV beziehen oder ob sie z. B. als Rettungssanitäter Leben retten, bei Daimler die neue S-Klasse entwickeln oder als Fußballer den VfB wieder erfolgreich machen –

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die kommen auf anderen Wegen! – Weitere Zurufe)

kurz: ob aus Flüchtlingen Leistungsempfänger oder Leistungsträger werden.

Ich war im Silicon Valley, wie Sie wissen. Da habe ich u. a. auch Apple besucht, das wertvollste Unternehmen an der Börse, eine unvorstellbare amerikanische Erfolgsgeschichte. Was viele nicht wissen: Der Vater von Steve Jobs war Syrer. 1954 wanderte er in die USA aus. Natürlich ist dies eine einmalige Geschichte, aber sie zeigt dennoch, welche Chancen – auch wirtschaftlicher Art – in der Zuwanderung stecken. Wer weiß, vielleicht steckt in einem der vielen Flüchtlingskinder, die zu uns kommen, ein neuer Steve Jobs, der sein Erfolgsunternehmen dann nicht im Silicon Valley, sondern in einem Schwarzwaldtal gründet.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Johannes Stober und Nikolaos Sakellariou SPD – Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

Deshalb dürfen wir die großen Fehler, die in der Vergangenheit bei Fragen der Integration gemacht wurden, in Zukunft nicht wiederholen.

Dabei sehe ich vor allem zwei große Fehler, die wir zukünftig vermeiden müssen. Der eine geht – wenn man die historischen Ursprünge etwas vereinfacht betrachtet – eher auf das Konto des linken Lagers, der andere eher auf das Konto des rechten.

Der erste große Fehler war eine zu große Toleranz gegenüber Verhaltensweisen, die mit den Werten unserer Verfassung nicht vereinbar sind.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Die Lehre daraus ist: Wer zu uns kommt, den müssen wir auch fordern.

(Beifall bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der CDU)

Der zweite große Fehler war es, den Menschen keine vollumfänglichen Zugänge in unsere Gesellschaft, in unsere Kultur zu eröffnen, ja sie zum Teil sogar zu versperren. Damit meine ich etwa den Zugang zu unserer Sprache, aber auch den Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Lehre daraus ist: Wer zu uns kommt, den müssen wir auch fördern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen Integration als das sehen, was sie ist: nämlich ein komplexer Prozess, der die Gesellschaft und die Individuen verändert. Diese Veränderung muss aktiv gestaltet werden. Dabei sind beide Seiten gefordert: die Mehrheitsgesellschaft und die Migranten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer ist denn die Mehrheitsgesellschaft?)

Wir geben einen Vertrauensvorschuss, wir investieren in die Zukunft der Menschen, die zu uns kommen, wir leben eine Willkommenskultur, aber wir erwarten im Gegenzug Leistungsbereitschaft, Anstrengung, Verantwortungsbereitschaft und Integrationswillen – darauf kommt es an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Also: Integration fordern und Integration fördern, das ist – auf eine Formel gebracht – unsere Leitlinie. Ich bin mir sicher, mit einer solchen Haltung, wenn wir sie immer klar benennen und leben, können wir Zuwanderung zu einer Erfolgsgeschichte machen.

Lassen Sie mich die damit zusammenhängenden Fragen etwas vertiefen.

Zunächst zur Frage des Forderns: Grundlage unseres Zusammenlebens ist das Grundgesetz. Ich will noch einmal daran erinnern, dass eine Verfassung staatstheoretisch und staatsphilosophisch einen Gesellschaftsvertrag bedeutet, auf den sich alle stellen. Das kommt im englischen Wort "constitution" sehr gut zum Ausdruck. Die Verfassungsordnung ist also die Ordnung, auf die wir alle uns stellen.

Wir haben ein hervorragendes Grundgesetz. Wir sind zu Recht stolz darauf. Es enthält die Werte, die uns in den vergangenen Jahrzehnten ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht haben. Unsere Verfassungsordnung hat sich bewährt – politisch, kulturell, aber auch wirtschaftlich. Das Demokratieprinzip, das Rechtsstaatsprinzip, das Sozialstaatsprinzip sind in ihr fest verankert. Aber das Grundgesetz ist auch Grundlage einer wirtschaftspolitischen Ordnung, der sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland auch zu einem wirtschaftlich erfolgreichen Land werden ließ.

Weil wir diese Normen und Werte leben und pflegen und auch eine prosperierende Wirtschaft haben, sind wir überhaupt erst in der Lage, die Flüchtlinge, die zu uns kommen, aufzunehmen. Deswegen gelten sie für uns, und sie gelten natürlich auch für die, die zu uns kommen. Dazu gehören z. B. die Religionsfreiheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Diese Werte zu respektieren, zu leben, das fordern wir, und da gibt es keine Rabatte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD, Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Thomas Blenke, Klaus Herrmann und Dr. Patrick Rapp CDU)

Wir dürfen dabei durchaus geduldig sein, aber wir müssen immer klar dabei sein. Um die Flüchtlinge mit unserer Verfassungsordnung vertraut zu machen, ihnen das Hineinfinden in unsere Gesellschaft und in unsere Regeln zu erleichtern, dafür sind Integrationskurse ein ganz wichtiger Baustein. Der Gipfelbeschluss, die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive zu öffnen und hierfür die Mittel aufzustocken, ist deshalb ein sehr guter Schritt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das zweite Problem ist nach der Integration in die Rechtskultur die Integration in unsere Bildung. Die Schülerzahlen in unserem Land gehen zurück. Die vielen jungen Flüchtlinge, die zu uns kommen, sind daher eine große Chance für unser Land, aber auch eine gewaltige Herausforderung für die Lehrerinnen und Lehrer, auch für die Erzieherinnen und Erzieher. Wir müssen die Kinder der Flüchtlinge sofort integrieren. Sprache ist der Schlüssel für Integration. Jeder hier investierte Euro wird sich dreimal auszahlen. Kinder lernen sehr schnell, Kinder können die Pioniere der Integration werden und auch ihren Eltern helfen, sich bei uns zurechtzufinden

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb haben wir, die Landesregierung, rechtzeitig reagiert und sind unterstützt durch die Beschlüsse der Fraktionen gut aufgestellt. Wir haben Vorbereitungsklassen für die Flüchtlinge an den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulen eingerichtet und dafür 562 Lehrerstellen bereitgestellt.

(Zuruf von der CDU)

Auch im vorschulischen Bereich sind wir aktiv: In Sprachförderung und Eltern-Kind-Programme für Flüchtlingskinder und ihre Familien investieren wir in diesem Jahr 2 Millionen € und im kommenden Jahr 2,8 Millionen €. Gerade bei der Integration der Flüchtlinge wird es sich auszahlen, dass wir unser Bildungssystem leistungsfähiger und gerechter aufgestellt haben, und zwar vom Ausbau der Kita-Plätze als einer der allerersten Maßnahmen dieser Regierung überhaupt und einer besseren Sprachförderung im Kindergarten über die neue Gemeinschaftsschule, den Ausbau der Ganztagsschulen und zusätzliche Lehrerstellen für die individuelle Förderung bis hin zur Abschaffung der Studiengebühren. All das sind gute Voraussetzungen, die wir geschaffen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Ministers Andreas Stoch und des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Wir müssen sie nicht nur in unsere Rechtskultur, in unser Bildungswesen, sondern auch in den Arbeitsmarkt integrieren. Der Daimler-Vorstandsvorsitzende Dieter Zetsche sagte, die mehr als 800 000 Menschen, die nach Deutschland kommen, aufzunehmen sei eine Herkulesaufgabe. Da hat er recht, aber er hat auch recht mit der Aussage – ich zitiere –:

Aber im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden – so wie die Millionen von Gastarbeitern in den 50er- und 60er-Jahren ganz wesentlich zum Aufschwung der Bundesrepublik beigetragen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir werden älter und weniger. Die Menschen, die zu uns kommen, sind daher eine Chance, den demografischen Wandel abzufedern, die Rente zu stabilisieren, den Fachkräftemangel zu mildern, die deutsche Wirtschaft leistungsstark zu halten. Nicht wenige, die zu uns kommen und zu uns kommen wollen, sind exzellent ausgebildet. Lassen wir sie bitte bei uns arbeiten; denn Arbeit ist der Integrationsmotor schlechthin.

Dass die Integration von Migrantinnen und Migranten in Baden-Württemberg so gut gelungen ist, hat vor allem mit der Integration durch Arbeit zu tun. Deswegen haben wir ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse verabschiedet. Wir haben mit dem Asylkompromiss im vergangenen Jahr auf Bundesebene durchgesetzt, dass das absolute Beschäftigungsverbot gelockert wird. Beim Gipfel in der letzten Woche haben wir erreicht, dass es zukünftig eine Möglichkeit für legale Arbeitsmigration für Personen vom Westbalkan geben wird. Das alles sind wichtige Fortschritte, um die fatale Fehlsteuerung, dass Leute nicht arbeiten können, die arbeiten wollen, ihre Arbeitskraft gebraucht wird, sie aber dennoch nicht arbeiten dürfen, zu beenden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Andreas Glück FDP/DVP)

Klar ist aber auch: Viele Flüchtlinge erfüllen nicht die Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts. Doch die meisten sind hoch motiviert. Ich erlebe immer wieder, dass mich Flüchtlinge händeringend darum bitten, endlich etwas tun zu dürfen. Sie wollen nicht nutzlos herumsitzen. Bei meinem Besuch in einer Unterkunft für Asylbewerber in Weingarten sprach mich ein Flüchtling aus Nigeria an. Er bat mich inständig, zu ermöglichen, dass er uns durch – seine Worte – "harte Arbeit" seine Dankbarkeit erweisen könne. Er wolle Deutschland für die große Hilfsbereitschaft etwas zurückgeben. Deshalb müssen wir diese Menschen möglichst schnell qualifizieren.

Deswegen haben wir durchgesetzt, dass die Duldung von Jugendlichen in Ausbildung erleichtert wird, haben ein Programm zur Förderung von "Kümmerern", die Flüchtlinge in Beschäftigung und Ausbildung bringen, aufgelegt, ein Programm zur Sprachförderung und Arbeitsintegration in Höhe von 10 Millionen € aufgelegt, ein bundesweit einmaliges Stipendienprogramm für Flüchtlinge aus Syrien aufgelegt und den Hochschulzugang erleichtert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Ministerin Theresia Bauer, des Ministers Andreas Stoch und des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Ich komme nun zu einem weiteren sehr wichtigen Thema, der Frage der Integration in den Wohnungsmarkt. Auch die Schaffung von Wohnraum ist für die Integration eine Frage von großer Wichtigkeit. Wir haben schon heute im Land zu wenig be-

zahlbare Wohnungen in den großen Städten. Wenn wir hier nicht massiv investieren, dann laufen wir in eine hochproblematische Konkurrenzsituation zwischen denen, die nur einen kleinen Geldbeutel haben und schon heute Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden, und denen, die wir aufgrund der Zuwanderung zusätzlich unterbringen müssen, hinein. Das gilt es zu verhindern.

Deshalb unterstützen wir die Kommunen schon heute mit einem speziellen Bauprogramm in Höhe von 30 Millionen € beim Bau von Flüchtlingsunterkünften. Dieses führen wir fort und stellen 2016 weitere 30 Millionen € zur Verfügung. Außerdem zahlt es sich auch angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation aus, dass wir die Wohnraumförderung des Landes gegenüber der Vorgängerregierung um über 60 % erhöht haben und dass die Förderung von Mietwohnraum in den Mittelpunkt gestellt wurde.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das sind wichtige Beiträge, aber sie reichen bei Weitem nicht aus. Der Beschluss auf dem Gipfel von letzter Woche, in den kommenden Jahren die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um jährlich 500 Millionen € vonseiten des Bundes aufzustocken, ist deswegen ein ganz wichtiger Schritt.

Es geht aber nicht nur um Geld. Wir wollen ja keine Gettos auf der grünen Wiese errichten. Deswegen müssen wir kleinteilig, integriert und nachhaltig bauen. Das macht es am Anfang nicht einfacher, zahlt sich aber langfristig aus. Denn kurzlebige Billigbauten, die dann dauerhaft zu Provisorien werden, sind keine sinnvolle Lösung. Deswegen unterstützen wir die Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und bauen bürokratische Hemmnisse dabei ab. Wir werden unsere Instrumente zur Verhinderung von Flächenfraß lockern müssen, um neue Flächen auf dem Land und in den Ballungsräumen zu gewinnen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur ist dabei, dafür zu sorgen, dass die Instrumente entsprechend angepasst werden. Darüber hinaus haben wir eine Arbeitsgruppe der zuständigen Ministerien auf Ebene der Amtschefs eingerichtet und werden hier auch die Kommunen mit einbeziehen.

Wir werden im Oktober einen Wohnungsbaugipfel mit allen relevanten Akteuren im Land unter Leitung meines Stellvertreters Nils Schmid veranstalten, um eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum zu starten.

Und – das möchte ich noch einmal sagen; das ist ganz wichtig – es besteht die Aussicht, dass sich Bund und Länder diesmal bei den steuerlichen Abschreibungen einigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Jutta Schiller CDU und Andreas Glück FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gut! Höchste Zeit! Das hätte man schon lange haben können! – Minister Franz Untersteller zu CDU und FDP/DVP: Was regt ihr euch denn auf?)

Denn es ist klar: Ohne privates Kapital zu investieren, können wir diese gewaltige Aufgabe nicht stemmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Dazu hättet ihr schon lange Gelegenheit gehabt!)

- Herr Abg. Röhm, das ist leider falsch, was Sie sagen: Nein, wir haben drei Kompromissvorschläge eingebracht, um die, die das nicht wollten, dahin zu bekommen. Das ist uns leider nicht gelungen. Also: An uns lag es zuallerletzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Beim Erneuerbare-Wärme-Gesetz war es auch so!)

Also: Wir gehen auch die Beschaffung von Wohnraum entschlossen und umfassend an, und wir werden jedenfalls die Kommunen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, so gut es überhaupt geht, unterstützen.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Also: Pragmatisch, unbürokratisch, nachhaltig und lösungsorientiert – so müssen wir gemeinsam mit unseren Kommunen und dem Bund für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie auf der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, meine Eltern waren selbst Flüchtlinge. Mein älterer Bruder ist auf der Flucht als Säugling gestorben. Meine Eltern waren lange in Dänemark interniert. Baden-Württemberg ist meine Heimat geworden – durch und durch.

Aus dieser persönlichen Erfahrung weiß ich um die Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, aber eben auch um die Chancen

Wir wollen die Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben, integrieren. Das verlangt viel von uns ab; es verlangt aber auch viel von den Flüchtlingen ab. Denn klar ist: Integration kann nur auf der Basis unserer Verfassungsordnung stattfinden, nicht neben, hinter oder gar über ihr. Das Grundgesetz eröffnet auch das Recht auf Asyl, was den Flüchtlingen die Möglichkeit gibt, zu uns zu kommen.

Baden-Württemberg war schon immer ein Einwanderungsland und hat bereits bewiesen, dass es Menschen erfolgreich integrieren kann: Vertriebene, Gastarbeiter, Balkanflüchtlinge.

Wir können es schaffen, wenn wir die Sache mutig, pragmatisch und realistisch angehen.

Ich will, dass diejenigen, die zu uns kommen, in einigen Jahren sagen können: "Ja, wir wurden freundlich aufgenommen. Ja, wir sind dankbar dafür, etwas zurückgeben zu können. Ja, Baden-Württemberg ist unsere Heimat geworden. Ja, Deutschland ist unser Land. Ja, Europa ist unsere Zukunft."

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD sowie auf der Regierungsbank – Beifall der Abg. Klaus Burger CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungserklärung hat das Präsidium freie Redezeit vereinbart.

Ich erteile in der Aussprache nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schicksale, die die Flüchtlingskrise der letzten Wochen und Monate hervorbringt, lassen niemanden unberührt. Sie haben einiges erwähnt: das ertrunkene Flüchtlingskind oder auch die Szenen von Familien, die an der ungarischen Grenze am Stacheldraht stehen, die Szenen aus dem Mittelmeer, die wir alle kennen. Niemanden lässt dies unberührt. Deshalb muss auch für alle demokratischen Kräfte in Deutschland und auch im Land Baden-Württemberg klar sein: Politisch verfolgte und an Leib und Leben bedrohte Menschen brauchen unsere Hilfe, brauchen unseren Schutz. Diesen Schutz für Verfolgte wollen wir ohne jede Einschränkung gewähren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es war auch gut, dass Sie nochmals – entgegen Ihrem ursprünglichen Manuskript – das Thema "Gewalt, Gewalt gegen Flüchtlingsheime" angesprochen haben. Es ist gut, dass der Landtag von Baden-Württemberg in der vergangenen Woche ein gemeinsames Zeichen gesetzt hat: Dies dulden wir nicht. Dass etwa in meinem Wahlkreis – in Remchingen – ein für Flüchtlinge vorgesehenes Haus gebrannt hat, beschämt mich ganz persönlich.

Meine Damen und Herren, es ist auch wichtig, das Ehrenamt im Land nicht zu vergessen und deutlich zu machen, was hier geleistet wird. Sie haben gesagt: Ohne das Ehrenamt könnten wir es nicht schaffen. Das zeigt, dass es Grenzen gibt. Aber es ist auch wichtig, deutlich zu machen, was hauptamtlich Tätige leisten, was der öffentliche Dienst in dieser Zeit leistet. Ich glaube, wenn man sich das anschaut, erkennt man, dass manche ihre Vorurteile, die sie gegen den öffentlichen Dienst im Land Baden-Württemberg und auch anderswo hegen, wirklich einmal überdenken müssen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist gut, Herr Ministerpräsident, dass Sie das Schicksal der Menschen, die zu uns kommen, sehr eindringlich in den Blick genommen haben. Mir fehlt aber, Herr Ministerpräsident, der Blick auf diejenigen, die schon da sind. Meine Damen und Herren, die Integrationsfähigkeit jedes Staates findet irgendwo eine Grenze. Das wissen die Menschen im Land Baden-Württemberg und erwarten von der Politik, dass man eben nicht nur die Flüchtlinge in den Blick nimmt, sondern auch die Menschen, die im Land Baden-Württemberg leben; auch sie haben Rechte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich bin nicht sicher, ob alle politischen Entscheidungsträger das so richtig im Blick haben, insbesondere nicht, wenn ich mir die Politik der Bundeskanzlerin in den letzten Wochen anschaue. Man kann mit Flüchtlingen natürlich Selfies machen, die sich über die sozialen Netzwerke in der ganzen Welt verbreiten

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Man kann sagen: "Wir schaffen das." Man kann sagen: "Das wäre nicht mehr mein Land, wenn man es anders sähe." Da bin ich mit allem d'accord. Man muss das Schicksal der Flüchtlinge in den Blick nehmen. Aber die andere Seite fehlt, nämlich der Blick auf diejenigen, die schon da sind und die sich die Frage stellen: Wann ist die Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht?

Wenn die Bundeskanzlerin das Dublin-Abkommen bricht und Menschen aus Ungarn ins Land holt, ist dies menschlich verständlich. Aber die Frage ist, ob es das richtige Zeichen ist,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Absolut!)

einerseits die europäischen Verträge zu brechen und andererseits zu signalisieren: "Ja, unser Land ist unbegrenzt aufnahmefähig." Da hilft es dann auch nicht, sozusagen im Gegenzug das Schengener Abkommen zu brechen und wieder Grenzkontrollen einzuführen, zumal diese Grenzkontrollen überhaupt nichts nutzen; denn jeder, der die deutsche Grenze erreicht und sagt: "Ich möchte einen Asylantrag stellen", ist einreiseberechtigt. Diese chaotische Politik hilft also gar nichts. Vor diesem Hintergrund wundert es mich schon, dass Sie, Herr Ministerpräsident, das Agieren der Kanzlerin so loben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Kanzlerin signalisiert nämlich nicht, dass sie die Befürchtungen der Menschen verstanden hat. Sie signalisiert unbegrenzte Zuwanderung. Das halte ich für falsch, meine Damen und Herren. Deshalb bin ich froh, dass es eben nicht nur die Bundeskanzlerin gibt, sondern auch den Bundespräsidenten, der beides im Blick hat. Wir sind froh, dass wir ihn haben. Sein Satz, der es auf den Punkt bringt, lautet:

Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten, sie sind endlich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist der Punkt. Auch das muss im Land Baden-Württemberg einmal ausgesprochen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Vor diesem Hintergrund, Herr Ministerpräsident, bin ich auch froh, dass Sie in Ihrer jetzigen Regierungserklärung den Satz nicht wiederholt haben, den Sie in der letzten Woche gesagt haben, nämlich den Satz: "Das Boot ist nie voll." Dieser Satz ist gefährlich, weil die Menschen im Land Baden-Württemberg ihn falsch verstehen. Sie verstehen ihn nämlich so: Das Boot ist nie voll; unsere Möglichkeiten sind unbegrenzt. Aber unsere Möglichkeiten sind eben nicht unbegrenzt.

Sie haben recht, wenn Sie sagen: "Das Recht auf Asyl ist kein Gnadenakt, sondern ein Grundrecht." Niemand will das Recht auf Asyl infrage stellen. Aber klar ist, dass auch die Menschen hier Grundrechte haben.

Sie haben hier einen staatsrechtlichen Exkurs ausgeführt. Der Staatsrechtler Hesse sprach von der praktischen Konkordanz, nämlich davon, dass Grundrechte auch in Konflikt zueinander geraten können. Da müssen wir eine Balance finden. Wenn wir die Balance finden wollen zwischen den Grundrechten derer, die zu uns kommen möchten, die einen Anspruch auf Asyl

haben, auf der einen Seite und den Grundrechten derjenigen, die schon hier sind, auf der anderen Seite, muss man beide Gruppen in den Blick nehmen. Die Politik muss zeigen, dass sie handlungsfähig ist, dass sie auch zwischen den unterschiedlichen Gruppen derjenigen, die zu uns kommen, unterscheiden kann – zwischen jenen, die vor dem Tod flüchten, und den Wirtschaftsflüchtlingen. Sonst sinkt die Akzeptanz im Land und geschieht das, was schon lange von allen befürchtet wird: dass die Stimmung im Land kippt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung und auch in der vergangenen Woche an dieser Stelle vom pragmatischen Humanismus gesprochen. Politisch Verfolgte und vom Tod bedrohte Kriegsflüchtlinge genießen unseren Schutz, aber wir sind nicht in der Lage, die reinen Wirtschaftsflüchtlinge aufzunehmen; das überfordert uns. Deshalb müssen wir differenzieren.

Die Frage ist, Herr Ministerpräsident, ob Ihre Regierung auch so handelt, wie Sie reden. Sie haben heute und in der vergangenen Woche deutlich gesagt, dass Sie diese Differenzierung vornehmen. Die Frage ist, ob sich diese Differenzierung dann auch tatsächlich im Regierungshandeln wiederfindet.

Am gestrigen Nachmittag haben Sie im Neuen Schloss die Fraktionsvorsitzenden davon unterrichtet, dass bis zur Mittagszeit 2 050 Flüchtlinge angekommen seien. Eine Stunde später hat dann Herr Minister Gall im Landtag auf die Frage des Kollegen Glück Auskunft gegeben, dass im Jahr 2015 bisher 1 644 Abschiebungen in Baden-Württemberg stattgefunden haben. Also, an einem halben Tag kommen mehr Flüchtlinge nach Baden-Württemberg, als im ganzen Jahr abgeschoben werden.

Nun kann man sagen, es gibt diese und jene Schwierigkeit. Andere Regierungen tun sich damit auch schwer. Aber schauen wir uns doch einmal die Zahlen aus der Vergangenheit an: Im Jahr 2010 – unter der schwarz-gelben Landesregierung – sind 4 753 Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen, und es gab 843 Abschiebungen. Das heißt, die Zahl der Flüchtlinge hat sich seit 2010 verzwanzigfacht, aber die der Abschiebungen hat sich nur verdoppelt. Herr Ministerpräsident, da können Sie niemandem erzählen, dass Ihre Regierung richtig handelt. Grün-Rot ist nicht Teil der Lösung, sondern an dieser Stelle Teil des Problems, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist doch Quatsch!)

Die Berliner Beschlüsse gehen im Wesentlichen in die richtige Richtung. Sie haben am gestrigen Nachmittag gefragt, ob die Opposition diese Beschlüsse im Wesentlichen teilt. Wir sind uns einig – das kann ich zumindest für meine Fraktion sagen –, was die Verfahrensdauer betrifft. Es ist gut, sie zu verkürzen, um die Möglichkeit zu bekommen, direkt aus den Erstaufnahmestellen abschieben zu können, und auch das Signal in Richtung Balkan und andere Länder zu setzen: "Kommt, wenn ihr schlechte Aussichten auf ein anerkanntes Asylverfahren habt, nicht auf dem Weg des Asyls, kommt zumindest nicht durch diese Tür." Es ist auch gut – Sie haben es gestern zugesagt –, die Verweildauer in den Erstaufnahmestellen, die zurzeit drei Monate beträgt, zu verlängern. Wir sind uns mit Ihnen darin einig, dies so in Baden-Württemberg umzusetzen.

Ich kann Ihnen für die FDP/DVP-Fraktion auch sagen: Wir sind uns mit Ihnen einig, dass es richtig ist, ein zweites Tor zu öffnen, den Weg in Richtung gesteuerte Zuwanderung, in Richtung Zuwanderungsgesetz zu gehen. Es ist falsch, wenn Fachkräfte, etwa vom Balkan, über das Asylrecht zu uns kommen; aber es ist trotzdem denkbar, dass wir diese Fachkräfte brauchen, beispielsweise für den Pflegebereich. Deshalb ist es richtig, diesen Zugang über ein modernes Zuwanderungsgesetz zu schaffen, und es ist auch richtig, dass mit den Berliner Beschlüssen in der vergangenen Woche ein erster Schritt in diese Richtung gegangen worden ist.

Es ist aber notwendig – dies sage ich in Richtung CDU-Fraktion –, dies schneller umzusetzen, als es etwa der Kollege Kauder angekündigt hat, der gesagt hat: "Wir machen das vielleicht im Jahr 2017." Wir haben die Probleme jetzt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

und wir können ein modernes Zuwanderungsgesetz nicht erst 2017 umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD)

Es ist auch richtig, in diesem Zusammenhang über die Integration zu sprechen, über Sprach- und Integrationskurse für diejenigen, die bleiben dürfen. Insofern ist klar, Herr Ministerpräsident, dass ich auch Ihr Prinzip mittrage: Wir müssen fordern und fördern. Aber es ist mir zu pauschal, zu sagen: Wir müssen alle, die kommen, fordern und fördern. Vielmehr müssen wir jene fordern und fördern, die eine Bleibeperspektive haben. Die anderen müssen wir relativ rasch wieder rückführen

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das hat er doch gesagt!)

Wer zu uns kommt, den müssen wir fordern, das ist völlig klar, meine Damen und Herren. Auch Flüchtlinge müssen sich ändern, wenn sie sich in unsere Gesellschaft integrieren wollen. Die Werte des Grundgesetzes sowie unsere Rechtsordnung und Kultur sind zu respektieren.

Sie haben nun zugestimmt, dass Albanien, das Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern werden. An einer anderen Stelle haben Sie, Herr Ministerpräsident, erklärt, die Landesregierung handle schnell. Nun, schnell ist es mit den sicheren Herkunftsländern nicht gerade gegangen. Dort haben Sie hinhaltenden Widerstand geleistet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Noch am vergangenen Mittwoch haben Sie hier im Landtag – auch Sie persönlich – gegen einen Antrag der beiden Oppositionsfraktionen gestimmt,

(Zuruf von der CDU: Genau!)

diese drei Länder zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Am nächsten Tag haben Sie dann in Berlin zugestimmt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schneller geht es doch gar nicht! – Lachen bei der CDU)

Gutes Regierungshandeln sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Kollege Schmiedel rief: "Schneller geht es nicht!" Nein, Herr Kollege Schmiedel, Sie hätten schon einen Tag vorher Gelegenheit gehabt, dem zuzustimmen. Das wäre mal eine politische Leistung gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Noch besser wäre es gewesen, wenn Sie es am Montag auf der CDU-Pressekonferenz bereits angekündigt hätten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben auch dem Prinzip "Sachleistungen statt Taschengeld" zugestimmt. Allerdings haben Sie sich eine Hintertür geöffnet. Sie haben hier über Wochen und Monate lang anhaltenden Widerstand geleistet. Noch am vergangenen Mittwoch haben wir in derselben Debatte gehört – beispielsweise von der Kollegin Sitzmann –: Das geht gar nicht, das ist alles verfassungswidrig.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sehr verkürzt! – Gegenruf von der CDU: So kennen Sie die Verfassung, Frau Sitzmann!)

Am nächsten Tag hat der Ministerpräsident dann dem zugestimmt, was am Tag zuvor laut Frau Sitzmann noch verfassungswidrig gewesen ist, nämlich dem Prinzip "Sachleistungen statt Taschengeld".

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie werfen da etwas durcheinander!)

Nur haben Sie sich die Hintertür offengelassen: "wenn der Verwaltungsaufwand vertretbar ist". Ich sehe jetzt schon voraus, was am Ende herauskommt. Dann erklärt die Landesregierung: "Das haben wir geprüft,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und der Verwaltungsaufwand ist nicht vertretbar, deshalb setzen wir es nicht um." Das Entscheidende ist, eben auch das Signal zu setzen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Ich habe es in der vergangenen Woche schon erklärt: Der serbische Ministerpräsident hat uns dazu aufgerufen, von Taschengeldleistungen abzusehen, weil es in Serbien Arbeitskräfte gibt, die sich sagen: Ich bekomme in Deutschland mehr, wenn ich auf mein Asylverfahren warte, als wenn ich in Serbien arbeite. "Diese Arbeitskräfte fehlen uns", sagt der serbische Ministerpräsident, "hört auf damit!"

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie nehmen alles für wahr!)

Das ist der Grund, warum wir mit Geldleistungen aufhören und auf Sachleistungen umstellen müssen. Verstecken Sie sich bitte nicht hinter irgendwelchen bürokratischen Argumenten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie sprachen davon, dass man die Polizei stärken müsse. Das sehen auch wir so. Aber dann muss man sich die Frage stellen, ob es klug ist, zu sagen: Künftig blitzt die Polizei nicht mehr, sondern kümmert sich stattdessen um die Flüchtlingsproblematik. Wir, die FDP/DVP-Fraktion, wünschen uns und fordern wiederholt mehr Stellen bei der Polizei. Setzen Sie das von uns geforderte 1 000-Stellen-Programm um.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Übrigen haben Sie sich in Ihrer Regierungserklärung selbst gelobt für 16 neue Verwaltungsrichterstellen. Herr Minister Stickelberger ist gerade kurz hinausgegangen. Vielleicht fragt er gerade bei den Verwaltungsgerichten nach, wie es mit dem Antragsstau aussieht. Nach all dem, was man aus den Verwaltungsgerichten hört, ist dieser Antragsstau enorm. Ich habe ihn beim Flüchtlingsgipfel gefragt: "Reichen die 16 Verwaltungsrichterstellen?" Darauf erwiderte er: "Ja." Mein Eindruck ist: Sie reichen eben nicht aus. Wenn man – siehe die Zahlen von vorhin – feststellt, es gebe bezogen auf die Zahl der Flüchtlinge nur etwa 1,5 % Abschiebungen, und dann sagt, es gebe ja diese und jene Probleme, dann ist der Antragsstau bei den Verwaltungsgerichten natürlich auch ein Teil des Problems. Deshalb reichen aus unserer Sicht diese 16 Verwaltungsrichterstellen nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Die Einführung der Gesundheitskarte war eine alte Forderung, die Sie, Herr Ministerpräsident, immer wieder vor sich hergetragen haben.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was sind denn das für despektierliche Formulierungen?)

– Ja, ja, Frau Sitzmann. Ich komme gleich auf die grüne Fraktion zu sprechen. – Da ist allerdings zu klären, was gemeint ist bzw. wer jetzt für die Grünen redet, ob der Ministerpräsident oder die grüne Fraktion spricht. Herr Ministerpräsident, ich zitiere aus Ihrer gerade gehaltenen Regierungserklärung: "Keine Ausweitung des Leistungskatalogs", haben Sie gesagt. Noch am 16. März 2015, also vor Kurzem,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein halbes Jahr her!)

ist in einer Publikation der Grünen, die mit "Im Grünen daheim" überschrieben ist, folgende Aussage des Kollegen Lucha zu lesen. Manne Lucha, Vorsitzender einer Projektgruppe, die sich in der Landtagsfraktion der Grünen mit Themen für Flüchtlinge beschäftigt

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr guter Mann!)

− ja, guter Mann −, sagt:

Die Grünen wollen erreichen, dass der Leistungsumfang ähnlich ist wie bei allen gesetzlich Versicherten.

Was gilt denn jetzt? Gilt das, was die grüne Fraktion sagt, oder gilt das, was der Ministerpräsident sagt, dass es eben keine Ausweitung an Leistungen gibt? Diese Gesundheitskarte darf nämlich nicht zu einem zusätzlichen Pull-Faktor werden.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Deshalb ist es auch falsch, diese Gesundheitskarte, wie es gestern Staatssekretär Murawski in unserem Gespräch angekündigt hat, bereits in den Erstaufnahmestellen auszugeben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Um Gottes willen!)

Wir halten es für richtig, wenn die Menschen, die auf die Kommunen verteilt werden, diese Gesundheitskarte bekommen, aber nicht die Menschen in den Erstaufnahmestellen und schon gar nicht so, wie es sich die grüne Fraktion so vorstellt, mit denselben Leistungen, die alle gesetzlich Versicherten in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Rülke, den Umfang legt die Bundesregierung fest!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Text Ihrer Regierungserklärung geschrieben – ich zitiere –:

... die Landesregierung handelt, und zwar früh, koordiniert und kraftvoll.

Sie sprechen von "früh". Sie haben eine Reihe von Entwicklungen verschlafen. Sie haben erst reagiert, als der Flüchtlingsstrom angeschwollen ist. Sie haben wesentliche Entscheidungen, die notwendig sind, noch in der vergangenen Woche hier im Landtag von Baden-Württemberg blockiert.

(Zuruf von den Grünen: Was?)

Sie haben sich in einer Abstimmung gegen die Erklärung weiterer Länder zu sicheren Herkunftsländern ausgesprochen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Der Landtag beschließt das doch gar nicht!)

Und Sie haben erklärt: "Wir wollen eben nicht dieses Prinzip "Sachleistungen statt Taschengeld"."

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Früh und schnell zu reagieren ist etwas anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann haben Sie von "koordiniert" gesprochen. Dazu braucht Ihnen gar nicht einmal die Opposition etwas zu sagen. Da reicht, was Ihr Parteifreund, der grüne Oberbürgermeister von Freiburg, Herr Salomon, sagt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das schon wieder!)

Der spricht von Organisationsversagen. Es wird Ihnen also in Ihrer eigenen Partei nicht bestätigt, dass Sie koordiniert vorgingen.

Und Sie sprechen von "kraftvoll". Der Oberbürgermeister von Heidelberg hat davon, dass in Heidelberg ein Drehkreuz eingerichtet werden soll, aus der Zeitung erfahren, weil sich die dortige Abgeordnete und Ministerin bei einem Termin verplappert hat.

(Zuruf von den Grünen: Was?)

Dies wird zunächst einmal bestritten; es wird gesagt, da sei nichts dran. Dann erfährt er wiederum aus der Presse, es wird jetzt doch dieses Drehkreuz mit einer Vervielfachung der Flüchtlingszahlen für Heidelberg durchgesetzt. Das ist alles andere als kraftvoll. Das ist Regierungschaos, Herr Ministerpräsident. Ihre Regierung ist in dieser Krise heillos überfordert

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie wollten gestern in der Runde im Neuen Schloss einen Konsens herstellen. Ich habe deutlich gesagt, an einigen Punkten – ich habe diese auch benannt – gibt es diesen Konsens. Es gibt diesen Konsens aber nicht, wenn Sie die Gesundheitskarte bereits in den Erstaufnahmestellen einführen wollen. Es gibt diesen Konsens nicht, wenn Sie das Prinzip "Sach- statt Geldleistungen" dadurch unterminieren, dass Sie sagen: "Da prüfen wir mal den Verwaltungsaufwand und stellen dann hinterher fest, der ist zu groß, deshalb setzen wir dieses Prinzip nicht um."

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Vor allem gibt es diesen Konsens nicht, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich jetzt zurücklehnen wollen und erklären: "Wir haben jetzt alle notwendigen Maßnahmen umgesetzt. Wir haben gehandelt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Jetzt ist es gut. Jetzt bedarf es keiner weiteren Handlungen mehr." Das ist falsch, Herr Ministerpräsident. Genau nach diesem Prinzip haben Sie in der Vergangenheit gehandelt, und deshalb haben wir die Probleme. Nein, wir erwarten vorausschauendes Handeln, und es bedarf weiterer Maßnahmen in dieser Situation, sonst wird nämlich die Situation noch problematischer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Welche denn?)

– Ich komme sofort darauf, Herr Lede Abal. Ich bin auch absolut darum bemüht, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen, wenn ich jetzt gleich diese Maßnahmen aufzähle.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Lachen bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Sie unterstützten die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene. Aber das, was die Bundeskanzlerin bislang auf europäischer Ebene erreicht hat, ist zu wenig.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Rülke hätte mehr erreicht!)

Es ist doch wirklich ein Witz, meine Damen und Herren, wenn ein Land wie Polen mit seiner großen Fläche und seiner relativ dünnen Besiedlung gerade einmal 4 500 Flüchtlinge aufnimmt. So viele kommen in zwei Tagen nach Baden-Württemberg. Das ist doch kein Erfolg, meine Damen und Herren. Da muss man doch in aller Deutlichkeit sagen: Das reicht nicht. Es kann auch nicht sein, meine Damen und Herren – darüber sollten wir sehr ernsthaft nachdenken, wenn wir die Akzeptanz der Bevölkerung und des deutschen Steuerzahlers

erhalten wollen –, dass einerseits der deutsche Steuerzahler bei der Eurorettung Solidarität mit anderen europäischen Staaten an den Tag legt, aber andererseits, wenn es um die Solidarität in der Flüchtlingsfrage geht, Deutschland mit Schweden und Österreich allein dasteht und alle anderen, die sonst unsere Solidarität in Anspruch nehmen, nirgends mehr sind. Das darf eine deutsche Bundeskanzlerin nicht akzeptieren, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

und dafür können Sie sie auch nicht loben.

Sie haben die Aussage von Kardinal Marx zitiert, die Identität Europas bestehe auch darin, wie man mit Notleidenden umgehe. Völlig richtig, Herr Ministerpräsident. Aber er sprach eben von der Identität Europas. Deutschland, Österreich und Schweden können nicht allein für die Identität Europas haftbar gemacht werden. Wir müssen ohne Zweifel syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen helfen. Aber besser sind sichere Häfen im Nahen Osten. Auch da ist es notwendig, dass die Bundesregierung handelt.

Da ist es auch notwendig – Sie haben den großen Konsens der Demokraten beschworen –, dass auch über den Bundesrat Druck ausgeübt wird. Es reicht eben nicht, dann immer zu sagen: "Im Landtag von Baden-Württemberg dürfen wir über bestimmte Themen nicht reden. Das ist Aufgabe des Bundes und der europäischen Ebene." Wir hier vor Ort in Baden-Württemberg, unsere Kommunen haben mit diesen Problemen umzugehen. Deshalb müssen wir auch sehr deutlich in Richtung der nationalen und der europäischen Ebene artikulieren, was zu machen ist. Nur dieser Druck wird Bewegung schaffen. Deshalb ist es falsch, zu sagen: "Das geht uns nichts an."

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich vermisse auch die Forderung nach einer Visumpflicht für den Balkan, Herr Ministerpräsident. Das ist der logische nächste Schritt, nachdem jetzt im Grunde sämtliche Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden sind. Im vergangenen Jahr haben Sie zugestimmt, was Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien anlangt, und jetzt aktuell bei den drei anderen Staaten Montenegro, Albanien und dem Kosovo. Jetzt ist es notwendig, dort eine Visumpflicht einzuführen. Das ist nämlich eine wesentlich tragfähigere Maßnahme als die Grenzkontrollen und der Bruch des Schengen-Abkommens, die doch nichts nützen, wenn dann an den Grenzen irgendjemand sagt, er möchte Asyl.

Wir müssen uns auch die Frage stellen: Was bedeutet das Ganze für unseren Arbeitsmarkt? Sie haben zu Recht davon gesprochen, Herr Ministerpräsident, dass wir Integration in unseren Arbeitsmarkt brauchen. Das ist völlig richtig. Nun hat aber Bundesarbeitsministerin Nahles – bekanntlich keine bekennende Liberale –

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sie sind auch kein Liberaler!)

erklärt, maximal 10 % der Flüchtlinge seien in den Arbeitsmarkt integrierbar.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sofort! Nicht generell, sofort!)

- Mag ja sein, Kollege Schmiedel, dass sofort integrationsfähig gemeint ist. Aber was machen Sie in der Zwischenzeit, bis sie integrierbar sind?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Qualifizieren!)

Sie können nicht in der Zwischenzeit sagen: "Bis sie vielleicht einmal in ein oder zwei Jahren integrationsfähig sind, richten es die sozialen Sicherungssysteme." Das ist der falsche Weg. Vielmehr müssen wir sofort Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Menschen suchen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die müssen Deutsch lernen!)

Da ist Ihr allgemeiner flächendeckender Mindestlohn ein Hindernis.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aha, deswegen!)

Deshalb brauchen wir auch an dieser Stelle eine Flexibilisierung Ihrer Mindestlohnregelung, meine Damen und Herren; völlig klar.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist das Kontraproduktivste, was man machen kann!)

Denn wenn Sie nicht zu dieser Flexibilisierung kommen, dann schicken Sie diese Menschen in die Arbeitslosigkeit. Da zeigt sich wieder einmal: gut gemeint, aber schlecht gemacht. Flexibilisieren Sie das Ganze.

Ich bin ja froh, dass an einer anderen Stelle die Flüchtlingskrise eine positive Auswirkung hat. Ich fordere ja schon seit zwei Monaten – immer dann, wenn gesagt wird: "Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kommt nicht nach; beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fehlen Beamte, um die Anträge zu behandeln" –: Nehmt die bewaffneten Zöllner, die harmlose Mittelständler heimsuchen, um dort die Mindestlohndokumentation zu kontrollieren. Und, oh Wunder: Es bewegt sich etwas.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Herr Schäuble hat genau das angekündigt. Herr Schäuble stellt jetzt einige von diesen Zöllnern ab. Die sind im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wesentlich besser aufgehoben, als wenn sie im Morgengrauen Bäckereien oder Metzgereien stürmen, meine Damen und Herren. Das ist eine vernünftige Lösung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Rita Haller-Haid SPD: Sie wollen doch keine Schwarzarbeit?) Sind Sie für Schwarzarbeit?)

Dann sagten Sie, Herr Ministerpräsident, es werde Bauerleichterungen für Flüchtlingsheime geben. Sie haben bei der Regierungspressekonferenz heute noch einmal abseits des Redemanuskripts wiederholt – dafür bin ich dankbar –: "Dafür brauchen wir privates Kapital." Herzlichen Glückwunsch zu dieser Einsicht!

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dazu hat es Sie bestimmt nicht gebraucht!)

Bisher hatte ich nie den Eindruck, dass diese Landesregierung an privatem Kapital in der Wohnungspolitik interessiert ist. Sie haben ja eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen und auch im Bund unterstützt, die allesamt dazu geeignet sind, das private Kapital auf dem Wohnungsmarkt abzuschrecken.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Der Vorschlag des Kollegen Wolf lautete – ich halte das ausdrücklich für richtig –, dass wir noch einmal darüber nachdenken, ob es tatsächlich Sinn macht, das Bauleitverfahren so, wie von uns in unserer gemeinsamen Vereinbarung vorgesehen – das bestreite ich gar nicht, aber das war vor der Flüchtlingskrise –, zu verkomplizieren.

Es ist auch notwendig – ich bin gespannt, ob etwas in dieser Sache herauskommt –, in diesem Zusammenhang über das Thema Flächensparen zu reden. Flächensparen kann halt nicht oberstes Prinzip sein, wenn wir Wohnraum für Zigtausende Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, brauchen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Wieder nicht zugehört!– Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ferner bin ich auch sehr gespannt, wie das mit all den Regelungen ist, die der verehrte Herr Kollege Hermann in die Landesbauordnung geschrieben hat. Die Landesbauordnung ist für jeden, der auch nur einen einzigen Euro in Baden-Württemberg in ein Bauprojekt investieren möchte, der reinste Horror

(Zuruf von der SPD: Mein Gott!)

Ich hoffe sehr, dass diese Landesbauordnung in diesem Zusammenhang auf den Prüfstand kommt

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

und dass Sie, Herr Kollege Hermann, dann nicht noch auf die Idee kommen: "Die Flüchtlingsheime brauchen auch noch Zwangsefeu auf dem Dach." Nein, so etwas ist falsch, so etwas ist hinderlich.

(Minister Franz Untersteller: Das ist doch lächerlich!)

Weitere Stichworte: Mietpreisbremse, Fehlbelegungsabgaben, all die Zwangsmaßnahmen bei Zweckentfremdung.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wir haben doch gar keine Fehlbelegungsabgabe in Baden-Württemberg!)

Ich finde es schon im negativen Sinn bemerkenswert, Herr Ministerpräsident, dass Sie Herrn Kuhn dabei noch unterstützen, wenn er wirklich lustvoll ankündigt: "Mit bis zu 50 000 € wollen wir gegen diejenigen vorgehen, die von ihrem Eigentumsrecht Gebrauch machen."

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gibt da schon bemerkenswerte individuelle Biografien.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Manch einer hat in seiner Jugend zum ersten Mal als Sponti Häuser besetzt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und nach dem Marsch durch die Institutionen macht er es jetzt als Opa als Amtsträger, meine Damen und Herren. Das sind bemerkenswerte Entwicklungen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Jahrzehnte sind ins Land gegangen, die Häupter wurden grau, aber die Denkweise ist noch genau dieselbe.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Dann würde uns auch noch interessieren – Herr Ministerpräsident, Sie haben es angesprochen –, in welchem Umfang Sie die Kommunen am Geldsegen teilhaben lassen wollen. Sie müssen die Kommunen auskömmlich ausstatten. Da reicht es uns nicht, wenn Sie jetzt erklären: "Die kommunalen Landesverbände sollen sich erst einmal einigen, und dann verhandeln wir." Denn Verhandeln bedeutet ja einen Kompromiss. An den klebrigen Fingern des Landes soll ja möglichst auch einiges hängen bleiben. Nein, meine Damen und Herren, es ist notwendig, das Geld, das der Bund zur Verfügung stellt, auch den Kommunen, die diese Probleme vor Ort zu lösen haben, weiterzuleiten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie haben ja genügend Geld. Der Kollege Schmiedel hat kürzlich erklärt: "Wir machen einen Nachtragshaushalt in Milliardenhöhe. Das zahlen wir aus der Portokasse. Wir haben die entsprechenden Rücklagen."

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dann setzt der Finanzminister noch einen drauf und sagt: "Die Nullverschuldung setzen wir jetzt trotzdem überraschend um, denn wir haben ja so viel Geld in der Kasse."

Dann, meine Damen und Herren, stellen Sie diese Mittel auch dort zur Verfügung, wo sie notwendig sind, nämlich bei den Kommunen für das Thema Flüchtlinge. Da ist es notwendig, da haben wir die Probleme, da ist eine Landesregierung gefordert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Schließlich ist es notwendig, nicht nur an der Stelle stehen zu bleiben, an der in der vergangenen Woche die Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Thema "Sichere Herkunftsländer" an einen vorläufigen Haltepunkt gekommen sind. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt, Herr Ministerpräsident: "Wir wollen in zwei Jahren evaluieren." Solche Fesseln sollte man sich nicht anlegen, Herr Ministerpräsident. Manchmal führen überraschende Krisenherde dazu, dass Flüchtlingsströme überraschend schnell anschwellen. Dann ist es notwendig, vorausschauend zu handeln. Deshalb empfehle ich das, was

Ihre eigene Ministerin, Frau Öney, am 26. September 2015 in der "Südwest Presse" empfohlen hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Manchmal hat sie recht!)

Ich darf zitieren:

"Man hätte auch überlegen können, ob einige andere Länder nicht auch zu den sicheren Herkunftsländern gehören", …

Frau Öney, nie war ich Ihnen so nahe wie heute.

(Heiterkeit)

Nicht nur bei Asylbewerbern vom Balkan, auch bei Flüchtlingen "aus manch afrikanischem Land ist die Anerkennungsquote gering".

In der Tat! Schauen wir uns das einmal an: Algerien 0,3 % Schutzquote, Gambia 2 %, Marokko 1 %, Ghana 1,7 %, Tunesien 0,2 %, Senegal 1,2 %, Mali 1,6 %, Guinea-Bissau 0,8 % usw. So geht es weiter bei einer ganzen Latte von afrikanischen Staaten. Da werden Sie jetzt möglicherweise sagen: "Von dort kommen ja im Moment relativ wenige." Aber woher wissen Sie, dass es so bleibt? Eine vorausschauende Politik sieht anders aus. Da stellen wir uns voll hinter die Ministerin Öney. Es ist notwendig, auch hier zu handeln. Weisen Sie weitere sichere Herkunftsländer aus. Hier hatte Frau Öney eine gute Idee, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das macht die Bundesregierung!)

Jetzt ruft der da hinten schon wieder "die Bundesregierung".
 Blicken Sie doch einmal in die Verfassung

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und schauen Sie sich die Abläufe in der vergangenen Woche und im vergangenen Jahr an. Haben Sie es immer noch nicht kapiert? Die Bundesregierung macht einen Vorschlag, der Bundestag beschließt, aber der Bundesrat muss zustimmen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ja! Dazu braucht es den Gesetzentwurf des BMI!)

Deshalb ist es notwendig, dass man auch seitens des Landes Baden-Württemberg hier Position bezieht. Hätten Sie mal einen Gemeinschaftskundeunterricht in Ihrer Jugend besucht. Dann würden Sie solche Zwischenrufe hier nicht machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Unter dem Strich, Herr Ministerpräsident: Nein, Ihre Landesregierung handelt nicht schnell, sie handelt nicht kraftvoll, und sie handelt nicht koordiniert. Sie haben jetzt nach großem Druck – Druck des Landtags von Baden-Württemberg und Druck aus Berlin – einige Entscheidungen getroffen, die notwendig sind. Aber man kann an dieser Stelle nicht stehen bleiben. Die Bevölkerung in diesem Land erwartet, dass diese Landesregierung vorausschauend handelt. Wir haben Ihnen

jetzt eine ganze Reihe von Maßnahmen empfohlen, die vorausschauendes Handeln dokumentieren könnten. Es liegt an Ihnen, Herr Ministerpräsident, an Ihrer Regierung und an dieser Koalition, diese Maßnahmen umzusetzen. Das Land Baden-Württemberg erwartet das. Wir können es schaffen, meine Damen und Herren, aber wir können es nur dann schaffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Wolf.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Ihre heutige Regierungserklärung war notwendig, wenngleich ich etwas irritiert feststelle, dass auf der Regierungsbank das Interesse seither an der Debatte zu diesem wichtigen Thema deutlich zurückgegangen ist. Ihre heutige Regierungserklärung war notwendig, weil Sie über Monate hinweg an dieser Stelle zur Flüchtlingspolitik nichts gesagt haben, weil Sie bis zur letzten Woche der Debatte in diesem Hohen Haus ganz aus dem Weg gegangen sind.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Sechs Wochen Sommerpause hatten wir!)

Notwendig war sie gleichzeitig --

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Claus Schmiedel – Unruhe)

Entschuldigung, das Flüchtlingsthema nimmt keine Rücksicht auf eine Sommerpause, lieber Kollege Schmiedel. Das ist doch das Problem, das hier zum Ausdruck kommt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! Letzte Woche war doch die Debatte!)

Der Ministerpräsident wartet heute noch schicksalsergeben darauf, was die nächste Woche wohl bringen mag.

Anstatt den großen Herausforderungen mit einer Politik aus einer Hand zu begegnen, haben Sie einen Strauß von Zuständigkeiten geschaffen. Was haben wir denn inzwischen alles? In diesem Land Baden-Württemberg und in Ihrer heutigen Regierungserklärung hat sich gegenüber dem, was Sie noch zu Anfang dieser Woche an dieser Stelle sagen wollten, noch einmal ganz viel Neues ergeben. Offensichtlich hat man gemerkt, dass noch ganz andere Konstruktionen geschaffen worden sind. Es gibt seit Kurzem einen Krisenstab unter Leitung des Landesbranddirektors; schon ein wenig länger gibt es eine Taskforce unter Ihrem Staatssekretär Murawski. Dazu haben wir einen bunten Strauß an beteiligten Ministerien und Regierungspräsidien. Ach ja, wir haben auch ein Integrationsministerium –

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

ein Ministerium, das geradezu sinnbildlich für die Konzeptionslosigkeit und die Überforderung Ihrer Regierung steht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Sabine Wölfle SPD: Unglaublich!)

Nachdem der stellvertretende Ministerpräsident heute aufgrund einer Auslandsreise, die er so terminiert hat, nicht hier sein kann, erfahren wir heute parallel über die Medien, dass wir nun auch noch weitere Gipfel bekommen – zumindest kleine Gipfel der Fachminister wie jetzt zum Thema Wohnungsbau. Eine Konzeption aus einem Guss, Herr Ministerpräsident, sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Flüchtlingspolitik kann klare Vorgaben machen, die Zuwanderung steuern und die Sorgen der Menschen ernst nehmen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wollen Sie das?)

Wie das funktionieren kann, hat die CDU mit ihrem Koalitionspartner in der Großen Koalition beim Flüchtlingsgipfel jetzt gezeigt.

Dass Sie gemeinsam mit uns die Ergebnisse der Verhandlungen von Angela Merkel heute so positiv beurteilen, freut uns.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Es überrascht aber auch insofern, als Sie sich ja immer in der Haltung gefallen: "Wenn es funktioniert, waren es Merkel und Kretschmann gemeinsam, und wenn es nicht funktioniert, sind es die bösen CDUler in Berlin." Mit dieser Rollenverteilung ist ab heute auch Schluss, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Waren es nicht Sie und Ihre Fraktionen, die ein zentrales Ergebnis des Gipfels, die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten, vor einer Woche noch abgelehnt haben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Waren es nicht Grün und Rot, die als erste integrationspolitische Initiative Geldleistungen vor Sachleistungen gestellt haben?

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl!)

Ich darf hierzu einmal aus Ihrem Koalitionsvertrag zitieren:

Auf Landesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass trotz bundesgesetzlicher Vorgaben das Sachleistungsprinzip schrittweise aufgelockert und auf ... Geldleistungen umgestellt wird.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Herr Ministerpräsident, wenn man diese Aussagen im Koalitionsvertrag mit Ihren heutigen Aussagen vergleicht, könnte man geradezu von Aufräumarbeiten sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man kann ja auch mal dazulernen!)

Aber Sie hatten damit Anreize geschaffen, die auch ihren Teil zur aktuellen Einwanderungswelle beigetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie haben damit ein Problem erst mitgeschaffen, für dessen Lösung Sie sich heute bejubeln lassen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Oh, ist das schlimm!)

Eine klare Linie und ein erkennbares Konzept – das ist nicht ersichtlich.

Dieser Eindruck verfestigt sich angesichts Ihrer Aussagen zur Ankündigung von Abschiebungen. Beim Flüchtlingsgipfel am Donnerstag haben alle Länder, also auch Sie, einer Regelung zugestimmt, die die Ankündigung von Abschiebungen künftig untersagt. Richtig! Denn wer Abschiebungen frühzeitig ankündigt, riskiert, dass die Ausreisepflichtigen einfach untertauchen, dass sie sich Polizei und Behörden entziehen und fortan illegal in Deutschland leben. Doch in der vorgestrigen Landespressekonferenz konnten Sie sich an diesen Beschluss schon nicht mehr erinnern.

(Oh-Rufe von der CDU)

Lassen Sie mich deswegen, Herr Ministerpräsident, die Gelegenheit nutzen, die Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels nochmals in Erinnerung zu rufen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Oh!)

Sie haben einige der Beschlüsse schon vorgestellt.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht alle!)

Aber Sie haben heute eine sehr grüne Geschichte von diesem Gipfel und von seinen Ergebnissen erzählt, eine Geschichte, die den Schwerpunkt anders und aus meiner Sicht in Teilen auch falsch setzt. Denn die zentrale Botschaft des Flüchtlingsgipfels bei Angela Merkel ist eine differenzierte: "Wir begrenzen Zuwanderung und schaffen mehr Sicherheit. Wir wollen die Flüchtlingsströme eindämmen, aber wir wollen denjenigen auch helfen, die eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Wir wollen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen, wir wollen die Verfahren beschleunigen, und es geht darum, ganz Europa in die Pflicht zu nehmen." Alles gehört zusammen, Herr Ministerpräsident, auch diese Facette, auch diese Zielrichtung des Flüchtlingsgipfels in Berlin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann werden nun auch Albanien, das Kosovo und Montenegro endlich in den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten aufgenommen. Sie haben ja, Herr Ministerpräsident, die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme immer bestritten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

um am Ende dann doch noch öffentlichkeitswirksam einzuschwenken. Dabei war Ihre Landesregierung im Sommer schon weiter. Wäre der Herr Justizminister jetzt hier, könnte ich ihn loben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Ihr Justizminister hat uns im August auf unsere Anfrage hin – Kollege Heiler, Sie werden es ihm ausrichten – hochoffiziell mitgeteilt – ich zitiere –:

Die Regelung ist daher geeignet, die Dauer der Asylverfahren ... zu verkürzen und damit Kapazitäten beim BAMF freizugeben.

Das hat Minister Stickelberger vor wenigen Monaten gesagt, während Ministerpräsident Kretschmann hier immer noch auftritt und sagt: "Das alleinige Problem ist, dass wir beim BAMF zu wenig Personal bekommen." Herr Ministerpräsident, Sie hätten längst damit beginnen können, Ihre Hausaufgaben im eigenen Land zu erledigen, statt ständig mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ging auch darum, in Zukunft zahlreiche Einschränkungen an das Merkmal "Sicherer Herkunftsstaat" zu knüpfen. Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten sollen verpflichtet werden können, bis zur Entscheidung respektive bis zur Ablehnung ihres Antrags und ihrer Ausreise in der Erstaufnahmeeinrichtung zu verbleiben. Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, die ab dem 1. September 2015 einen Asylantrag gestellt haben, wird ein Beschäftigungsverbot eingeführt. Von diesen Einschränkungen geht ein ganz eindeutiges Signal aus: Wer in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellt, obwohl er nicht schutzbedürftig ist, wird unser Land rasch wieder verlassen müssen, und wer nicht ausreist, obwohl er es muss, bekommt künftig nur noch das Überlebensnotwendige.

Die Anreize dafür, überhaupt hierher zu kommen, haben CDU und CSU in konkrete Vorschläge überführt: In den Erstaufnahmeeinrichtungen werden künftig Bargeldleistungen durch Sachleistungen ersetzt.

Herr Ministerpräsident, mich irritiert – wie auch den Kollegen Dr. Rülke –, dass Sie so sehr auf den Zusatz "sofern mit vertretbarem Verwaltungsaufwand möglich" hinweisen. Hat man da gegebenenfalls einen Schulterschluss mit der Kanzlerin zustande gebracht, formuliert schwarz und interpretiert grün? Ist man bereit, das, was als Zielsetzung beim Flüchtlingsgipfel tatsächlich vereinbart wurde, auch konsequent im eigenen Land umzusetzen und Fehlanreize abzubauen? Daran werden wir Sie messen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich will ich auch die europäische Dimension dieser großen Herausforderung in ganz besonderer Weise würdigen und auch dabei den Schulterschluss mit Ihren Ausführungen, Herr Ministerpräsident, herstellen. Es gibt das Verbindende, und es gibt das Trennende. Die Aufgabe der Opposition ist es und wird es auch in Zukunft sein, deutlich zu machen, an welcher Stelle die Landesregierung nicht handelt oder falsche Zeichen setzt, obwohl sie anderes tun könnte.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es gibt in Europa einen Anspruch auf Schutz für Menschen, die aus Kriegsgebieten vor dem Tod fliehen. Es gibt aber keinen Anspruch darauf, sich innerhalb Europas ein bestimmtes Land aussuchen zu können.

Wer kein Asyl in Deutschland erhält, muss in seine Heimat oder in das EU-Land zurückkehren, über das er eingereist ist. Wer nicht freiwillig ausreist, muss zurückgeführt werden. Die Verantwortung für die Rückführung liegt bei den Ländern. Die Länder müssen die Ausreiseverpflichtung konsequent durchsetzen. Die Abschiebezahlen der Vergangenheit belegen, dass insbesondere in den rot-grün regierten Ländern noch sehr viel mehr getan werden kann. Vielleicht aber wollen Sie gar nicht mehr tun?

(Oh-Rufe von den Grünen)

Ihr grüner Landesvorsitzender kritisierte die Entscheidung Ihres Innenministers, rechtmäßig eine Romafamilie aus Freiburg abzuschieben, und bezeichnete das damals als inakzeptabel.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Was soll an einer rechtsstaatlichen Entscheidung inakzeptabel sein? Herr Ministerpräsident, Ihrer Partei ist nicht nur Organisationsversagen zuzuschreiben, wie von Oberbürgermeister Salomon bestätigt, Ihre Partei hat auch ein Abschiebeproblem. Wir fordern Sie auf, dies endgültig zu lösen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zügiges und entschlossenes Handeln ist auch deswegen angezeigt, weil wir jetzt die Versäumnisse und Fehler Ihrer Politik der vergangenen Jahre ausbügeln müssen. Denn zahlreiche jetzt beschlossene Maßnahmen waren in den vergangenen Jahren immer wieder am Einspruch der SPD im Bund oder am Widerstand der Grünen im Bundesrat gescheitert – ein Widerstand, Herr Ministerpräsident, der maßgeblich auch von Ihnen ausging.

Ich erinnere daran, dass es Ihr vermeintliches Verhandlungsgeschick war, das uns Regeln eingebracht hat, die wir jetzt wieder ändern müssen. Sie waren für die Lockerung der Residenzpflicht verantwortlich, die wir jetzt zurückdrehen müssen

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Sie waren es, der auf Bargeldleistungen gepocht und Sachleistungen verteufelt hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie müssen einmal den Beschluss lesen!)

Hinsichtlich der sicheren Herkunftsländer haben Sie monatelang gepokert und taktiert und damit echte Lösungen verzögert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Herr Ministerpräsident, deswegen bleibt die Einschätzung richtig: Sie reagieren, aber Sie agieren zu wenig. Sie sind unverändert ein Getriebener. Das ist angesichts der Dimension dieser großen Herausforderung zu wenig. Herr Ministerpräsident, wir erwarten entschlossenes Handeln. Das ist Ihre Aufgabe in dieser schwierigen Zeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie können Wunsch und Wirklichkeit nicht unterscheiden!)

– Lieber Kollege Dr. Rösler, Sie dürfen sich noch zurückhalten. Ich werde noch länger sprechen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch mir ein wichtiges Anliegen, mich in dem Sinn, wie es auch Ministerpräsident Kretschmann getan hat, bei verschiedenen Partnern angesichts ihrer Beiträge zur Bewältigung dieser großen Aufgabe zu bedanken. Dabei stehen für mich die Kommunen, die Landkreise, die Städte und Gemeinden, an ganz vorderer Stelle

Herr Ministerpräsident, mir gefällt eines nicht in Ihrer Tonalität: Sie reduzieren Landkreise, Städte und Gemeinden immer mehr auf die Rolle der unteren Verwaltungsbehörden – die sie natürlich auch sind. Landkreise, Städte und Gemeinden brauchen wir aber vor allem, wenn es darum geht, die große Integrationsleistung vor Ort zu meistern. Begegnen wir unseren Kommunen auf Augenhöhe! Wir brauchen sie, um diese große Herausforderung zu meistern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Liebe Kollegin Sitzmann, es war schon bezeichnend, dass Sie, als der Kollege Rülke Oberbürgermeister Salomon erwähnt hat, dazwischenriefen: "Ach, der schon wieder!" Ich gebe zu, es ist lästig, wenn man immer mit Aussagen der eigenen Parteifreunde konfrontiert werden muss. Das sind aber Menschen, die in der Praxis stehen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und die offensichtlich wissen, dass das, was hier landespolitisch angerichtet wird, vor Ort eben nicht funktioniert. Deshalb müssen Sie die Aussagen Ihres grünen Oberbürgermeisters Salomon ertragen, liebe Kollegin Sitzmann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Unbezahlbar ist die Leistung der vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Sie geben unserem Land ein freundliches Gesicht. Sie zeigen das große Herz Baden-Württembergs, wenn es darum geht, Menschen in Not zu helfen.

Unser Land kann die Herausforderungen nur meistern, wenn Tausende von Helfern beim Roten Kreuz und anderen Hilfsorganisationen wie dem THW und den Feuerwehren mit anpacken. Sie alle leisten derzeit Übermenschliches. Ohne diesen großen Einsatz könnte Deutschland, könnte Baden-Württemberg die aktuelle Flüchtlingswelle gar nicht bewältigen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dies gilt übrigens auch für die Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatz sind, um diese großen Herausforderungen zu meistern. Ich möchte deshalb auch dieser tragenden Säule unseren herzlichen Dank aussprechen. Auch sie gehören zu denen, die aktuell konkret anpacken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Lassen Sie mich diesen Dank erweitern und auch denjenigen danken, die dafür Sorge tragen, dass wir unsere rechtsstaatliche Ordnung aufrechterhalten können. Herr Ministerpräsident, auch Sie haben davon gesprochen: Es sind unsere Polizistinnen und Polizisten, die Tag für Tag für die Sicherheit der Menschen einstehen und erhebliche Mehrbelastungen schultern. In Meßstetten ist inzwischen weder die Taschengeld- noch die Essensausgabe ohne Polizeischutz bzw. ohne Sicherheitsdienste möglich. Von den von Ihnen nur kurz angesprochenen Verstärkungen unserer Polizei muss in der Fläche noch mehr ankommen

Halbherzig ist der Vorstoß der Integrationsministerin, den Freiwilligen Polizeidienst wieder zu aktivieren.

(Heiterkeit des Abg. Werner Raab CDU)

Ja, wir fordern den Freiwilligen Polizeidienst schon lange wieder ein und halten ihn für eine sinnvolle Unterstützung, für eine Entlastung der Profis bei Großveranstaltungen, bei Fußballspielen und bei Streifen in Wohngebieten. Aber für Fälle gewalttätiger Auseinandersetzungen in Flüchtlingsunterkünften brauchen wir nicht den Freiwilligen Polizeidienst, sondern mehr Stellen bei der Landespolizei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Seidenspinner hat bereits Alarm geschlagen und gesagt, dass die Polizei des Landes diese gigantische Herausforderung nicht bewältigen könne. Herr Ministerpräsident, wir werden die Helfer genauso wie unsere hauptamtlichen Kräfte überfordern, wenn aus dem derzeitigen Ausnahmezustand ein Dauerzustand wird. Diese Arbeit vor Ort verlangt Körper und Geist Enormes ab. Die Helfer sind am Limit. So wie heute kann es nicht noch monatelang weitergehen. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass wir auch unsere Gesellschaft überfordern.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Erklärung dankenswerterweise auch Begriffe wie Stolz und Heimat gebraucht. Für einen grünen Politiker ist das durchaus bemerkenswert.

(Lachen bei den Grünen)

Wir sind stolz auf unsere Heimat.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ja, wir sind stolz auf die Schaffenskraft, auf den Ideenreichtum und auf die Traditionen unserer Heimat. Das ist auch ein Grund, warum die Menschen Angst haben. Sie haben Angst, dass zu viele Veränderungen auf einmal auf sie einwirken könnten.

(Lachen des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

- Ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt, Herr Kollege Lede-Abal, wenn wir über die Ängste der Menschen reden. Ich weiß nicht, Kollege Lede-Abal, was es an dieser Stelle zu lachen gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ob diese Ängste gerechtfertigt sind, ist die eine Frage. Sie in jedem Fall aufzunehmen und offen anzusprechen ist die andere.

Auf unser Land wirken enorme Belastungen. Unsere Gesellschaft wird sich wandeln. Hunderttausende Menschen, die nicht nur heute in Deutschland Schutz suchen, sondern vielleicht langfristig in Deutschland leben werden, stellen unser Land vor die größte Herausforderung in Sachen Integration, die dieses Land je gesehen hat.

Viele der Flüchtlinge, die jetzt bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, werden viel Zeit brauchen, um sich in Deutschland zu integrieren. Verschiedenste Sprachen, teilweise völlig fremde Kulturen und meist auch Religionen prägen diese Menschen. Die heute zu uns kommenden Menschen an unsere Gesellschaft, an unsere Werte, an Traditionen, aber auch ganz praktisch an unsere Alltagswelt heranzuführen wird Zeit, Mühe und auch Geld kosten.

Daher sollten wir für diejenigen, die wahrscheinlich für längere Zeit in Deutschland bleiben werden, so früh wie möglich verbindliche Deutschkurse und Informationen über die deutsche Kultur und Rechtsordnung anbieten, und wir müssen vom ersten Tag an klarmachen, dass hier eine für alle gültige Rechts- und Werteordnung uneingeschränkt gilt, und zwar die unsrige.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Trennung von Staat und Religion, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Religionsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit: Das alles steht fest, das alles ist nicht verhandelbar. Jeder, der hierbleiben will, muss das akzeptieren.

Wenn Integration gelingen soll, muss die gesamte Gesellschaft daran mitwirken. Doch damit jeder Einzelne Integration auch als seine Aufgabe begreift, müssen wir ihn mitnehmen und in seinen Sorgen ernst nehmen.

Politik muss die Ängste der Menschen bei uns im Land aufnehmen, sie kann sie nicht einfach ignorieren. Sie darf sie nicht totschweigen, nur weil in fünfeinhalb Monaten Landtagswahl ist. Denn es ist gerade die Aufgabe der Politik, die Sorgen ernst zu nehmen. Dazu, Herr Ministerpräsident, haben mir in Ihrer Regierungserklärung Anhaltspunkte gefehlt.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Was?)

 Ja, die Menschen haben Sorgen. Hören Sie wenigstens jetzt zu, dann hören Sie eine der Sorgen.

Sorgen bereiten den Menschen Ankündigungen, dass ihr Eigentum beschlagnahmt wird, um Flüchtlinge unterzubringen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Sorgen bereitet den Menschen die Meldung, dass einer Frau nach 23 Jahren die Wohnung gekündigt wird, um dort künftig Flüchtlinge unterzubringen.

Diese Sorgen aufzugreifen und anzusprechen, Herr Ministerpräsident, hat nichts, aber auch gar nichts mit dem Schüren von Ängsten zu tun.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Es bedeutet schlicht und einfach, sich um die Menschen in dieser Situation zu kümmern. Das ist unsere Verantwortung, und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn Politik ist täglich im Fluss, und wenn wir nicht aufpassen, wenn wir Mauern um das Thema bauen oder versuchen, die gesellschaftlichen Realitäten totzuschweigen, bahnt sich das Wasser seinen Weg anderswo, und dann läuft es auf die Mühlen der Parteien, die wir alle zusammen – alle zusammen! – am Ende des Tages in unseren Parlamenten nicht haben wollen.

Das gilt auch für enttäuschte Erwartungen – enttäuschte Erwartungen in Sachen Arbeitsmarkt, Einwanderung und Integration, enttäuschte Erwartungen in der Gesellschaft, enttäuschte Erwartungen bei den Unternehmern, enttäuschte Erwartungen selbstverständlich auch bei den Flüchtlingen selbst.

Sie, Herr Ministerpräsident, wecken große Erwartungen. Keine Frage: Zuwanderung ist für unseren Arbeitsmarkt eine Chance. Deutschland braucht Fachkräfte. Die Handwerker in unserem Land suchen Lehrlinge, der Mittelstand sucht Experten, und unser Gesundheitswesen sucht händeringend engagierte Ärzte und Pfleger.

Gleichzeitig wollen sich viele hoch qualifizierte Flüchtlinge hier bei uns eine Existenz aufbauen. Sie wollen für sich und ihre Familie eine glückliche Zukunft schaffen, und sie tragen damit zu unserem Wohlstand und zu unserer Altersvorsorge bei.

Aber bleiben wir Realisten: Längst nicht alle, die zu uns kommen, sind gut ausgebildete Fachkräfte. Die Arbeitsmarktsituation wird nicht auf Dauer so rosig bleiben. Bundesministerin Nahles hat schon für das kommende Jahr wieder steigende Arbeitslosenzahlen angekündigt. Der Löwenanteil der Flüchtlinge kann mangels Qualifikation nicht sofort in den Arbeitsmarkt übernommen werden.

Deswegen warne ich davor, beim Thema Einwanderungsgesetz vorschnell zu handeln und überzogene Erwartungen zu nähren. Denn eine Frage ist noch viel zu wenig diskutiert: Was muss ein Einwanderungsgesetz wirklich leisten? Es geht eben nicht um eine unbegrenzte Zuwanderung. Es geht darum, Einwanderung zu steuern und in mancher Hinsicht auch spürbar zu begrenzen. Es geht um Qualität und nicht um Quantität.

Ziel eines Einwanderungsgesetzes muss daher nicht mehr Einwanderung, sondern eine gezielt gesteuerte Einwanderung sein. Das muss die Botschaft eines solchen Gesetzes sein: gezielte Einwanderung, aber gesteuert und reduziert, in den Ar-

beitsmarkt, in die Sozialsysteme. Auf dieser Grundlage können wir über ein solches Gesetz reden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Rad muss dazu nicht neu erfunden werden. Wir haben bereits ein umfassendes Zuwanderungsrecht, das viele Möglichkeiten der legalen Zuwanderung eröffnet. Hoch qualifizierte Menschen mit Berufen, bei denen wir Fachkräfteengpässe haben, sind bei uns herzlich willkommen. Für sie bestehen ohnehin bereits vielfältige Wege, um im deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Laut OECD hat Deutschland im weltweiten Vergleich bereits eines der liberalsten Systeme der legalen Einwanderung. Das Einwanderungssteuerungsgesetz muss deswegen in erster Linie bekannte Regeln zusammenfassen, Sachverhalte vereinfachen und Klarheit schaffen.

Unser Vorschlag: Migrationsberater in den deutschen Auslandsvertretungen könnten wichtige Informations- und Anlaufstellen für Interessierte sein. Sie sollten über berufliche Perspektiven in Deutschland informieren und genauso darüber aufklären, wann Einwanderung eine reelle Chance hat. Damit könnte die gezielte Steuerung der legalen Einwanderung und zugleich eine Entlastung des Asylsystems erreicht werden. Bundesaußenminister Steinmeier könnte diesen ersten Schritt relativ kurzfristig und unbürokratisch in den deutschen Botschaften umsetzen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben des Weiteren sehr viel über die Fluchtursachen gesprochen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich finde das richtig und notwendig. Ja, wir müssen die Gründe, warum die Menschen ihre Heimat überhaupt verlassen, bekämpfen. Da ist in erster Linie auch der Bund gefordert; wohl wahr. Da kann, darf und muss auch noch mehr passieren. Dann frage ich mich aber auch, warum das Land in dieser Situation die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit zurückschraubt. Nicht immer in erster Linie auf andere zeigen, sondern zunächst die eigenen Hausaufgaben im Land selbst lösen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Bei allen bundes- und europapolitischen Facetten des Themas, die auch Sie in Ihrer Regierungserklärung in aller Ausführlichkeit behandelt haben, sollten wir eines nicht aus den Augen verlieren: Das Land muss handeln. Das Land Baden-Württemberg kann und muss handeln. Sie und wir sind Landespolitiker. Die Menschen erwarten von uns konkrete Lösungen. Sie erwarten nicht, dass man ihnen ständig erklärt, was in Berlin und Brüssel anders gemacht werden könnte. Sie erwarten zu Recht, dass wir uns um Baden-Württemberg kümmern und unserer Verantwortung gerecht werden.

Da haben wir, die CDU, einige Konzepte vorgelegt – frühzeitig, mehrfach, pragmatisch. Wir haben Schwachstellen aufgedeckt und gleichzeitig Lösungsvorschläge unterbreitet. Mit unserem Konzept der Landeskompetenzzentren für Asyl und Flüchtlinge war und bleibt es unser Ziel – Herr Ministerprä-

sident, auch hier können Sie noch handeln –, Zuständigkeiten zu bündeln, an einem Ort zusammenzuführen – so, wie wir es einst in den Bezirksstellen für Asyl getan haben: kurze Wege über den Gang. Das wäre ein wesentlicher Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung. Handeln Sie! Das läge in der Zuständigkeit der Landesregierung und könnte schon morgen auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben vorhin gesagt, Asylsuchende und Flüchtlinge sollen in diesen Zentren so lange bleiben, bis ihre Verfahren abgeschlossen sind. Kommt Ihnen das bekannt vor? Noch vor drei Monaten haben Sie unser Konzept beiseitegewischt. Ich weiß noch, wie Sie von der Regierungsbank aus in das Plenum gerufen haben: "Machen wir doch schon alles!" Heute stellen Sie fest, dass genau das der richtige Weg ist: die Asylbewerber so lange in der Erstaufnahme zu belassen, bis abschließend entschieden werden kann, ob sie bleiben können oder eben nicht.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das ist der richtige Weg. Das hätten wir gemeinsam schon früher haben können, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Bei Ihnen zeigt sich ein inzwischen bekanntes Muster. Wir wollten das Sachleistungsprinzip wiedereinführen. Sie waren dagegen und sind am Schluss umgefallen, will sagen: klüger geworden. Wir wollten mehr sichere Herkunftsländer. Sie waren dagegen und sind am Schluss umgefallen, also erneut klüger geworden. Wir wollten den Kommunen mehr Spielraum bei der Unterbringung von Flüchtlingen geben. Sie waren dagegen und sind am Schluss umgefallen – zum dritten Mal klüger geworden. Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Für dieses Umfallen will ich Sie gar nicht kritisieren.

(Lachen bei den Grünen – Unruhe)

Man darf jeden Tag klüger werden. Aber ich will gern meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass Sie endlich auch in anderen Punkten klüger werden und schneller handeln, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es wäre jetzt die Zeit, vorausschauend auch die nächsten Schritte anzugehen. Kollege Rülke hat es angesprochen: Wir haben von Anfang an die Verschärfungen in der Landesbauordnung für einen Fehler gehalten. Im Land der Häuslebauer sollte man Menschen, die neuen Wohnraum schaffen, nicht dauernd gängeln und bevormunden. Diese Politik fällt Ihnen jetzt auf die Füße.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Gar nicht!)

Sie verhindert, dass Private bereit sind, Wohnraum zu schaffen, den wir dringend bräuchten. Es interessiert sie herzlich wenig, ob vor ihrer Wohnung ausreichend Fahrradabstellplätze vorhanden sind, und sie interessiert die Bedeutung begrün-

ter Fassaden herzlich wenig. Jetzt geht es darum, pragmatische, schnelle Lösungswege aufzuzeigen.

Wenn Sie jetzt dem Zweckentfremdungsverbot das Wort reden, dann mischen Sie sich in eine Frage ein, die eigentlich nur Mieter und Vermieter etwas angeht, nämlich die Frage, ob, wann und an wen eine Wohnung oder ein Haus vermietet werden soll. Ich finde, Politik sollte sich heraushalten, wenn es darum geht, über die eigenen vier Wände zu bestimmen. Mehr Respekt vor dem Eigentum, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Recht auch davon gesprochen, zur Integration gehöre auch, diese bewusst einzufordern. Integration einzufordern ist richtig. Wir fordern das schon lange. Denn ohne Integrationsanforderungen entstehen Parallelgesellschaften, Parallelgesellschaften, die sich nicht an unser Grundgesetz halten, die die Autorität unseres Rechtsstaats und unserer Polizei nicht anerkennen und die sich abkapseln, anstatt sich zu integrieren. Dem müssen wir zusammen, im Konsens der Demokraten, entgegentreten. Denn nur wenn klar ist, dass für alle die gleichen Spielregeln gelten, dass sich alle an die "Hausordnung" halten müssen, kann Integration gelingen.

Herr Ministerpräsident, ich hätte mir deswegen auch Antworten dazu erwartet, wie Sie und Ihre Regierung das Fördern und Fordern konkret umsetzen. Wie gehen wir mit jenen um, die sich nicht einfügen wollen, und wie zeigen wir jenen die Grenzen auf, die ihre religiösen Konflikte nun auf unserem Boden austragen? Auf alle diese Fragen hätte ich mir heute von Ihnen ebenfalls eine Antwort gewünscht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, Sie sind jetzt auch gefragt – aber darin haben Sie ja schon Übung –, die gefundenen Kompromisse gegenüber Ihrer eigenen Partei durchzusetzen, und zwar in der Form, wie die Vereinbarung getroffen worden ist.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Denn zwischen der reinen grünen Lehre, zwischen Ihren Ideen von unbegrenzter Einwanderung und der Realität bestehen eben doch sehr große Unterschiede. Noch vor einem Jahr haben Sie selbst gesagt: "Das Boot ist nie voll." Ja, wir wollen Zuflucht bieten für die Menschen, bei denen es um Leben oder Tod geht. Deshalb müssen wir unsere Kräfte auf diejenigen konzentrieren, die unsere Hilfe wirklich brauchen. Sie und Ihre Partei haben zu oft den Eindruck erweckt, als ob Deutschland jeden aufnehmen könne und jeden aufnehmen müsse. Sie haben zu lange jeder Steuerung und vor allem jeder Begrenzung der Einwanderung Ihre Zustimmung versagt. In Ihrem grünen Wahlprogramm wollten Sie sogar eine Ausweitung der Anerkennung von Asylbewerbern. Erst jetzt, angesichts Hunderttausender Menschen, die in unser Land kommen, scheinen Sie diese Positionen zu überdenken.

Und, Herr Ministerpräsident, Sie benutzen bei diesem Räumen alter Positionen Worte, die aufhorchen lassen. Ich zitiere die "Stuttgarter Zeitung" vom 14. August 2015 – Winfried Kretschmann –:

Wenn alle ins gelobte Land kommen, brechen in kürzester Zeit die Strukturen zusammen, und man erreicht das Gegenteil der integrationsfähigen Gesellschaft.

"Wenn alle ins gelobte Land kommen" – Zustimmung, Herr Ministerpräsident. Wir dürfen unsere Gesellschaft nicht überfordern. Und wir würden sie überfordern, wenn wir auf Ideologie statt Differenzierung setzten. Denn ohne Differenzierung verlieren wir die Mitte der Gesellschaft.

Es ist doch Konsens: Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Gewalt fliehen, müssen wir helfen, und denen helfen wir. Wir helfen, wo wir können. Aber wir können nicht überall helfen. Erst dann, wenn wir diese klare Botschaft gemeinsam aussenden, werden wir die aktuelle Herausforderung auch gemeinsam bewältigen. Dazu sind wir in der CDU-Fraktion ausdrücklich bereit.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich der Fraktionsvorsitzenden, Frau Sitzmann, das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Bewertung!)

- Wie bitte? Sie haben etwas gesagt?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er hat sich despektierlich geäußert! – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sie sind dran!)

– Ja, ich bin dran. Genau. So ist es.

Zuallererst, meine Damen und Herren, möchte ich an dieser Stelle ganz besonders dem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, danken

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: In Abwesenheit! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Der Ministerpräsident ist schon gegangen! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sollen wir es ihm ausrichten?)

und allen Mitgliedern der Landesregierung, die dafür gesorgt haben, dass diese Verhandlungen letzte Woche überhaupt zu einem Ergebnis geführt haben. Das ist nicht selbstverständlich; das ist eine große Leistung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Winfried Kretschmann hat daran, dass es ein Ergebnis gab, maßgeblichen Anteil. Das Allerwichtigste ist: Es gibt ein Ergebnis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Ergebnis ist in harten Verhandlungen erzielt worden. Von Ramelow über Kretschmann bis Seehofer hat es eine Einigung in wichtigen Punkten gegeben. Auch das ist eine herausragende Leistung, für die ich al-

len Beteiligten, aber insbesondere unserem Ministerpräsidenten danken möchte.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist richtig und wichtig, dass Baden-Württemberg diesem Verhandlungsergebnis, diesem Gesamtpaket im Bundesrat – selbstverständlich – zustimmen wird, auch wenn dieses Ergebnis natürlich nicht Grün pur ist. Es ist aber auch nicht SPD pur oder Linke pur. Ob es CDU pur ist, wissen wir nicht, weil es der vielstimmige Chor leider nicht möglich macht, zu erkennen, was denn jetzt eigentlich die Position der CDU ist.

(Heiterkeit bei den Grünen – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber wie dem auch sei: Das Gesamtpaket ist richtig und wichtig, auch wenn es neben dem Licht auch Schatten gibt. Dazu werde ich später noch kommen. Es ist vollkommen klar, dass die Anstrengungen, die erforderlich sind, nur gemeinsam unternommen werden können. An dieser Stelle hat Ministerpräsident Kretschmann gezeigt, dass er verantwortungsvoll für Baden-Württemberg handelt.

Er hat auch dazu beigetragen, dass es im Bundesrat eine Mehrheit für dieses Gesamtpaket geben wird. Er hat dafür gesorgt, dass diesem Gesamtpaket auch viele Länder zustimmen werden, in denen die Grünen mitregieren. In neun von 16 Ländern regieren die Grünen mit. Es steht heute schon fest, dass neben Baden-Württemberg auf jeden Fall auch Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zustimmen werden. Die Grünen in Thüringen werben dafür, diesem Paket auch zuzustimmen. Auch das ist ein sehr wichtiges Signal, das unseren Respekt und unseren Dank verdient.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, letzte Woche gab es eine Umfrage, die zeigt, dass die Menschen in Baden-Württemberg davon überzeugt sind, dass diese grün-rote Landesregierung mit dem Thema Flüchtlinge gut umgeht. Es gibt nur eine verschwindend kleine Minderheit, Herr Kollege Wolf, die meint, dass Sie es besser könnten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja! – Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Zwei Drittel haben gesagt, dass auch Sie diese Probleme nicht besser lösen könnten – auch 48 % der CDU-Anhänger.

Meine Damen und Herren, ich kann also sagen: Draußen kommt das an, was diese Landesregierung tut. Bis Sie sich überlegt haben, was Sie fordern wollen, hat diese Regierung schon längst geplant, entschieden und umgesetzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen des Abg. Guido Wolf CDU)

Und ich sage deutlich: Es wird nichts zurückgedreht, und es wurden keine Lösungen verzögert. Ich weiß nicht, wie Sie verhandeln. In der Regel macht man das so, dass man unterschiedliche Aspekte in einem Paket verhandelt und dass man dann schaut, dass eine Win-win-Situation oder ein tragfähiger Kompromiss entsteht.

(Edith Sitzmann)

Genau das war der Grund, warum der Landtag von Baden-Württemberg – Grüne und SPD – letzte Woche Ihrem Antrag auf Ausweitung der sicheren Herkunftsländer nicht zugestimmt hat. Wir haben und hatten Vertrauen, dass dieser Ministerpräsident mit seinen Kolleginnen und Kollegen in allen Punkten die richtigen Entscheidungen treffen wird. Das hat er getan, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir, die Fraktion GRÜNE, sind mehr denn je im ganzen Land unterwegs. Wir sprechen mit ehrenamtlichen Helfern. Wir sprechen mit der kommunalen Ebene. Wir sprechen mit der Polizei und der Feuerwehr. Wir besichtigen die Flüchtlingseinrichtungen vor Ort. Wir gehen zu Bürgerversammlungen. Wir wissen natürlich, dass es Sorgen gibt, und wir nehmen die Sorgen ernst.

Eines ist klar: Wer die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nur wiederholt, ohne auf sie zu antworten, der schürt Ängste, Kollege Wolf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir machen das Gegenteil. Wir beantworten die Fragen und gehen auf die Sorgen, die es bei den Bürgerinnen und Bürgern gibt, ein. Wir informieren, wir erklären. Wir betonen, dass die Zuwanderung auch eine große Chance ist und dass wir in einer Verantwortungsgemeinschaft mit der großen Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer diese Aufgabe meistern werden. Davon sind wir überzeugt. Davon sind auch viele Bürgerinnen und Bürger überzeugt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein Punkt, der jetzt endlich möglich wird und für den wir lange gekämpft haben, ist die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte. Es gibt Leute, die durch das Land gehen und etwas von Rundumversorgung erzählen. Deswegen sage ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Bei dieser Gesundheitskarte, die auf der Grundlage bundesgesetzlicher Regelungen jetzt endlich eingeführt werden kann, geht es um eine Grundversorgung der Flüchtlinge. Sie entlastet die Kommunen beim Verwaltungsaufwand,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Genau!)

sie spart Geld, sie ist positiv für die Flüchtlinge, und sie entlastet die Ärztinnen und Ärzte oder auch die ehrenamtlich Tätigen, die bislang die Flüchtlinge zum Amt und überallhin begleiten müssen. Deshalb ist diese Gesundheitskarte ein ganz wichtiger Schritt. Sie schafft eine Win-win-Situation für viele Beteiligte. Deshalb wird sie in Baden-Württemberg auch umgesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir erreichen damit eine deutliche Einsparung beim Personaleinsatz. Letzte Woche habe ich schon Landrat Walter zitiert, der als Präsident des Landkreistags der Einführung dieser Karte zustimmt. Insofern haben wir die Unterstützung der kommunalen Seite. Wir haben die Unterstützung der AOK. Wir haben die Unterstützung der Ärzteschaft. Alle halten die Einführung dieser Gesundheitskarte für einen wichtigen und richtigen Schritt. Deshalb wird sie in Baden-Württemberg kommen.

Nach unserer Vorstellung soll diese Gesundheitskarte ausgegeben werden, wenn die Flüchtlinge in die kommunale Unterbringung kommen. Das ist der richtige Zeitpunkt für die elektronische Gesundheitskarte. Damit erreichen wir all die Vorteile, die ich gerade genannt habe, meine Damen und Herren. Wir sind sehr froh, dass Ministerpräsident Kretschmann ermöglicht hat, dass wir in Baden-Württemberg endlich diesen wichtigen Schritt machen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir sind auch froh, dass in der Ärzteschaft die Bereitschaft vorhanden ist, dass pensionierte Ärzte in den Erstaufnahmeeinrichtungen bei der medizinischen Versorgung mithelfen. Die Kollegin Mielich und ich hatten diese Woche ein sehr ermutigendes Gespräch mit der Landesärztekammer, die sehr große Unterstützung signalisiert hat. Überall in diesem Land machen sich die Bürger intensiv Gedanken, wie diese Aufgabe gemeinsam bewältigt werden kann und welchen Beitrag sie leisten können.

Die Beteiligung an den Unterbringungskosten, die der Bund jetzt endlich zugesagt hat, ist ein ganz wichtiger Baustein. Der Ministerpräsident hat hier bereits wichtige Punkte angesprochen. Der Bund beteiligt sich endlich strukturell, dynamisch und dauerhaft an der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung – von der Registrierung bis zum Abschluss der Asylverfahren. Damit ist auch ein Anreiz verbunden, die Asylverfahren deutlich zu verkürzen.

Das war ein ganz wichtiger Erfolg dieser Verhandlungen. Gleiches gilt für die Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung. Die Verfahrensdauer ist der Dreh- und Angelpunkt und macht einen Großteil der Probleme aus. Wenn wir es schaffen, die Verfahrensdauer zu halbieren, dann bedeutet das rechnerisch, dass wir die Kapazitäten verdoppeln. Wenn schneller Entscheidungen fallen, haben wir mehr Kapazitäten zur Verfügung, und das ist dringend notwendig.

Wir, das Land, leisten dazu unseren Beitrag. Ich war jetzt sehr erstaunt, dass Sie, Herr Wolf oder Herr Rülke, z. B. nicht zur Kenntnis genommen haben, dass es in Heidelberg ein Verteilzentrum geben wird, wo alle Verfahrensschritte absolviert werden können: von der Registrierung über die erkennungsdienstliche Behandlung, die Gesundheitsuntersuchung, die Beantragung von Asyl bis zur Entscheidung. Das Land steht parat. Wir warten auf die Stellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, und sobald diese in ausreichender Zahl vorhanden sind, kann es losgehen und kann die Verfahrensbeschleunigung, die wir dringend brauchen, erreicht werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Uns Grünen ist – das ist ja bekannt – die Ausweitung der Anzahl der sicheren Herkunftsländer nicht leichtgefallen. Es gibt nach wie vor keinen Beleg, dass dieses Instrument einen Beitrag dazu leistet, dass weniger Menschen nach Deutschland kommen, deren Asylverfahren keine Aussicht auf Erfolg haben. Deshalb ist es gut, dass vereinbart wurde, dass diese Maßnahme in zwei Jahren noch einmal betrachtet und evaluiert wird. Nichtsdestotrotz gilt für uns, dass das Gesamtpaket stimmt, und zwar weil endlich legale Wege in den Arbeitsmarkt für Menschen vom Westbalkan eröffnet werden. Das ist ein ganz wichtiger Erfolg für die Menschen, aber auch für

(Edith Sitzmann)

die Wirtschaft in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist ein erster wichtiger und richtiger Schritt zu einem Einwanderungsgesetz, das wir Grünen schon lange fordern, das die SPD fordert und die FDP auch. Allein die CDU macht hier widersprüchliche Aussagen.

(Zuruf von den Grünen: Wie immer!)

Sie haben auch schon einmal gesagt, Herr Wolf, Sie seien für ein Einwanderungsgesetz. Jetzt haben Sie gesagt, Sie seien für ein Zuwanderungsgesetz, aber mit Begrenzung. Es klang so, als ob dieses Gesetz nicht dazu da sein soll, dass Menschen hier bei uns arbeiten können, sondern dafür sorgen soll, dass überhaupt weniger Menschen kommen. Sie müssen sich schon entscheiden. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, um ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen, vor allem wenn Sie zur Kenntnis nehmen, was die Wirtschaft zu den Chancen der Zuwanderung sagt. Ich will nicht den Herrn Ministerpräsidenten wiederholen und Herrn Zetsche zitieren. Es gibt viele andere, die klar sagen, dass es eine große Chance ist. Beispielsweise spricht Herr Würth davon, dass diese Menschen, die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, zum Gelingen unseres Systems beitragen. Gerade in Baden-Württemberg sehen das viele Unternehmer so, die nach Fachkräften suchen. Da hat Herr Würth recht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der Betriebsratsvorsitzende von Porsche, Herr Hück, hat gesagt:

Wer gegen die Flüchtlinge ist, der ist auch gegen den Wohlstand – so einfach ist das.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So einfach ist es!)

Also, meine Damen und Herren: Nehmen Sie die Stimmen aus der Wirtschaft, von Unternehmern und von Gewerkschaftern, ernst. Stehen Sie nicht länger auf der Bremse, sondern geben Sie Gas, damit wir in Sachen Einwanderungsgesetz weiterkommen. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Integration heißt, dass wir für jeden die Chance schaffen müssen, dass er seinen Platz in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt finden kann. Das ist unser Job; das heißt Integration. Dazu gehören Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dazu brauchen wir die Grundlagen, die über die Sprache gelegt werden. Wir brauchen eine entsprechende Wohnraumversorgung; darauf komme ich gleich noch zurück. Was wir nicht mehr brauchen, ist diese unsägliche Vorrangprüfung, die es immer noch gibt. Es wird höchste Zeit, sie abzuschaffen. Das wäre ein wichtiges Signal, um Arbeitsmarkt und Flüchtlinge endlich zusammenzubringen.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Gabi Rolland SPD)

Wohnungsbau: Wir sind froh, dass auch da erreicht werden konnte, dass der Bund in die Finanzierung einsteigt und 500 Millionen € zur Verfügung stellt. Das klingt natürlich erst einmal wie eine riesige Summe. Für Baden-Württemberg sind es real 40 Millionen € – die wir im Land sehr gut gebrauchen können. Aber 40 Millionen € sind die Realität. Sie passt nicht zu manchen utopischen Zahlen, die derzeit nachzulesen sind.

Sicherlich werden wir, das Land, auch weiter unseren Beitrag leisten müssen. Wir haben bereits – der Herr Ministerpräsident hat es gesagt – 60 Millionen € für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Wir haben das soziale Wohnraumförderungsprogramm deutlich aufgestockt. Wir werden auch weiter unseren Beitrag leisten. Aber ich sage klipp und klar: Ohne privates Kapital werden wir es nicht schaffen. Deshalb erwarten wir, dass der Bund, dass die Bundesregierung sich bewegt und dass steuerliche Anreize geschaffen werden, um den Wohnungsbau durch Private anzukurbeln, damit wir den Bedarf, den wir im Land haben, befriedigen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn es um Wohnungsbau geht, dann sollten wir keine Neiddebatten führen. Wir sollten ein bisschen nachdenken. Klar, wir brauchen schnell viele Wohnungen. Aber wir sollten alles tun, um Fehler der Vergangenheit, die auch zu Gettobildungen geführt haben, nicht zu wiederholen.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Wir müssen uns neue, integrative Konzepte überlegen und die Chancen in diesem Bereich nutzen. Integratives Bauen, integrative Stadtplanung ist das, was wir für die Zukunft brauchen. Ich bin froh, dass es Mitte Oktober einen Wohnungsbaugipfel geben wird, bei dem mit den Akteuren genau diese Fragen besprochen werden sollen. Wir brauchen neue Lösungen.

Wir Grünen haben eine Projektgruppe zum Flüchtlingsthema, und zwar nicht erst seit gestern, sondern seit Dezember vergangenen Jahres, die sich wöchentlich mit allen Fragen der Integration intensiv beschäftigt. Wir sind bereits im Gespräch mit der Architektenkammer, dem Städtetag und anderen Akteuren. Wir leisten gern einen Beitrag, damit wir Wohnungsbau und Stadtentwicklung anders und neu denken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Klar ist, dass bei diesem Wohnungsbaugipfel auch über mögliche Hemmnisse gesprochen wird. Ich empfehle Ihnen – wenn Sie hier über die Landesbauordnung herziehen –, auf die Internetseite des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zu gehen und sich die §§ 38 und 56 der Landesbauordnung anzuschauen, in denen die Ausnahmen beschrieben sind. All diese Ausnahmen bedeuten, dass es jetzt im Bereich Wohnungsbau für Flüchtlinge eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen gibt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist alles sehr unbürokratisch!)

Schauen Sie es sich einmal genau an. Wenn es an dem einen oder anderen Punkt noch Hemmnisse geben sollte, werden wir das prüfen und entsprechend handeln. Aber jetzt hier die Begrünung von Häusern anzuführen ist ja einfach ein Treppenwitz, Herr Wolf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Das ist eine Regelung für stark verdichtete Räume ohne Grünflächen in Städten, und die hat einen Sinn, von dem man sich in jedem Sommer – gerade wenn es so heiß ist wie in diesem Jahr – überzeugen kann: Die Begrünung verbessert die klimatischen und die kleinklimatischen Verhältnisse deutlich. Es ist nicht so, dass jetzt jeder sein Dach oder seine Fassade begrünen muss. Aber es ist trotzdem ein guter und interessanter Ansatz, der den Menschen, die in dicht bebauten Straßenzügen und Quartieren wohnen, das Leben in heißen Sommern erleichtert.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Klaus Maier und Rainer Hinderer SPD)

Dann komme ich zum Thema Sachleistungen. Hier haben Sie wieder einmal einen Popanz aufgebaut. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass es einer Familie, die bislang in Aleppo lebte und die einfach abhauen musste, die nicht mehr dort bleiben konnte, die unglaublich viele Risiken in Kauf nahm, um nach Europa zu kommen, um 140 € Taschengeld im Monat in der Erstaufnahme geht.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von den Grünen: Ja! – Genau!)

Da wird wieder vieles miteinander vermischt. Das eine ist die Erstaufnahme. In der Erstaufnahme gilt das Sachleistungsprinzip, und um die individuellen Bedarfe zu decken, gibt es darüber hinaus das Taschengeld. Es gibt übrigens kein Bundesland, das beim Taschengeld ein Sachleistungsprinzip hat. Das gibt es bislang nicht. Mit diesem Taschengeld können z. B. Damenhygieneartikel oder ein Busticket gekauft werden. Vielleicht wird auch eine Brezel probiert oder eine SIM-Karte fürs Handy oder eine Kugel Eis für die Kinder gekauft. Darum geht es beim Taschengeld – um nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

All das in Sachleistungen umzuwandeln halte ich für ein verwaltungs- und verfahrenstechnisch schwieriges Unterfangen. Ich weiß nicht, wie das gehen soll.

(Zuruf von der CDU: Durch Gutscheine!)

Ich weiß auch nicht, wie die Verwaltung, wie die Menschen, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen arbeiten, in der jetzigen Situation, in der es so viele Menschen in der Erstaufnahme gibt, das zusätzlich leisten sollen. Aber die Regierung hat zugesagt, sie wird prüfen, ob es gehen kann, wie es gehen kann, ob es Sinn macht. Wir werden uns dann darüber unterhalten und nicht vorher an irgendwelchen Gespensterdebatten teilnehmen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das wird schon wieder einkassiert!)

- Was wird einkassiert?

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Dass man das vereinbart hat!)

Sie müssen die Vereinbarung einmal genau lesen, Herr Kollege Lasotta.

(Zurufe von den Grünen: Lesen!)

Da steht nämlich drin: soweit das in den Verwaltungsverfahren umsetzbar ist,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Natürlich ist es umsetzbar!)

mit vertretbarem Verwaltungsaufwand. Lesen Sie die Beschlüsse einfach durch. Es steht drin, und das wird geprüft. Auch andere Bundesländer werden es prüfen. Wie gesagt, wir halten von der Gewährung von Sachleistungen für jedes einzelne Produkt des individuellen Bedarfs wenig.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Aber wir werden uns an geeigneter Stelle sicherlich noch einmal darüber unterhalten.

Meine Damen und Herren, jetzt haben Sie immer wieder unseren grünen Oberbürgermeister aus Freiburg zitiert. Ich lese Ihnen jetzt einmal ein Zitat von ihm aus einer Pressemitteilung vor.

(Lachen des Abg. Guido Wolf CDU)

Freiburgs Oberbürgermeister ... begrüßt mit Nachdruck das auf wirksame Hilfe angelegte Handlungsprogramm der Landesregierung zur Aufnahme von Flüchtlingen.

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Seit dem ersten Flüchtlingsgipfel des Ministerpräsidenten mit den kommunalen Verbänden und weiteren Akteuren wie Kirchen, sozialen Verbänden und Hilfsorganisationen ... habe die Landesregierung ... effektive Strukturen für die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen geschaffen. Insbesondere die zentrale Koordinierung der einzelnen Ministerien ... stelle ... eine wirksame Unterstützung dar.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Zu guter Letzt gibt er noch einen Rat, den ich Ihnen auch nicht vorenthalten will:

Salomon warnte davor, die Flüchtlingsfrage zum Gegenstand von parteipolitischen Auseinandersetzungen mit Blick auf die Landtagswahl zu machen.

(Zuruf von der SPD: Aha! – Abg. Guido Wolf CDU: Nicht darüber sprechen!)

"Die Dimension der Aufgabe erfordert es, dass alle Ebenen … gut zusammenarbeiten

(Zuruf von der SPD: Genau!)

und sich gegenseitig unterstützen"...

Das sollte das Motto unserer Politik sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen – Beifall bei der SPD)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlingsbewegungen in Europa, Deutschland, auch in Baden-Württemberg lassen sich nur gemeinsam lösen oder gar nicht. Das ist deutlich geworden durch die Besprechungen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin bzw. der Bundesregierung. Das ist auch durch die Resolution deutlich geworden, die wir in der letzten Woche gemeinsam verabschiedet haben, und es wird deutlich, wenn auf Landesebene die Landesregierung mit den Kommunen und allen Akteuren, die mit diesem Thema befasst sind, zusammenarbeitet.

Deshalb ist es zunächst einmal gut, festzuhalten, dass alle Fraktionen in diesem Haus hinter den gemeinsam getroffenen Beschlüssen dieser Ministerpräsidentenkonferenz stehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf: So ist es!)

Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass seine Regierungserklärung von dem Gedanken getragen war, dass die Lösungen, die wir brauchen, nur gemeinsam gefunden, entwickelt und umgesetzt werden können. Demgegenüber, muss ich sagen, hat sich die Diskussion jetzt ein bisschen sehr ins Kleinkarierte, ins kleine Karo verstrickt. Ich frage mich, ob die Menschen, die uns jetzt im Fernsehen zuschauen, wirklich den Eindruck haben, dass wir an der Lösung dieser großen Herausforderungen interessiert sind, oder ob sie den Eindruck gewinnen, wir seien eher interessiert an dem Versuch, dem anderen irgendetwas ans Bein zu binden – und wenn es noch das Kleinste ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich will einmal ein Beispiel nennen. Sie haben uns vorgeworfen, Herr Kollege Wolf, wir hätten im Jahr 2011 in der Koalitionsvereinbarung bei der Versorgung der Asylbewerber und Flüchtlinge das Geldleistungsprinzip vor das Sachleistungsprinzip gestellt. Ja, das ist richtig. Sie haben aber nicht dazugesagt, dass wir 2011 4 000 Flüchtlinge und Asylbewerber pro Jahr in Baden-Württemberg hatten

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine prinzipielle Frage! – Zuruf von der SPD: Ganz andere Voraussetzung!)

und dass wir damals mit 600 belegten Erstunterbringungsplätzen ausgekommen sind. Das war eine ganz andere Welt. Deshalb war es natürlich auch richtig, dass unsere gemeinsame Regierung in Berlin im Jahr 2013 die Zahlung von 140 € Taschengeld in das Asylbewerberleistungsgesetz hineingeschrieben hat. Das war auch noch eine andere Welt. Jetzt können Sie doch nicht so tun, als sei die damalige Entscheidung − 2011 oder 2013 − eine Antwort auf die Fragen, die wir heute beantworten müssen. Deshalb ist es untauglich und unsäglich, zu versuchen, den anderen mit irgendetwas ranzukriegen, nur um einen kleinen taktischen Vorteil zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das war jetzt nur ein Beispiel. Ich will mich jetzt gar nicht in anderes verstricken, sonst würde ich ja das fortsetzen, was ich beklage – dass wir uns im Kleinkarierten verzetteln.

Ich möchte eine Vorbemerkung machen und dann drei Gedanken aufgreifen, von denen ich glaube, dass wir sie gemeinsam weiterdiskutieren müssen.

Der erste Gedanke – der Ministerpräsident ist gerade nicht da, aber ich muss es vorweg sagen; ich habe aber auch Verständnis, wenn man nach ein paar Stunden mal rausmuss; da darf man auch nichts sagen –: Ich habe gesagt, ich bin sehr einverstanden mit der Regierungserklärung. Aber es gibt einen Punkt, in dem ich entschieden widersprechen möchte: Nicht gelungene Integration in ein linkes oder rechtes Lager zu schieben scheint mir ein bisschen kurz gesprungen. Wenn man die Frage stellt, weshalb nach dem Krieg die Integration von zwölf Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen gelungen ist – da gab es am Anfang auch große Aufnahmeprobleme, aber es ist nach relativ kurzer Zeit gut gelungen –, dann gibt es eine ganz klare Antwort: Es war klar, dass diese Personen bei uns bleiben und zu uns gehören.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Diese Grundlage hat dafür gesorgt, dass die Integration der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge nach dem Krieg ausgesprochen gut gelungen ist. Wie wir alle wissen, haben die Flüchtlinge und die Heimatvertriebenen ihren großen Anteil am Wirtschaftswachstum, am Aufbau unserer Republik und an dem Wohlstand, den wir heute genießen.

Im Gegensatz dazu steht die Frage der Integration der sogenannten Gastarbeiter. Die Integration in die Arbeitswelt ist zwar gelungen, aber über viele Jahrzehnte nicht die Integration in die Gesellschaft – jedoch nicht deswegen, Herr Ministerpräsident, weil irgendein linkes Lager meinte, man müsste da Laisser-faire machen, sondern weil es ein beiderseitiges Missverständnis gab.

Zum einen bestand ein Missverständnis aufseiten der Gastarbeiter. Sie dachten, dass sie nur für eine vorübergehende Zeit hier sind und dann wieder heimkehren. Man muss sich einmal die Filme dazu anschauen. Als nach dem Anwerbeabkommen die türkischen Gastarbeiter kamen und gefragt wurden, was sie nun vorhätten, haben die meisten – natürlich auf Türkisch – gesagt: "Ich schaffe hier zwei Jahre, dann nehme ich das Gewonnene und mache eine Werkstatt in der Türkei auf." Als wir in Ludwigsburg das Jubiläum gefeiert haben, saßen viele von denen am Tisch, die das vor 50 Jahren gesagt haben.

Zum anderen bestand aber auch das Missverständnis auf der Seite der deutschen Gesellschaft und der deutschen Politik, dass es sich hierbei nicht um Einwanderung handelt, sondern um einen vorübergehenden Aufenthalt, und man deshalb auch keine großen Integrationsanstrengungen machen müsse. Dieses doppelseitige Missverständnis hat sozusagen die Integration der Gastarbeitergeneration über Jahre verzögert. Wir sind heute in großen Schritten dabei, das aufzuholen. Deshalb haben wir auch ein Integrationsministerium. Wir sind noch nicht am Ende, aber wir sind auf einer "Gelingensspur".

Die Schlussfolgerung, die wir daraus gezogen haben, ist doch genau die, dass wir bei den Flüchtlingen und Asylbewerbern, bei denen wir davon ausgehen müssen und wollen, dass sie auf lange Zeit oder auf Dauer hier bleiben, dass ihre Kinder hier geboren werden und dass sie auch bis ins Rentenalter hier bleiben, die Integrationsanstrengungen von Anfang an ganz

stark ausprägen, damit die Integration in unsere Gesellschaft auch gut funktioniert.

Dies geschieht aus der Erfahrung heraus, dass damals entsprechende Anstrengungen unterlassen wurden, als man irrtümlich davon ausging, die Gastarbeiter blieben nur vorübergehend hier.

Deshalb ist es gut, wenn wir uns alle hinter dieses Thema stellen. Ich habe auch den Eindruck – das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen –, dass wir alle Anstrengungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, in der Gesellschaft, mit den Akteuren der Gesellschaft unternehmen, um diejenigen, bei denen wir davon ausgehen, dass sie auf Dauer hier bleiben, bei uns zu integrieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Guido Wolf und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Jetzt möchte ich zwei Themen herausgreifen. Das eine ist das Thema Wohnen. Herr Kollege Wolf, Sie haben das Beispiel angesprochen: Der Gemeinderat der Gemeinde Eschbach hat beschlossen, einer Mieterin, die seit 23 Jahren in einer Gemeindewohnung wohnt, zu kündigen mit dem Hinweis, dass diese Wohnung jetzt für Flüchtlinge gebraucht wird. Ich möchte an dieser Stelle sagen – ich hoffe, das ganze Haus unterstreicht das –: Es geht gar nicht, dass man einheimischen Mietern die Wohnung kündigt mit der Begründung, man brauche diese Wohnung für Flüchtlinge. Das geht gar nicht!

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Deshalb hoffe ich, dass die kommunalen Landesverbände mit ihren Gemeinden, den Gemeinderäten und den Bürgermeistern darüber sprechen, dass solche Signale, die ja genau der Befürchtung Nahrung geben, dass es jetzt den Einheimischen schlechter gehe – weil man nicht nur eine Wohnung, die man anstrebt, vielleicht nicht bekommt, sondern vielleicht sogar die eigene Wohnung gefährdet ist –, falsch sind.

Ich habe tatsächlich E-Mails von Mietern von Gemeindewohnungen aus der Stadt Ludwigsburg bekommen, die fragen, ob das auch dort möglich sei. Das heißt, da werden Ängste geschürt und verbreitet. Deshalb eine ganz klare Absage an eine Gemeindepolitik, bei der man das Problem damit lösen will, dass man die einheimischen Mieter aus den gemeindeeigenen Wohnungen verdrängt. Das geht überhaupt nicht!

Ich bin sehr froh, dass wir schon seit Jahren die Mittel für die Wohnungsbauförderung des Landes, für die Sozialmietwohnungsförderung erhöht haben, sodass deutlich wird: Wir kommen nicht erst jetzt – weil die Flüchtlinge vor der Tür stehen – darauf, dass wir mehr sozialen Wohnungsbau brauchen.

Wir können jetzt bei den vermehrten Anstrengungen, die notwendig sind, auf ein Sozialwohnungsbauprogramm mit stark gestiegenem Volumen aufsetzen, das schon für die einheimische Bevölkerung notwendig war, aber mit Blick auf die Flüchtlinge und Asylbewerber, die jetzt zu uns kommen, noch einmal deutlich ausgeweitet werden muss. Wir werden natürlich die Bundesmittel on top 1:1 in den Haushalt einstellen, um deutlich zu machen, dass wir diese auch dazu verwenden, mehr Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Es ist natürlich ein Scheinproblem, das da aufgeworfen wurde, wenn es heißt, man müsse auch die Privaten aktivieren. Ja, selbstverständlich. Im letzten Regierungsjahr von Schwarz-Gelb wurden in Baden-Württemberg 25 000 Wohnungen fertiggestellt. Das war eine permanente Abwärtsbewegung. Von Jahr zu Jahr wurden es weniger, und in Ihrem letzten Regierungsjahr waren es 25 000 Wohnungen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wie hoch waren die Einwohnerzahlen?)

Wir sind in der Zwischenzeit bei 35 000 Wohnungen angekommen. Das ist natürlich zu einem Teil auch der stärkeren Mietwohnungsförderung des Landes geschuldet, auch der Mietwohnungsförderung unserer Förderbank, der L-Bank. Aber es ist natürlich in viel stärkerem Maß den privaten Investoren zu verdanken,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zinssatz nicht vergessen!)

die erkennen: Wenn es Wohnungsbedarf gibt, dann ist die Investition in Wohnungen natürlich auch eine ausgezeichnete Anlageform. Deshalb werden aktuell 35 000 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt. Unser Ziel ist es, in allerkürzester Zeit auf 45 000 Wohnungen in Baden-Württemberg zu kommen

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

und dieses Niveau auf Dauer zu halten, damit wir jedem einen angemessenen Wohnraum verschaffen können, Einheimischen wie Flüchtlingen und Asylbewerbern, die zu uns kommen

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zinsmarkt!)

Herr Kollege Wolf, Sie haben kritisiert, da gebe es jetzt auch einen Wohnungsbaugipfel. Natürlich gibt es den Wohnungsbaugipfel. Denn für den Wohnungsbau sind zwei Dinge notwendig: Notwendig ist zum einen ein Finanzvolumen vom Staat, ein Finanzvolumen von Privaten, der Einsatz unserer Förderbank, der L-Bank. Aber zum anderen muss auch gebaut werden, und zwar nicht erst in fünf Jahren, sondern im nächsten und im übernächsten Jahr. Das heißt, wir brauchen eine Beschleunigung, und deshalb brauchen wir natürlich Wohnungsbauflächen. Daher muss sich der Wohnungsbaugipfel auf Flächen konzentrieren,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Aha!)

die einerseits verfügbar sind, andererseits aber von den politisch Verantwortlichen gewollt sind. Es macht doch keinen Sinn, Wohnungsbauschwerpunkte auszuweisen, die dann kommunalpolitisch auf Widerstand stoßen; denn dann passiert überhaupt nichts. Es macht aber auch keinen Sinn, Wohnungsbauschwerpunkte auszuweisen, bei denen die Eigentümer nicht mitmachen, bei denen das Gelände gar nicht verfügbar ist. Um diese beiden Punkte zu identifizieren und mit den Akteuren zu erörtern, wo wir in den nächsten Jahren wirklich die Flächen bebauen können, um auf 45 000 Wohnungen zu kommen, dazu dient der Wohnungsbaugipfel.

Dann reden wir einmal darüber, ob wirklich jeder Laufkäfer ein Projekt noch einmal um ein oder zwei Jahre verzögern muss oder ob man da nicht zu schnelleren Verfahren kommen kann.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Es ist ja nicht die Bürgerbeteiligung, sondern es ist der Laufkäfer, der die Dinge aufhält.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Klaus Burger und Peter Hauk CDU)

Das zweite Thema, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ich ansprechen will, ist die Sprache. Gott sei Dank müssen wir in dem ureigenen Verantwortungsbereich, den wir haben, in den Kindergärten und in den Schulen, mit der Einrichtung der sprachlichen Förderung nicht erst beginnen. Wir haben das für die Zeit vor der Schule begonnen. Wir hatten seither 800 Vorbereitungsklassen an den allgemeinbildenden Schulen – an den beruflichen Schulen weniger, etwa 50 –, und die bauen wir jetzt sukzessive aus. Wir werden also unserer Aufgabe, Kinder und Jugendliche möglichst schnell sprachlich zu qualifizieren, gerecht werden.

Sehr viele Flüchtlinge sind über 20 Jahre alt, besuchen hier also weder einen Kindergarten noch eine allgemeinbildende Schule; die können wir auch nicht alle in die Berufsschule integrieren. Da werden wir die Anstrengungen erhöhen – über zusätzliche Landesmittel, auch über die Möglichkeiten, die der Bund jetzt mit seinen Integrationskursen eröffnet –, um die Volkshochschulen und die anderen Akteure noch mehr zu unterstützen und die Wirkung noch stärker in die Breite zu bringen.

Aber Sie werden nachher, wenn ich noch einmal auf die Zahlen zu sprechen komme, hören, dass die Mittel der öffentlichen Hand allein nicht reichen werden, in absehbarer Zeit der Aufgabe gerecht zu werden.

Deshalb begrüßen wir außerordentlich, dass sich die Wirtschaft – nicht die gesamte, aber Teile der Wirtschaft – dieser Aufgabe bereits angenommen hat. Vorhin ist Würth angesprochen worden. Würth öffnet Flüchtlingen und Asylbewerbern seine Akademie für Sprachkurse. Porsche wird dies ebenfalls machen. Siemens hat angekündigt, an einzelnen Standorten auf eigene Karte Sprachkurse für Flüchtlinge und Asylbewerber anzubieten. Das ist gut, aber das ist auch nicht nur ein Samariterverhalten; denn die Unternehmen brauchen diese Personen ja, und deshalb qualifizieren sie sie sprachlich.

Deshalb geht unsere Aufforderung an die Wirtschaft, wo immer es geht, mit eigenen Mitteln selbst Angebote zu schaffen und die Dinge in die Hand zu nehmen. Denn dann gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt, die wir alle wollen und die notwendig ist. Wir wollen – wie es die Flüchtlinge auch selbst wollen –, dass sie nicht versorgt und alimentiert werden, sondern sich durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können, Steuern und Sozialabgaben zahlen und somit auch ein richtig wichtiger und guter Bestandteil unserer Gesellschaft sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte noch eine Bemerkung dazu machen, wie hoch angeblich der Anteil der Flüchtlinge ist, die qualifiziert sind oder

nicht qualifiziert sind. Ich weiß nicht, woher Kollegin Nahles den Wert 10 % hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gesagt hat sie es aber!)

- Gesagt hat sie es. Ich habe es auch gehört. Ich habe mir dann ein Fragezeichen dahinter gemacht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich ein Ausrufezeichen! – Gegenruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ihr glaubt an alles! – Weitere Zurufe)

Ich habe neulich in meinem Wahlkreis – in der Gemeinde Möglingen – an einer Podiumsveranstaltung teilgenommen, Herr Kollege Rülke. Die Stadthalle war voll. In der Podiumsrunde ging es um die Themen Flüchtlinge und Integration. Es wurden die Zahlen von Möglingen vorgetragen. Dort sind zurzeit 90 Flüchtlinge und Asylbewerber untergebracht – nicht in der Erstaufnahme. Uns wurde berichtet: 45 dieser Personen – die Hälfte! – gehen einer Vollerwerbstätigkeit nach. Es sind hier also nicht 10 %, sondern die Hälfte. Darunter sind Schwarzafrikaner; sie stehen jeden Morgen um halb fünf auf und gehen in die Schlachterei, wo sie voll arbeiten. Die Vorsitzende des Arbeitskreises Asyl, den es dort gibt, hat berichtet: Sie kümmert sich für diese Personen um die Lohnsteuer. Deshalb weiß sie, was sie verdienen, nämlich 1 200 € netto. Davon geben sie 160 € für die Unterkunft aus. Es bleiben also knapp über 1 000 €. Sie schicken etwas in ihre Heimat, und von dem Rest leben sie.

Jetzt möchte ich Sie einmal fragen, Herr Kollege Rülke: Was wollen Sie eigentlich damit erreichen, wenn Sie denen, die jetzt – wie in diesem Beispiel – eine Arbeit gefunden haben, von der sie dann auch leben können und sogar noch etwas heimschicken können, durch einen Niedriglohnsektor für neu angekommene Flüchtlinge eine Konkurrenz schaffen wollen?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Völlig daneben! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Es ist doch absolut "hirni", den Mindestlohn jetzt infrage zu stellen und zu sagen: "Jetzt müssen sie eine Arbeit für 4,50 € pro Stunde annehmen." Denn dann gehen sie hinterher zum Landratsamt oder zur Arbeitsagentur und sagen: "Jetzt wollen wir aufstockende Sozialhilfe." Dann zahlen wir das noch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich will, dass die anderen 45 Flüchtlinge auch noch arbeiten!)

Der Präsident der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, Dulger, hat bei uns in der Fraktion gesagt: "Sie werden nicht hören, dass ich die Aufgabe des Mindestlohns für die Flüchtlinge verlange."

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eben! – Zuruf von der SPD: Genau! – Weitere Zurufe)

Alles Käse. Also: Lassen Sie das sein! Das ist Quatsch. Das führt in die Irre.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was machen die anderen 45 in Möglingen? Ich will, dass sie auch arbeiten! Das unterscheidet uns! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach Gott! Samaritertum!)

– Ja, ja. Ein Teil der anderen 45 Personen sind natürlich Kinder; sie sind in der Schule. Sie machen vielleicht Ferienjobs, sind aber ansonsten in der Schule. Dann gibt es natürlich auch noch welche, bei denen es an den Deutschkenntnissen fehlt, auch wenn sie hoch qualifiziert sind.

Ich habe genau in dieser Gemeinde, in der Gemeinde Möglingen, vor einiger Zeit eine Unterkunft besucht. Dort traf ich einen Asylbewerber aus Pakistan, der zwei Mastertitel hat – einen hat er in Pakistan gemacht, einen in Kanada. Diesen Informatiker braucht man händeringend. Bei ihm fehlt es nur an den Deutschkenntnissen.

Deshalb sage ich: Wir können nicht warten, bis die Volkshochschule alle durch hat. Der Kreis Ludwigsburg ist einer der Modellkreise. Er hat von den Flüchtlingen, die es im Kreis Ludwigsburg gibt, diejenigen herausgesucht, die aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation ganz schnell integrierbar sind. Diese Personen bekommen jetzt spezielle Deutschkurse mit fünf Unterrichtsstunden pro Tag. Sie sollen in neun Monaten wirklich so fit sein, dass sie hoch qualifizierte Arbeit machen können; das werden sie auch schaffen. In Ludwigsburg geht es aber um 6 000 Flüchtlinge und Asylbewerber. Da sind 80 ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir wollen aber alle erreichen.

Deshalb die herzliche Bitte an die Wirtschaft – das sollten wir auf einem neuen Flüchtlingsgipfel noch einmal miteinander besprechen –, dass sie im eigenen Interesse mithilft, die Dinge in die Hand zu nehmen. Einige zeigen ja, dass sie unterwegs sind. Wenn sich die anderen anschließen, werden wir mit unseren Beiträgen sowie den Beiträgen der Wirtschaft und den Beiträgen der Gesellschaft auch so weit kommen, dass alle, die hier angekommen sind, möglichst schnell integriert werden, sprachlich so fit sind, dass sie in der Gesellschaft und im Arbeitsmarkt angekommen sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt möchte ich einen dritten Punkt ansprechen, der für mich am heutigen Tag der wichtigste ist. Es wurde schon mehrfach die gestiegene und weiter ansteigende Zahl der ankommenden Menschen erwähnt. Ich möchte das noch einmal plastisch unterstreichen. Im letzten Jahr waren es 26 000, im September dieses Jahres waren es über 26 000. Also: 2014 waren es, auf das ganze Jahr bezogen, 26 000, in dem vergangenen Monat dieses Jahres waren es über 26 000. Wenn sich die Zahlen vom Dienstag und Mittwoch, an denen in Baden-Württemberg jeweils über 2 000 Personen angekommen sind, verfestigen, dann haben wir bereits im Monat Oktober nicht die Zahl des Jahres 2014, sondern eine doppelt so hohe Zahl wie im ganzen Jahr 2014. Wenn sich die Kurve fortschreibt, wird die Zahl im November noch einmal höher liegen.

Deshalb muss man sich natürlich intensiv mit der Frage befassen – neben dem, was wir alles an eigener Anstrengung unternehmen können und wollen, um denen, die bei uns ankommen, Schutz zu geben, sie aufzunehmen, sie zu integrieren, ihnen anständige Lebensbedingungen zu verschaffen –: Wie kann es denn gelingen – und zwar relativ rasch; nicht erst in einem Jahr, denn dann ist der Zeitpunkt, zu dem wir angesichts dieser Dynamik sagen müssen: "Wir sind überfordert", vielleicht schon überschritten –, dass diese Dynamik gebrochen wird und sich möglichst umkehrt und die Zahlen nicht weiter nach oben gehen?

Wir waren etwa vor einem halben Jahr mit einer Landtagsdelegation – Frau Gurr-Hirsch war für die CDU dabei, Herr Glück für die FDP/DVP, außerdem Muhterem Aras, Rosa Grünstein und ich – in der Türkei, auch an der syrischen Grenze. Wir haben gesehen, dass es dort in den Camps, in denen 20 % der zwei Millionen Flüchtlinge untergebracht sind, einigermaßen humanitär zugeht – eng, aber es gibt ein Krankenhaus, es gibt eine Schule, es gibt Dinge für den täglichen Bedarf; es gibt eigentlich alles, was man in einer kleinen Stadt braucht.

Eine Mehrzahl der Flüchtlinge befinden sich allerdings außerhalb der Camps und sind auf sich gestellt – und zwar nur auf sich gestellt. Formal sind es Gäste; sie haben aber keinen Unterstützungsanspruch. Deshalb sind dort Hunderttausende von Kindern ohne Schule. Für syrische Eltern ist dies ein Fiasko; denn die Schulen in Syrien hatten traditionell sehr hohe Qualitätsansprüche. Jetzt zu erleben, wie Kinder erwachsen werden, ohne dass sie jemals eine Schule von innen sehen, hält sie natürlich nicht dort.

Die Antwort, die wir bekommen haben, lautete: "Wir hoffen, dass wir möglichst bald nach Syrien zurückkehren können." Diese Hoffnung hat sich zunächst einmal zerschlagen. Es stellt sich die Frage: Machen sie sich auf den Weg, weil sie bei uns Wohlstand suchen? Oder machen sie sich auf den Weg, weil sie die schiere Not treibt – in Syrien, im Libanon und in Libyen?

Deshalb ist es wichtig und gut, dass jetzt mehr Geld bereitsteht. Aber das Geld muss auch ankommen, und zwar rasch. Die Leute müssen sehen: Es ändert sich etwas. Es darf doch dem syrischen Arzt nicht erst hier ermöglicht werden, sich um kranke syrische Mitbürger zu kümmern, sondern es muss ihm schon in der Türkei ermöglicht werden.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Also muss doch jemand sagen: "Ich suche sie auf. Syrische Ärzte werden in der Türkei, in Libyen, im Libanon angestellt. Ihr kümmert euch um die ärztliche Versorgung." Jemand muss sagen: "Syrische Lehrer erhalten eine Anstellung, um sich um die Unterrichtung der syrischen Kinder zu kümmern. Wir brauchen syrische Elektriker, syrische Bauarbeiter, wir bauen jetzt Wohnungen, damit es ein gescheites Zuhause gibt." Das heißt, die bereitstehenden Gelder müssen jetzt ankommen und jemand muss dort hingehen. Die Gummistiefel müssen dort angezogen werden. Wir haben sie hier für die Erstunterbringung angezogen, aber dort muss jetzt rasch geholfen werden, damit nicht die blanke Not noch weiter die Menschen zu uns nach Europa, nach Deutschland, nach Baden-Württemberg treibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Deshalb unsere herzliche Bitte: Wir kennen das Instrument der Katastrophenhilfe. Es ist ja nicht zufällig der Landesbranddirektor Chef des Stabs, der jetzt dafür sorgt, dass wir über Nacht 1 000, 2 000 oder 3 000 Unterbringungsmöglichkeiten haben. Das sind Menschen, die es gewohnt sind, mit solchen Herausforderungen umzugehen. Wenn es jetzt also um den Einsatz der Milliarden geht, dann darf man nicht Menschen vom Schreibtisch hinschicken, sondern es müssen jene

hingeschickt werden, die auch zu Katastrophen geschickt werden, damit sich rasch etwas ändert und für die Menschen rasch klar wird: Es beginnt eine neue Zeit, es gibt auch eine Lebensperspektive in den Flüchtlingsländern rund um Syrien herum. Dann besteht eine Chance, dass die Dynamik des Zulaufs gebrochen wird. Andere Möglichkeiten sehe ich nicht. Wie soll es auch gehen? Wenn die Menschen in Europa angekommen sind, dann hilft auch kein Stacheldraht. Dann hilft nichts. Sie machen sich auf den Weg, und man kann sie nicht in einen Flieger packen und sagen: "Jetzt fliegt ihr nach Syrien zurück." Das ist jetzt die vordringliche Botschaft.

Verstehen Sie es deshalb ruhig auch als einen Weckruf in Richtung Berlin, in Richtung Europäische Kommission und internationale Gemeinschaft, dass jetzt die Zeit des Handelns gekommen ist. Wir brauchen keine Absichtserklärungen, sondern wirklich effektiven Einsatz, um den Menschen zu zeigen: Wir haben verstanden, dass ihr in eurer Not nicht dort bleiben könnt und wollt, wo ihr heute seid, und wir wollen deshalb diese Not lindern und euch ein menschenwürdiges Leben in den Nachbarländern verschaffen, bis ihr nach Syrien zurückkehren könnt. Das wäre eine Riesenerleichterung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen – weil hervorgehoben wurde, es läge eine wichtige Lösungsstrategie zur Bewältigung der Probleme in forcierten Abschiebungen –: Natürlich machen wir das, und je kürzer die Verfahren sind, desto einfacher lässt es sich machen. Aber man darf nicht vergessen, dass deutlich mehr Menschen aufgrund des Rückkehrprogramms des Landes wieder zurückkehren – noch mehr aufgrund des Rückkehrprogramms des Bundes – und ein noch größerer Teil weiterzieht – wohin auch immer: in die skandinavischen Länder, zu Verwandten oder wieder zurück; wir wissen es nicht, wenn sie dann einfach mit Sack und Pack aufgebrochen sind.

Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass alle diejenigen, deren Antrag auf Bleiberecht abgelehnt wird, nur durch Abschiebungen zur Rückkehr oder zum Weiterziehen bewogen würden, und sonst gebe es keine Möglichkeit. Es gibt natürlich andere Möglichkeiten. Ich will dieses Mittel auch nicht negieren. Wir tun das, aber sehr häufig gibt es die einfachen Hemmnisse wie in jedem Land: Wenn der Pass fehlt, kann man nicht abschieben. Deshalb sind es 50, 60 oder 70 %, die zunächst einmal monatelang hierbleiben - weil die Passbehörden des jeweiligen Heimatlands mitmachen müssen. Es ist ein wichtiger Fortschritt, wenn der Bund diese Aufgabe übernimmt, weil er natürlich mit den anderen Ländern ganz anders verhandeln kann als eine Landesregierung, auch wenn Baden-Württemberg ein großes Land ist. Das ist ein wichtiger Fortschritt, aber man sollte nicht den Eindruck erwecken, als sei das sozusagen das Urthema.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Das Urthema ist das, was ich gemeint habe: in erster Linie dort, wo die Menschen zunächst Zuflucht gefunden haben, menschenwürdige Bedingungen für sie und ihre Kinder zu schaffen.

Das nächste Problem ist die Bekämpfung der Fluchtursachen. Über Syrien zu diskutieren wäre zu langwierig, aber die Ansätze, die es jetzt gibt, dass man auch über Konfrontationslinien hinweg miteinander spricht, sind unerlässlich. Ich bin auch sehr dankbar und hoffe, dass der Bundesfinanzminister auch die Aussage der Bundeskanzlerin gehört hat, dass wir von dem internationalen Versprechen, das wir abgegeben haben, 0,7 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe bzw. -zusammenarbeit einzusetzen, noch sehr weit entfernt sind.

Wenn vorhin die Rede davon war, dass die Anerkennungsquote bei Personen aus manchen afrikanischen Ländern zu gering ist, dann muss man auch einmal sehen, dass dort natürlich auch bitter- und bettelarme Zustände herrschen. Wir müssen auch dort herangehen und die Fluchtursachen, die Ursachen der Not bekämpfen. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich, was die Bundeskanzlerin sagte, nämlich dass wir diese 0,7 % erreichen, aber keine Entwicklungshilfe nach dem alten Muster – durch Zusammenarbeit mit korrupten Regimen –, sondern mit den NGOs, der UNO und ihren Organisationen, um auch dort Lebensbedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen dann menschenwürdig leben können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Insgesamt zeigt diese Herausforderung: Auch Baden-Württemberg ist bei der internationalen Verantwortung angekommen. Diese Herausforderung zeigt: Wir stemmen es entweder gemeinsam auf der europäischen, auf der nationalen, auf der Länder- und der kommunalen Ebene und lösen es gemeinsam, oder wir lösen es nicht. Ich bin sehr froh, dass unsere Landesregierung darauf angelegt ist, so weit es geht mit allen Akteuren, auch den Kommunen, den Schulterschluss zu suchen. Herr Rülke, Sie sagten, glaube ich, es reiche nicht aus, miteinander zu sprechen. Wir gehen natürlich auch auf die Wünsche der Kommunen ein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gut!)

Und wenn sie die Spitzabrechnung wollen, dann sollen sie sie von mir aus haben; das ist mir gerade egal. Wir suchen die Kooperation. Wenn wir uns gemeinsam anstrengen, den Streit im Kleinkarierten möglichst auf die Seite zu legen, dann kann man auch einmal miteinander sprechen und fragen, ob man es nicht auch anders organisieren könnte. Aber wenn die Bevölkerung, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht den Eindruck haben, die Akteure stehen bei dieser großen Herausforderung zusammen, dann werden sie erst richtig Ängste haben und möglicherweise die Schlussfolgerung ziehen: Die werden damit nicht fertig.

Ich bin überzeugt – wie ich es auch in der letzten Woche sagte –: Mit Zuversicht, aber auch mit Realismus werden wir das schaffen, aber nur, wenn man sich gegenseitig unterhakt und nicht noch versucht, an der einen oder anderen Stelle dem anderen ein Bein zu stellen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter normalen Umständen lösen Flüchtlinge für ein so reiches und gut organisiertes Land wie Baden-Württemberg oder Deutschland natürlich keine Krise aus, sondern es sind die schiere große Zahl und das unglaubliche Tempo, mit dem diese Zahl steigt, die daraus eine Krise und eine große Herausforderung machen.

Ich wiederhole, was ich in der Regierungserklärung bereits sagte:

In Zeiten der Krise ... ist ein Geist der Kompromissbereitschaft unerlässlich, in Zeiten der Krise muss gemeinsames Handeln vor politischer Profilierung stehen. Konsensorientierung und weniger Konfliktbereitschaft ist hier angesagt.

Dies gilt besonders in der Flüchtlingsfrage, denn damit haben wir Erfahrungen. Wir haben Erfahrungen damit, wie es vor 20 Jahren war, als die Parteien auseinandergelaufen sind. Das Ergebnis ist bekannt: Hier saßen die Republikaner mit einem Stimmenanteil von 11 % im Landtag.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Das ist die Erfahrung, die ich persönlich gemacht habe, aufgrund der ich in dieser Frage so strikt auf Konsens und Zusammenbleiben der demokratischen Parteien poche und alles dafür tue.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Mit diesem Geist bin ich in den Gipfel gegangen. Da andere ebenfalls mit diesem Geist hineingegangen sind, ist der Gipfel erfolgreich gewesen und hat gemeinsame Beschlüsse in allen wichtigen Fragen gefasst. Ich darf mich deshalb bei den Regierungsfraktionen für die volle Unterstützung bedanken und bei den Oppositionsfraktionen für die Unterstützung im Großen und Ganzen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn ich jetzt einmal einige Töne von der Opposition, die auch dazugehören, wonach alles nicht schnell genug, nicht gut genug, nicht entschlossen genug gehe, abziehe, dann kann ich doch im Großen und Ganzen Zustimmung feststellen. Auch dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Dann haben Sie nicht zugehört! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Geht so die Wirklichkeit an Ihnen vorbei, Herr Ministerpräsident?)

Vielleicht darf ich noch einmal eine Bitte an Sie richten, Herr Fraktionsvorsitzender Wolf.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Ich weiß, dass es der CDU-Fraktion sehr, sehr schwerfallen wird, der Gesundheitskarte zuzustimmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie war da strikt dagegen. Das ist auch im Beschluss der Großen Koalition nicht mehr aufgetaucht, obwohl es ja schon verhandelt war. Für die ablehnende Haltung wurden Gründe aufgeführt, z. B. dadurch würden Pull-Effekte ausgelöst. Aber, Herr Wolf, ich käme nie auf die Idee, Sie als Umfaller zu bezeichnen, wenn Sie dem jetzt zustimmen, weil es ein Kompromiss ist. Ich denke, wenn wir auf Kompromisse zielen wollen, dann sind das jetzt nicht gerade die günstigsten Formulierungen; denn das macht es dem anderen ja nur schwer, solchen Kompromissen zuzustimmen. Denken Sie also noch einmal darüber nach, ob es richtig ist, Kompromisse als Umfallerei zu bezeichnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Erfahrungen mit der Gesundheitskarte sind vorhanden. Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg machen das schon. Das hat bei Bremen zu Einsparungen von etwa 1,6 Millionen € geführt. Pull-Effekte sind dabei jedenfalls nicht nachweisbar. Deshalb kann man, glaube ich, dem Kompromiss nun wirklich zustimmen. Wir werden selbst noch einmal schauen. Wir haben Ihnen gesagt, was wir mit dem Modell, das die Kassenärztliche Vereinigung vorgeschlagen hat, in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu machen versuchen. Dann werden wir schauen, wie es handelbar ist. Da geht es um ambulante Versorgung. Wenn es machbar ist, werden wir schauen, dass es die Gesundheitskarte erst nach der Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung gibt. Das werden wir jetzt einfach untersuchen und schauen, ob wir eine praktikable Lösung in dieser Richtung hinbekommen.

Ich darf noch ein paar Sätze zum Taschengeld sagen, weil Sie das so umtreibt. Ich meine, wir sollten nicht weiter die Schlachten von gestern schlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie sich die Flüchtlingsströme jetzt anschauen, stellen Sie fest, dass diejenigen aus dem Balkan inzwischen eine ganz kleine Minderheit sind.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Woher wissen Sie das?)

Das heißt, die Flüchtlinge, die jetzt kommen, kommen aus ganz anderen Gründen, und der Großteil von ihnen wird eine Bleibeperspektive haben. Die kommen nicht hierher, damit sie Taschengeld bekommen. Meine Damen und Herren, wir stehen jetzt vor anderen Herausforderungen. Wir können nicht immer die Schlachten weiter schlagen, die noch vor Monaten vielleicht sinnhaft waren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die man vor Monaten hätte schlagen können!)

Ich muss Ihnen klar sagen: Wenn wir Kompromisse eingehen, werden diese auch nach Inhalt und Geist umgesetzt. Es hat keinen Wert, Kompromisse einzugehen, die man hinterher zu unterlaufen versucht. Das werden wir nicht machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Darum geht es ja auch gar nicht!)

Der Vorbehalt, dass die Regelung zum Sachleistungsprinzip nur bei vertretbarem Verwaltungsaufwand umgesetzt wird, steht da nämlich nicht umsonst. Herr Wolf und Herr Rülke, stellen Sie sich doch einfach einmal plastisch vor: eine Erstaufnahmeeinrichtung, überbelegt, Tausende von Menschen, die dauernd wechseln. Wie wollen Sie das mit einem Sachleistungsprinzip einfach machen?

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Da bräuchten Sie Dutzende, ja Hunderte von Menschen, die das organisieren, jedem einzeln zu sagen, was er persönlich braucht.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das werden wir natürlich überprüfen. Wir werden so etwas jedenfalls nicht einführen,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sie wollen es doch gar nicht einführen!)

wenn es dazu führt, dass wir dann ein Chaos in den Erstaufnahmeeinrichtungen bekommen. Das werden wir nicht machen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Das haben wir schon!)

- Nein, es herrscht kein Chaos in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, natürlich!)

Auch in den schwer überfüllten Einrichtungen herrscht kein Chaos. Davon konnte ich mich persönlich überzeugen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht einmal eine Essensausgabe ist geordnet möglich!)

Ich wäre vorsichtig mit solchen Behauptungen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es ist ganz einfach: Wenn wir eine Lösung finden, z. B. eine elektronische Kreditkarte, mit der der Asylbewerber dieses Taschengeld abrufen kann, was quasi einen bargeldlosen Verkehr darstellt, dann werden wir das einführen. Denn das wäre problemlos und führte nicht zu dem, wovor Sie Angst haben, nämlich einem Pull-Effekt. Wenn also so etwas ohne einen erheblichen Verwaltungsaufwand möglich ist, werden wir das machen. Da brauchen Sie einmal ganz unbesorgt zu sein. Wir halten uns an das, was beschlossen ist. Wir werden also überprüfen, ob solche Lösungen möglich sind.

Ich will Ihnen noch einmal etwas zu den Herkunftsländern sagen. Zum einen habe ich schon einmal einer Erklärung von Ländern zu sicheren Herkunftsstaaten zugestimmt. Da jetzt groß auf mir herumzureiten finde ich etwas komisch.

(Abg. Guido Wolf CDU: Majestätsbeleidigung!)

Ich habe klipp und klar gesagt: Wir können denen nicht nur Steine geben, wir müssen ihnen auch Brot geben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Glauben Sie mir: Beim Balkan geht es noch um mehr als nur um eine flüchtlingspolitische Frage. Da geht es auch um wichtige geopolitische Fragen.

(Zuruf: Genau!)

Glauben Sie mir das. Das habe ich mit der Bundeskanzlerin intensiv besprochen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Dafür war sie dankbar!)

Der Balkan gehört zu Europa. Da mischen noch ganz andere Kräfte mit. Ich nenne Putin, ich nenne die Saudis, die über die Religion involviert sind. Wir dürfen auf gar keinen Fall zulassen, dass dieser wichtige Teil Europas abdriftet. Darum war es sehr wichtig – darüber haben wir völligen Konsens in der Landesregierung –, dass wir auch einen Korridor für Ausbildung und Beschäftigung dieser Menschen in diesem Land fordern, damit wir ihnen, wenn wir die Lage beim Asyl für sie etwas verschärfen – es werden ja nur die Verfahren verkürzt –, auch eine legale Perspektive der Arbeitsmigration eröffnen. Das war ein Paket. So haben wir es beschlossen, und das war gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich darf zum Schluss noch einmal sagen: Natürlich ist es eine Herausforderung. Natürlich machen sich die Menschen Sorgen. Natürlich haben die Menschen auch Ängste. Natürlich haben die Menschen z. B. die Angst, dass da jetzt fundamentalistische islamische Strömungen zu uns hereinschwappen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zum Beispiel!)

Selbstverständlich nehmen wir das ernst. Aber wir müssen doch diesen Ängsten begegnen. Das sind berechtigte Sorgen. Wir müssen doch versuchen, diesen Menschen die Ängste zu nehmen; das habe ich klar gesagt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Womit?)

 Indem wir in unserem Handeln klar sind, indem wir alles tun, damit sich so etwas nicht ausbreitet, sondern eingedämmt wird und wir entsprechend Vorsorge treffen. Das werden wir

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was machen Sie dafür?)

Sie haben nämlich gesagt, Herr Fraktionsvorsitzender Wolf, Antworten für die, die sich nicht integrieren wollen, hätte ich nicht gehabt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was machen Sie mit denen?)

Erst einmal würde ich erwarten, dass man, wenn man schon von jemand anderem keine Antworten bekommt, selbst welche gibt. Das wäre auch einmal ein Vorschlag.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn ich die Antwort nicht geben kann, dann geben Sie sie vielleicht doch einmal selbst.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das überfordert! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was machen Sie in diesem Fall konkret? – Zuruf von der CDU: Oberlehrer! – Minister Franz Untersteller zur CDU: Was ist Ihr Gegenentwurf?)

Jeder weiß, dass das schwierig ist. Wir können es nur machen – das habe ich auch gesagt –, indem wir die Menschen möglichst schnell integrieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich will keine Radikalinskis integrieren! Ich will die loshaben!)

Bei diesem Thema kommt es auf die Kinder und Jugendlichen an. Deswegen forcieren wir einen islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen, damit die Kinder und Jugendlichen einmal auf einem Niveau, wie es bei uns üblich ist, etwas über ihre Religion erfahren und nicht von irgendwelchen Demagogen aus ihrem Kreis, die diese Religion nur für finstere Zwecke missbrauchen. Das sind genau die Antworten, die wir geben, um den Menschen solche Ängste zu nehmen. Dazu sind wir aufgerufen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ganz zum Schluss darf ich noch einmal darum bitten, dass man, wenn man andere in solch wichtigen Fragen zitiert, das schon einigermaßen korrekt macht. Die Bundeskanzlerin hat gesagt: Für das Asylrecht gibt es keine Obergrenze. Sie hat nicht gesagt: Für Einwanderung gibt es keine Obergrenze. De Maizière hat gesagt: Das Asylrecht ist quantitativ nicht begrenzt. Und ich habe gesagt, Herr Wolf: Für politisch Verfolgte ist das Boot nie voll. Das ist haargenau dieselbe Aussage. Und ich habe ausdrücklich gesagt: Das gilt natürlich nicht für Zuwanderung im Allgemeinen; diese muss man selbstverständlich begrenzen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben nur den einen Satz gesagt!)

sonst bräuchte man ja gar kein Einwanderungsgesetz. Ich bitte also darum, dass wir in dieser Debatte fair miteinander umgehen

(Abg. Guido Wolf CDU: Ja, ja! – Abg. Winfried Mack CDU: Schauen Sie Ihre Zitate an!)

und schauen, was der andere wirklich gesagt und gemeint hat,

(Zuruf: Bravo!)

und nicht etwas anführen, was er gar nicht gesagt und auch nicht gemeint hat. Das kann man natürlich immer erreichen, wenn man Sätze aus dem Zusammenhang reißt. Das zu betonen ist mir sehr wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Nein, nein! Das war eindeutig!)

Zum Schluss lassen Sie mich noch sagen, Herr Rülke: Ihre Vorwürfe gegenüber der Bundeskanzlerin haben mich schon etwas befremdet. Ich finde, die Bundeskanzlerin ist eine gute und bewährte Krisenmanagerin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Das kann man ja wohl – was auch immer man sonst an ihr kritisieren kann – schlecht an ihr kritisieren.

(Abg. Alexander Throm CDU: Kein Applaus bei den Grünen!)

Sie verfolgt das, was wir einfordern, nämlich europäische Solidarität, mit ihrer bekannten Zähigkeit. Das, was Sie zu Polen gesagt haben, ist genau umgekehrt richtig. Es ist ihr erstmals gelungen, Polen aus der Neinsagerfront herauszubrechen. Das ist ganz wichtig. Anders kommt da nämlich gar nichts voran. Sie wird auch andere Staaten aus dieser Front herausbrechen. Davon bin ich fest überzeugt, weil es die Bundesregierung auch mit einem kompetenten und guten Außenminister Steinmeier, der auch den richtigen Ton findet und weiß, wie man solche Dinge hinbekommt und nicht nur Forderungen stellt, Schritt für Schritt schaffen wird, dass alle anderen Staaten in die Solidarität der Europäischen Gemeinschaft zurückkehren. Ich glaube, dafür verdient die Bundeskanzlerin unser aller Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Jutta Schiller CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gemäß § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Wolf.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Schwerer Gang!)

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich hatte mich bislang darauf beschränkt, Ihnen ein Umsetzungsproblem zu bescheinigen. Nachdem Sie sich heute nach dieser Debatte dazu aufgeschwungen haben, zu sagen: "Die CDU ist im Großen und Ganzen mit mir und der Landesregierung einverstanden", und nachdem Sie hinsichtlich der Situation in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen qua Landesregierung bestätigt haben, dass dort kein Chaos herrsche, muss ich feststellen: Sie haben nicht nur ein Umsetzungsproblem, Sie haben auch ein Wahrnehmungsproblem.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn Sozialverbände – nicht die Opposition, nicht die CDU, nicht die FDP/DVP – aufgrund unzumutbarer Zustände in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen Hilferufe aussenden, wenn etwa in der Einrichtung in Ellwangen vier Fünftel der dort Untergebrachten Familien mit vielen Kindern und ein Fünftel Alleinstehende sind und inzwischen bei dem jetzt herannahenden Winter keinerlei Räumlichkeiten mehr als Spielflächen für die Kinder da sind, dann sind das auch im Sinne der dort untergebrachten Flüchtlinge unzumutbare Zustände und ein Chaos, und Sie müssen dafür sorgen, dass es beseitigt wird, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich muss leider feststellen – es läuft ja immer ritualisiert ab –: Wenn Sie kritisiert werden, dann rollen Sie die Augen des (Guido Wolf)

einstigen Gymnasiallehrers, und dann ist alles, was hier gesagt wird, für Sie Majestätsbeleidigung. Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich gefallen lassen, in einer so schwierigen Situation

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

an dem gemessen zu werden, was Sie und Ihre Landesregierung tun.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl! Und das ist gut!)

Da liegt eben vieles im Argen. Das müssen Sie ändern, und da ist die Landesregierung gefordert.

Wenn wir absehbar bis Weihnachten eine erhebliche Vervielfachung der Zahl derer im Lande haben, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden müssen, dann ist heute schon klar, dass Sie in den nächsten Wochen ein erhebliches Defizit an Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen haben werden.

(Zuruf von den Grünen: Was wollen Sie denn machen?)

Dann ist heute schon klar, dass Sie handeln müssen und weitere Einrichtungen dieser Art schaffen müssen und nicht schicksalsergeben zuwarten dürfen, was nächste Woche passiert. Da sind Sie gefordert, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Sie haben hier den Staatsmann gegeben, haben auf die Krisensituation hingewiesen und den großen Konsens eingefordert. Mit dieser Haltung seien Sie in den Gipfel gegangen. Ich würde mir vom Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg in erster Linie wünschen, dass er staatsmännisch vor sein eigenes Parlament tritt und dass er auch die Bereitschaft und die Fähigkeit zu gemeinsamen Lösungen im eigenen Parlament prüft und annimmt und nicht ritualisiert jeden Vorschlag der Opposition, aber auch der Kommunen zurückweist,

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

weil nur die Landesregierung das richtige Konzept in der Tasche haben soll. Das ist der falsche Weg, Herr Ministerpräsident

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Um ehrlich zu sein: Alles, was ich heute von Ihnen und von Frau Sitzmann zum Thema "Umstellung von Geld- auf Sachleistungen" gehört habe, überzeugt mich jetzt nicht gänzlich, dass Sie auch wirklich beabsichtigen, was Sie da in diesem gemeinsamen Papier niedergeschrieben haben.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was unterstellen Sie da?)

Da ist der Rückgriff auf den Vorbehalt des Verwaltungsaufwands greifbar, bei Ihnen vielleicht noch nicht ganz so stark wie bei Frau Sitzmann. Kollege Schmiedel spricht praktisch gar nicht darüber. Es hat mir übrigens überwiegend gut gefallen, was er gesagt hat.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

- Ich weiß, das tut ihm jetzt nicht gut.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, wir erwarten von Ihnen, dass Sie hier nicht nur den Schulterschluss mit der Kanzlerin üben, sondern dass Sie konsequent und ohne Hintertürchen das umsetzen, was Sie jetzt vorgeben, in dieser Vereinbarung offensiv auf den Weg gebracht zu haben. Das ist eine konsequente Umstellung von Geld- auf Sachleistungen. Daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie reden von den Schlachten von gestern. Es geht bei diesem Thema auch um die Signale für morgen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Es geht darum, dass in diesen Ländern klar wird, dass wir hier reagieren und dass wir in der Lage sind, auch diese Anreizsysteme abzubauen,

(Zuruf: Jesses!)

dass wir eben nicht den Eindruck vermitteln wollen, als sei bei uns die heile Welt und könnten all die Erwartungen erfüllt werden, die diese Menschen oft in ihrem Gepäck haben. Deshalb ist es eine große Herausforderung auch mit Blick auf die Zukunft, dass wir genau diese falschen Anreizsysteme konsequent abschaffen.

Wenn Sie jetzt noch die Gesundheitskarte – die ich übrigens in meiner Rede gar nicht angesprochen habe – zitieren, dann will ich einfach feststellen: Wenn wir gerade in der Gesamtdiskussion sind, Anreizsysteme abzubauen, dann frage ich mich unabhängig von der Frage, ob die Gesundheitskarte sinnvoll ist oder nicht: Ist der Zeitpunkt, zu dem Sie beabsichtigen, die Gesundheitskarte einzuführen, der richtige – ein Zeitpunkt, in dem es darum gehen muss, Pull-Effekte zu beseitigen und keine neuen zu schaffen? Auch das, Herr Ministerpräsident, möchten wir nochmals in die Abwägung einbezogen haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie haben sich einmal mehr dazu aufgeschwungen – auch Frau Sitzmann hat das getan –, darüber zu befinden, wer berechtigt Ängste aufnimmt und wer sie schürt. Diese Deutungshoheit obliegt ja jetzt ganz offensichtlich den Grünen. Sie haben Antworten auf die Frage eingefordert: Was könnte man denn tun, um Ängste abzubauen? Herr Ministerpräsident, die beste Antwort darauf ist, den Menschen politische Handlungsfähigkeit zu beweisen, zu zeigen, dass in der Politik nicht gesagt wird: "Das sind die Zahlen von heute; was nächste Woche kommt, das weiß ich noch nicht", sondern dass jetzt, auf der Basis der Entwicklungen der letzten Wochen und Monate, politisch alles dafür getan wird, dass wir in den Erstaufnahmeeinrichtun-

(Guido Wolf)

gen und in den Unterkünften in den Kommunen in den nächsten Wochen und Monaten keine chaotischen Verhältnisse bekommen. Das ist absehbar. Wenn Sie jetzt nicht handeln, werden Sie für das entstehende Chaos in den nächsten Wochen verantwortlich gemacht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich möchte gern eine Anregung des Kollegen Schmiedel aufgreifen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schon wieder?)

– ja, es ist halt so –, denn ich glaube, dass dies ein Punkt ist, über den wir in diesem Parlament noch zu wenig diskutiert haben – wir sind hierfür auch nicht allein und originär zuständig –: Wir sollten uns einmal ganz gezielt dem Thema Fluchtursachen widmen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Das halte ich für eine Herausforderung, die sich an alle Parteien und alle Fraktionen dieses Hohen Hauses richtet. Veranstalten Sie rasch einen Flüchtlingsgipfel, der sich ausschließlich mit der Frage von Fluchtursachen beschäftigt, und stellen Sie einen Schulterschluss aller in diesem Haus vertretenen politischen Parteien her.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident --

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Selbstüberschätzung!)

– "Selbstüberschätzung", Kollege Lede Abal: Ihre Zwischenrufe sind immer wieder gute Vorlagen. Ich bitte Sie darum, dem treu zu bleiben.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie können sich darauf verlassen, Herr Wolf!)

"Selbstüberschätzung" – diese Überheblichkeit spricht Bände. Als ob die Herausforderung nicht so groß wäre, dass man gerade beim Blick auf die Fluchtursachen gut beraten wäre, auch einmal über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg zu denken. Aber dazu gehört Größe, lieber Kollege Lede Abal.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP-Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Eigendiagnose! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Guido Wolf CDU: Nein. Ich komme zu meinem letzten Satz, und dann können Sie sich auch wieder beruhigen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Guido Wolf CDU: Nein.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir erwarten, dass das, was Sie an Übereinstimmung mit der Bundeskanzlerin heute hier zum Ausdruck bringen, auch Ausdruck Ihrer Überzeugung ist, dass in Berlin, in der Großen Koalition und seitens der Kanzlerin, jetzt vieles auf den Weg gebracht wurde, um die Probleme vor Ort zu lösen.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Aber nicht durch die CDU!)

Das heißt aber auch, dass Sie ab morgen mit dem alten Märchen Schluss machen müssen, dass das, was schiefläuft, immer der Großen Koalition in Berlin in die Schuhe geschoben werden kann. Berlin hat gehandelt. Jetzt sind Sie am Zug, Herr Ministerpräsident. Handeln auch Sie im Sinne der Menschen in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben die Erfahrungen von vor 20 Jahren beschworen. Sie haben die Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Landtagswahl des Jahres 1992 angesprochen. Man muss aber auch sehen: Es gab eine Landtagswahl im Jahr 1996, bei der die Republikaner wiederum Erfolg hatten. Vielleicht müssen wir in diesem Haus irgendwann auch die Frage diskutieren, wer da an bestimmten Schrauben gedreht hat. Aber das ist nicht das Thema des heutigen Tages.

Sie haben die Erfahrungen von vor 20 Jahren beschworen, und Sie haben den Konsens des baden-württembergischen Landtags eingefordert. Wir, die beiden Oppositionsfraktionen, haben in der vergangenen Woche über den gemeinsamen Antrag, den wir mit Ihnen zusammen beschlossen haben, deutlich gemacht, dass wir zu einem solchen Konsens bereit sind. Aber eines ist klar, Herr Ministerpräsident: Das kann kein Konsens um jeden Preis sein. Es ist notwendig, dass ein Konsens die Maßnahmen beinhaltet, die auch wir für richtig halten

Dass wir dabei nicht auf einem ganz falschen Weg sind, hat die vergangene Woche ja bewiesen. Sie haben hier im Landtag zunächst das abgelehnt, was wir vorgeschlagen haben, um es am nächsten Tag in Berlin dann mit zu beschließen. Zu einem Konsens gehört auch, Herr Ministerpräsident, dass man nicht immer am Schluss Dinge für sich in Anspruch nimmt und der Opposition dann großmütig anbietet, sie könne sich ja anschließen. Da muss man schon eine ehrliche Diskussion führen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Wenn man eine solche Diskussion nicht führt, meine Damen und Herren, dann ist ein solcher Konsens genau das Falsche. Dann haben die Menschen in diesem Land nämlich den Eindruck, dass sich die Politik im Landtag von Baden-Württemberg zwar einig ist, aber die Probleme nicht löst. Genau das (Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ist das Konjunkturprogramm für diejenigen, die wir in diesem Haus nicht sehen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie haben dann im Großen und Ganzen Zustimmung konstatiert. Das konnte der Kollege Wolf so nicht bestätigen; ich kann es auch nicht ganz bestätigen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ich kann es bestätigen!)

Wir sind natürlich dafür, dass Sie das umsetzen, was wir Ihnen vorgeschlagen haben. Das haben Sie in der vergangenen Woche teilweise gemacht. Aber es bleibt ein erheblicher Rest.

Ich will Sie immerhin an einer Stelle loben – ich verspreche, ich mache es nur einmal; ich will ja Ihre politische Karriere nicht gefährden, nachdem der Kollege Wolf Sie schon gelobt hat –: Es war richtig, dass Sie deutlich gemacht haben: Es kann nicht sein, dass einem Mieter gekündigt wird, weil eine Gemeinde den betreffenden Wohnraum für Flüchtlinge braucht. Das geht nicht. Dies klarzumachen ist als Signal notwendig, um den Menschen im Land deutlich zu machen: Wir haben nicht nur die Flüchtlinge im Blick – die müssen wir im Blick haben –, sondern wir haben auch die Menschen im Blick, die hier in Baden-Württemberg leben. Das ist notwendig. Das ist mir jedoch bei Ihrer Regierungserklärung zu kurz gekommen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Zweite ist das Chaos des Handelns. Ich kann es nur wiederholen: Wenn der Oberbürgermeister von Heidelberg aus der Zeitung erfährt, welche Dinge dort geplant sind, wenn der Freiburger Oberbürgermeister – Frau Sitzmann, jetzt können Sie sagen: "schon wieder" – ein Organisationschaos empfindet oder wenn Ministerin Öney irgendetwas von "schwarzen Köpfen" erzählt, die die Heidelberger angeblich ungern sehen, dann kann man doch wirklich nicht sozusagen als großen Konsens am Ende einer solchen Debatte feststellen: "Es ist alles in Butter, wir sind in allem einig." Nein, so etwas findet nicht unsere Unterstützung; das muss besser werden.

Es ist auch notwendig, dass diese Regierung jetzt einmal deutlich sagt, was in Bezug auf die Gesundheitskarte gemeint ist. Ich habe gestern im Neuen Schloss gefragt: "Soll sie nun in den Erstaufnahmestellen eingeführt werden oder nicht?" Darauf sagte Staatssekretär Murawski für die Taskforce: "Jawohl." Ministerin Öney sagte: "Nein." Heute sagt Kollegin Sitzmann, die Gesundheitskarte solle erst vergeben werden, wenn die Verteilung an die Kommunen stattgefunden hat. Man sollte sich auf Regierungsebene da schon einmal einigen. – Das meine ich, wenn ich von Chaos spreche.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das dauert halt seine Zeit! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sind Sie selbst denn damit einverstanden, wie Sie gestern gesagt haben? – Zurufe von den Grünen)

 Ja, dazu sage ich gleich etwas.
 Zunächst einmal brauchen wir eine klare Ansage.
 Wenn die Ansage ist, dass die Gesundheitskarte eben nicht als Pull-Faktor in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen eingeführt wird, sondern für die Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive, die auf die Kommunen verteilt werden, vorgesehen ist, dann, Kollegin Sitzmann, sind wir einverstanden, und dann unterstützen wir das. Ich sage Ihnen heute schon zu, dass wir im Landtag von Baden-Württemberg die Regierungskoalition an dieser Stelle unterstützen werden. Aber wir brauchen zunächst einmal eine klare Ansage und nicht divergierende Aussagen von der Regierungsebene.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Nun noch zum Sachleistungsprinzip, Herr Ministerpräsident. Sie sagten, die Debatten hierüber seien die Schlachten von gestern. "Schlachten von gestern" heißt: Wir brauchen uns eigentlich gar nicht mehr so sehr über die Pull-Faktoren zu unterhalten; denn es kommt ja kaum noch jemand vom Balkan, und diejenigen, die jetzt kommen, sind Flüchtlinge, etwa aus dem Irak, und diesen Flüchtlingen müssen wir ohnehin helfen, also brauchen wir gar nicht über Pull-Faktoren zu reden. – So waren Sie eben zu verstehen, Herr Ministerpräsident.

Ich darf Sie daran erinnern: Gestern Nachmittag im Neuen Schloss haben Sie uns eröffnet, 2 050 Flüchtlinge seien gestern schon gekommen. Gleichzeitig haben Sie darauf hingewiesen, unter diesen Flüchtlingen, die angeblich aus dem Irak oder aus Syrien stammten, seien nach Ihrer Einschätzung sehr viele, die gar nicht aus dem Irak oder aus Syrien kommen, sondern aus Pakistan. Dann haben Sie nachdenklich hinzugefügt: Pakistan ist ein Staat mit 180 Millionen Einwohnern. – So waren Ihre Worte am gestrigen Nachmittag.

Also ist doch völlig klar, dass es auch in Zukunft um Pull-Faktoren geht, wenn tatsächlich die Möglichkeit besteht, dass sich aus einem 180-Millionen-Volk Tausende oder Hunderttausende aufmachen und bei uns erklären, sie seien Iraker oder Syrer, um Leistungen in Deutschland in Anspruch zu nehmen. Wenn man das selbst diagnostiziert, muss man über Pull-Faktoren reden. Dann kann man nicht sagen, das seien die Schlachten von gestern, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Zusammenhang mit dem Balkan sprachen Sie von Geostrategie. Das kann man durchaus tun. Ich habe allerdings das Thema Zuwanderungsgesetz bisher anders verstanden. Ich habe es so verstanden, dass wir vor allem deshalb einen Zugang zu unserem Arbeitsmarkt brauchen, weil wir Fachkräfte brauchen, aber nicht aus geostrategischen Gründen nach dem Motto: Wir müssen deshalb den deutschen Arbeitsmarkt für Fachkräfte aus dem Balkan öffnen, um den Balkan in Europa zu halten. Ich glaube, diese Argumentation überfordert die Menschen in diesem Land und auch unseren Arbeitsmarkt.

Ich möchte unsere Position verdeutlichen: Wir unterstützen dieses Zuwanderungsgesetz. Kollegin Sitzmann hat zu Recht die Parteien aufgezählt, die grundsätzlich für ein Zuwanderungsgesetz sind. Wir wollen aber ein Zuwanderungsgesetz, das sich an den Interessen unseres Arbeitsmarkts orientiert, aber kein Zuwanderungsgesetz, um irgendwelche Geostrategien zu verfolgen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herr Ministerpräsident, Sie haben meine Kritik an der Bundeskanzlerin gerügt. Kollege Wolf hat so etwas wie eine Neigung zur Aversion gegen Majestätsbeleidigungen bei Ihnen diagnostiziert. Vielleicht gilt das auch für die Bundeskanzlerin. Ich bin aber durchaus bereit, diese Position an dieser Stelle noch einmal deutlich zu wiederholen.

Sie haben gesagt, die Bundeskanzlerin sei eine gute und bewährte Krisenmanagerin. Nein, Herr Ministerpräsident, das ist sie nicht. Das wurde auch bei ihrem Regierungshandeln in dieser Flüchtlingskrise deutlich.

Zunächst einmal hat sie das Dublin-Abkommen gebrochen und deutlich signalisiert: "Wir nehmen alle auf." Das mag menschlich verständlich sein, aber die Reaktionen auf dieses Handeln besichtigen wir heute.

Dann hat sie eine vollkommen inadäquate zweite Maßnahme ergriffen, nämlich den Bruch des Schengen-Abkommens nach dem Motto: "Ich mache die Grenze zu." Inzwischen wissen wir – das sagen alle Länderinnenminister, auch diejenigen, die nicht der CDU angehören –, dass das ein absolut wirkungsloses Instrument ist. Kein einziger Asylbewerber, der an die Grenze kommt und einen Asylantrag in Deutschland stellen möchte, wird durch diese Grenzkontrollen zurückgehalten.

Zunächst einmal ist also das Dublin-Abkommen gebrochen worden, und dann bildet man sich ein, das dadurch heilen zu können, indem man das Schengen-Abkommen bricht. Nein, tut mir leid, meine Damen und Herren, das ist kein gutes und bewährtes Krisenmanagement, und dabei bleibe ich.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU)

Herr Kollege Schmiedel – um das Lob wiedergutzumachen –, Sie haben von kleinem Karo gesprochen. Wir müssen im Landtag von Baden-Württemberg bei dieser Flüchtlingskrise über kleines Karo reden. Es gibt nicht die Mastermaßnahme. Es gibt nicht den Deus ex Machina, der alle Probleme löst, sondern wir brauchen eine Vielfalt von Maßnahmen. Wir brauchen ein Konzept, das ineinandergreift. Deshalb ist es notwendig, diese Einzelmaßnahmen zu diskutieren. Deshalb ist es notwendig, das im Landtag von Baden-Württemberg durchzudeklinieren, was Sie als kleines Karo bezeichnen.

Abschließend zu Ihnen, Frau Kollegin Sitzmann. Sie haben nonchalant festgestellt, die CDU habe in dieser Frage eigentlich gar keine Position, es gebe außerordentlich divergierende Meinungen. Ich darf Ihnen einmal vorlesen, was Ihre Parteiikone Claudia Roth heute zu diesem Thema gesagt hat, und zwar über eine dpa-Meldung von 10:37 Uhr, anhand der man dann auch genau überprüfen kann, ob ich sie richtig wiedergebe. Claudia Roth sagte zu dem, was in der vergangenen Woche beschlossen wurde, was Sie am heutigen Tag hier vorgestellt haben und was die Kollegin Sitzmann als große politische Leistung gewürdigt hat, das Asylpaket sei nur symbolische Politik und völlig wirkungslos.

Frau Kollegin Sitzmann, da stellt man sich schon die Frage, welche Partei sich in diesem Zusammenhang im Zustand des Chaos befindet und wer hier eine klare Linie hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort der Frau Fraktionsvorsitzenden Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rülke, es gibt eine gemeinsame Erklärung unseres Ministerpräsidenten, der stellvertretenden grünen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie der Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bund, die alle das Ergebnis des Flüchtlingsgipfels als tragfähigen Kompromiss bezeichnen und ihn unterstützen. Insofern ist die Lage innerhalb der Grünen, sowohl was die Fraktionen in den Ländern und im Bund als auch was den Bundesvorstand angeht, klar und eindeutig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich kann ja verstehen, dass Sie überlegen, wie Sie uns ankoffern können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was ist denn das für ein Sprachstil?)

Aber Ihre Behauptungen lassen sich sehr gut widerlegen. Sie behaupten Dinge, die nachweislich nicht so sind. Diese Regierung entscheidet, handelt und setzt um.

Jetzt nenne ich einfach einmal ein paar Beispiele:

Wir haben das Wohnungsbauprogramm für die kommunale Unterbringung beim ersten Flüchtlingsgipfel angekündigt. Da waren es zwei Mal 15 Millionen €. Nun haben wir die Mittel deutlich aufgestockt auf zwei Mal 30 Millionen €. Wir haben Millionen in die Sprachförderung im frühkindlichen Bereich investiert. Wir haben für Vorbereitungsklassen an allgemeinbildenden Schulen und für VABO-Klassen an beruflichen Schulen über 560 Lehrerstellen zur Verfügung gestellt. Wir haben Programme aufgelegt, die die Chancen auf einen Eintritt in den Arbeitsmarkt vergrößern. Wir haben 16 Verwaltungsrichterstellen nicht nur geschaffen, sondern auch besetzt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, aber wo? – Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

– Der Ministerpräsident hat gesagt, Herr Wolf, dass es dabei nicht bleiben wird, sondern dass zwei weitere Kammern an den Verwaltungsgerichten eingerichtet werden, um genau das zu tun, was Sie zu Recht einfordern: Baden-Württemberg soll das umzusetzen, was auf Bundesebene vereinbart worden ist.

Dazu gehört auch eine Beschleunigung der Rechtsverfahren. Dieser Aufgabe kommen wir nach. Wir werden eine Vielzahl von neuen Stellen in den Regierungspräsidien und in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen schaffen. Wir werden die Beratung zur freiwilligen Rückkehr, die es schon jetzt gibt, deutlich ausbauen. Es zeigt sich, dass es sehr erfolgversprechend ist, die Menschen zu beraten und bei der freiwilligen Rückkehr zu unterstützen.

Die Mehrarbeit der Polizei wird finanziell ausgeglichen. Es gibt ein Stipendienprogramm für syrische Flüchtlinge an den Hochschulen.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was wir bereits getan haben. Wir werden alle Aufgaben erfüllen, die nötig sind.

(Edith Sitzmann)

Natürlich sind wir im Moment sehr damit beschäftigt, die hohe Zahl von Flüchtlingen und den unerwarteten Anstieg zu bewältigen und die Unterbringung zu organisieren. Man muss aber doch einmal konstatieren, dass trotz dieser hohen Zahl in Baden-Württemberg bisher noch jeder, der hier angekommen ist, ein Dach über dem Kopf, ein Bett und etwas zu essen bekommen hat. Das ist bei 2 000 Ankömmlingen pro Tag eine echte Leistung. Ich weiß nicht, was es daran zu kritisieren gibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Selbstverständlich sind die Landesregierung, der Ministerpräsident, der Lenkungskreis, die Taskforce – alle zusammen – ständig auf der Suche nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten. Wenn wir mitbekommen, dass es irgendwo leer stehende Gebäude oder Flächen gibt, melden wir das an die Landesregierung. Wenn Sie entsprechende Hinweise haben,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

melden Sie das bitte auch. Wir müssen alle zusammen dafür sorgen, dass wir die Unterbringung gewährleisten.

Natürlich leben jetzt in den Erstaufnahmeeinrichtungen mehr Menschen, als wir uns das vorgestellt und gewünscht haben. Das ist keine Frage. Aber gerade, wenn Sie auf Ellwangen abheben, müssen Sie auch dazusagen, dass die Regierung – ja, es gab eine große Überbelegung – schnell gehandelt

(Abg. Winfried Mack CDU: Stimmt doch gar nicht!)

und 1 000 Flüchtlinge in andere Einrichtungen gebracht hat,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Weitere Zurufe – Unruhe)

obwohl das schwierig war. Auch diesen Teil sollten Sie ansprechen.

Die Strukturen, die Organisation, die wir jetzt mit dem Lenkungskreis, der Taskforce und dann mit einer eigenen Abteilung im Innenministerium haben werden, sind tragfähig und sorgen für ein geordnetes Verfahren.

Wenn jetzt, bundesweit einmalig, Baden-Württemberg mit Heidelberg als Verteilzentrum neue Wege geht, um die Verfahren zu beschleunigen, ist das gut. Ich hoffe, dass auch vom BAMF schnell die Voraussetzungen geschaffen werden, dass in Heidelberg Verfahren schnell bearbeitet werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Natürlich müssen diejenigen, denen kein Recht auf Asyl zuerkannt wird, auch in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Fragen Sie Ihre Kollegen im Petitionsausschuss!)

 Das ist so. Das wird in allen Ländern so praktiziert, und zwar unabhängig davon, wer regiert. Auch in Baden-Württemberg werden Abschiebungen vorgenommen. Sie haben die Zahlen gehört: 1 644 in diesem Jahr.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal zwei Punkte betonen: Es zeigt sich, dass eine Beratung zur freiwilligen Rückkehr erfolgversprechender ist als Abschiebungen. Aber auch Abschiebungen wird es in Zukunft geben. Doch wir erwarten auch, dass dann humanitäre Leitlinien gelten und man insbesondere bei Familien für einen Ablauf sorgt, der insbesondere für Kinder die Belastung so weit wie möglich reduziert – in einer Situation, die schon schwierig genug ist.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was heißt das? Können Sie das näher ausführen?)

– Das ist doch klar: Wenn Leute keine Aufenthaltsberechtigung bei uns bekommen, müssen sie wieder ausreisen. Im Idealfall tun sie das freiwillig. Wenn die freiwillige Rückkehr nicht funktioniert, dann gibt es Rückführungen. Es gibt klare Verfahren, wie diese Rückführungen laufen. Sie laufen über das Innenministerium Baden-Württemberg. Es gibt Leitlinien, nach denen das Ganze abläuft. Was soll ich Ihnen dazu jetzt noch weiter erklären?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Damit ist die Frage doch hinreichend beantwortet. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass es Probleme gibt, weil viele, die zurückgeführt werden sollen, keine Pässe haben und es den Ausländerbehörden vor Ort nicht möglich ist, diese Dokumente zu beschaffen. Es gibt schon sehr lange die Forderung des Ministerpräsidenten, eine zentrale Clearingstelle beim Bund einzurichten, um dies zu erleichtern. Wir hoffen, dass wir damit endlich dieses Hindernis in den Griff bekommen, meine Damen und Herren.

Vorhin hat der Kollege Rülke aus einer gestrigen Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden mit dem Ministerpräsidenten und anderen Regierungsmitgliedern, zum Teil wörtlich, zitiert. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Sie haben falsch zitiert. Es geht nämlich um die Syrer. Der Ministerpräsident hat berichtet, der Bundesinnenminister habe gesagt, dass unter denen, die jetzt als Syrer nach Europa kommen, wohl eine relevante Zahl von Menschen ist, die nicht aus Syrien, sondern aus Pakistan kommen, dass sich das aber – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, genau das habe ich gesagt! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Sie haben vom Irak gesprochen und gesagt, das wäre eine Originalaussage des Ministerpräsidenten. Aber der Ministerpräsident hat den Bundesinnenminister zitiert. Deswegen war mir dieser Hinweis wichtig. Über Sprachtests kann relativ schnell festgestellt werden, ob die Angabe "syrische Herkunft" stimmt oder falsch ist. Dann können die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Auch wenn das Thema der derzeitigen Unterbringung im Fokus steht, will ich noch einmal betonen, wie wichtig Integration ist. Es ist unser Job, Chancen zu eröffnen, damit die Leute einen Platz in unserer Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt finden können. Dazu ist es ganz entscheidend, möglichst schnell die deutsche Sprache zu erlernen.

Es ist ein Fortschritt, wenn auch diejenigen, die eine gute Bleibeperspektive, aber noch keinen anerkannten Bleibestatus haben, schon jetzt an Integrations- und Sprachkursen des Bundes teilnehmen können. Damit müssen sie nicht einfach warten, bis Entscheidungen gefallen sind, sondern können in die-

(Edith Sitzmann)

ser Zeit schon Sprach- und Integrationskurse machen. Es ist ganz entscheidend, dass wir den Weg in Ausbildung und in Arbeit ermöglichen.

Das Thema Wohnen ist ganz wichtig. Ich hoffe, dass der Wohnungsbaugipfel, der für Mitte Oktober geplant ist, entscheidende Impulse bringen kann, wie das gelingen kann.

Ganz zentral, damit das alles gelingen kann, sind die Menschen, die ehrenamtlich bei uns in Baden-Württemberg arbeiten. Sie arbeiten in den Erstaufnahmeeinrichtungen,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

sie arbeiten seit Jahr und Tag in Asylhelferkreisen, bei der kommunalen Unterbringung, sie übernehmen Patenschaften, sie begleiten Flüchtlinge und machen sie mit unserer Kultur, unserer Gesellschaft und unseren rechtlichen Rahmenbedingungen bekannt. Auf diese ehrenamtlichen Helfer setzen wir. Wir unterstützen sie, wo wir können. Ich bin mir sicher, dass wir, auch wenn die Aufgaben groß sind, nach wie vor mit allen zusammen – auch mit den Kommunen – das Ganze gut hinbekommen werden.

Lassen Sie mich noch, Herr Wolf, einen Punkt richtigstellen: Wir lehnen überhaupt keine Vorschläge der kommunalen Seite einfach so ab.

(Abg. Guido Wolf CDU: Oft genug!)

Wir, sowohl die Fraktionen als auch die Regierung, sind regelmäßig mit den Kommunen im Gespräch. Der Ministerpräsident hat gestern berichtet, dass er just am Montag dieser Woche den Kommunen persönlich noch einmal über den Flüchtlingsgipfel

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

und die Ergebnisse berichtet und deutlich gemacht hat,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

was die Ergebnisse für Baden-Württemberg bedeuten.

Die Kommunen sind im Lenkungskreis der Landesregierung vertreten. Ich wiederhole, was Herr Kollege Schmiedel gesagt hat: Wenn die Kommunen einvernehmlich sagen, sie wollten bei der Kostenpauschale für die kommunale Unterbringung eine Spitzabrechnung, werden wir uns dem nicht verwehren.

Wir sind mit den kommunalen Landesverbänden in einem guten und regelmäßigen Austausch. Wir wissen, dass die Kommunen diejenigen sind, die wir in dieser Situation massiv brauchen. Sie haben die Menschen vor Ort, in ihrer Kommune. Sie müssen einen Integrationsbeitrag leisten. Das ist im Moment bei den vielen, die manchmal in sehr kurzer Zeit kommen, keine leichte Aufgabe. Aber das schätzen und würdigen wir und besprechen wir im intensiven Kontakt. Das werden wir auch weiterhin so tun.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gemäß § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur noch zwei Vorwürfe aufgreifen, die jetzt auch in der zweiten Runde noch einmal in den Raum gestellt wurden. Ein Vorwurf von Ihnen, Herr Kollege Wolf, war, die Regierung würde zu wenig in die Zukunft schauen und zu wenig konkret planen. Jetzt muss ich an dieser Stelle leider einmal – es ist ja auch meine Bundesregierung – den Blick nach Berlin richten und den harten Vorwurf erheben, dass die Bundesregierung das Flüchtlingsthema monatelang verschlafen hat. Bis in den Monat August war das Flüchtlingsthema überhaupt nicht auf der politischen Agenda.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Sie haben recht! Kein Widerspruch!)

Da gab es Griechenland, Griechenland, Griechenland, aber sonst nichts.

Die Fraktionen sind aus der Sommerpause zu einer Sondersitzung gekommen. Da gab es nur einen Tagesordnungspunkt in der zweiten Hälfte des August, und der hieß "Griechenland", obwohl schon im Juli – im Juni ging es noch leicht nach oben; im Juli ist die Entwicklung dann explodiert, und im August noch einmal – die Entwicklung dramatisch war. Dramatisch warum? Weil wir für die Erstunterbringung zuständig sind und nicht der Bund.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb ist diese Dramatik, wenn es darum geht, die Menschen unterzubringen, am Bund in den ersten Wochen und Monaten spurlos vorbeigegangen. Ausdruck dessen ist doch die völlig falsche Prognose des BAMF: Erst war die Rede von 230 000, dann 450 000, jetzt 800 000 Menschen. Dabei ist allerdings die Zahl von 800 000 mittlerweile auch schon überholt

Das heißt, wenn jemand der Entwicklung hinterherhinkt, dann sind es der Bund und das BAMF. Hoffentlich wird das jetzt mit dem neuen Präsidenten besser. Es hat ja auch einen Grund, weshalb Herr Schmidt als Präsident gegangen ist. Beim BAMF lag der Fehler.

Wir haben natürlich zu tun. Wenn jetzt von Ellwangen die Rede ist: Herr Schmidt war in Ellwangen, zu einem Zeitpunkt, als wir noch gleichbleibende Entwicklungen hatten. In den ersten Monaten gab es da eine Kindertagesstätte, gab es Aufenthaltsräume;

(Abg. Winfried Mack CDU: Die gab es schon nicht mehr!)

es gab alles, was man in einer Erstunterkunft gern haben will. Dann aber sind die Zahlen explodiert – und man muss die Menschen unterbringen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt nenne ich noch einmal die Zahlen, vor denen wir stehen: Wenn es bei 2 000 Flüchtlingen am Tag bleibt, haben wir in einem Monat 60 000 Menschen unterzubringen. Das geht in festen Behausungen gar nicht. Deswegen sind auch Aussagen überholt, in denen es hieß, wir wollten Zelte vermeiden. Wir müssen die Bevölkerung bei uns im Land darauf vorbereiten, dass es in Baden-Württemberg Zeltstädte geben wird, weil wir die Menschen anders gar nicht mehr unterbringen können.

(Claus Schmiedel)

Das ist die Realität, und da herumzumachen und zu sagen: "Da gibt es jetzt eine andere Überlegung, und da beschwert sich ein Sozialverband", das wird den Herausforderungen in der Realität nicht gerecht.

In diesem Zusammenhang noch einmal: Diejenigen, die sich schon auf den Weg gemacht haben, können wir auch nicht aufhalten. Da hilft zwar eine etwas gerechtere Verteilung in Europa, aber eine wesentliche Zahl dieser Menschen werden bei uns ankommen. Deshalb geht es jetzt darum, denen, die noch nicht aufgebrochen sind, ein Signal zu setzen. Ein Signal setzt unser Finanz- und Wirtschaftsminister jetzt in der Türkei, in der er auch Antakya, die Partnerstadt von Aalen, besucht und dort mithilft, dass das in die Spur kommt, was wir nach unserer Reise versprochen hatten: die Beschulung von syrischen Kindern in der Türkei zu unterstützen, damit die Eltern nicht schon aus diesem Grund gezwungen sind, sich aufzumachen. Wir wissen, es gibt in Antakya und in der dortigen Region Zehntausende syrische Kinder, die nicht beschult werden.

In Aalen – dies möchte ich auch sagen – werden die Menschen bis zum Jahresende wahrscheinlich 100 000 € gesammelt haben, um dies zu unterstützen. Die Stadt gibt noch einmal Geld für Schulcontainer dazu. Das heißt, da lässt sich etwas machen. Wenn noch mehr diesem Beispiel folgen und wenn die Milliarden Euro, die der Bund und Europa bereitstellen, schnell wirksam werden, dann haben wir eine Chance, dass die Menschen sagen: "Okay, wir hoffen, dass es in Syrien bald friedlicher zugeht, sodass wir zurückkehren können, und bis dahin wissen wir, dass wir ein menschenwürdiges Dasein auch in der Türkei oder im Libanon führen können."

Deshalb muss darauf die Konzentration liegen. Wenn wir da zusammenstehen und auch auf den Bund und Europa mit unseren Möglichkeiten einwirken, jetzt diese Zeichen zu setzen, dann haben wir ein wichtiges Signal gegeben, dass wir die Situation nicht nur heute, sondern auch künftig beherrschen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite, das kleine Karo: Herr Kollege Rülke, ich weiß wohl, dass es nicht den großen Schlüssel gibt – es gibt vielleicht viele einzelne kleine –, um den Aufbruch zu verhindern. Aber um hier mit den Herausforderungen umzugehen, braucht man ganz verschiedene Maßnahmen. Das, was ich mit kleinem Karo gemeint habe, ist Folgendes: Wenn man sich jetzt schon in den Inhalten einig ist, die auf der Ministerkonferenz und von der Bundesregierung beschlossen wurden, dann macht es doch keinen Sinn, sich vier Tage später darüber zu streiten, ob es kommt und, wenn es kommt, wie es kommt, und trallala. Jetzt lassen wir der Regierung doch einmal Zeit, das umzusetzen. Das müssen doch andere auch tun.

Es versteht sich doch von selbst, dass das Thema Sachleistungsprinzip beim persönlichen, individuellen Bedarf, den das Bundesverfassungsgericht eingeräumt hat, nicht ganz einfach ist. Aber geben wir da jetzt einmal Zeit. Und wenn wir uns einig sind, dass die Dinge beschleunigt werden müssen, dann sollten wir gemeinsam das Signal nach außen tragen: Der Bund muss seinen Teil beschleunigen, wir werden unseren Teil beschleunigen.

Die Kollegin Sitzmann hat angekündigt, bei den zusätzlichen 60 Richtern wird es nicht bleiben; sie hat zwei zusätzliche Kammern angekündigt.

(Abg. Guido Wolf CDU: Und zwar schnell!)

Ich muss sagen: Wenn es nach mir geht, wird es noch eine Dritte geben; denn der Bedarf wächst natürlich, und Verwaltungsrichter finden wir auch relativ schnell. Das heißt, auch da können wir deutliche Zeichen setzen, dass wir das Gesamtverfahren beschleunigen. Auch an dieser Stelle sind wir uns einig.

Herr Kollege Rülke, zum kleinen Karo: Jetzt immer noch zu versuchen, an dieser und jener Stelle Unsicherheit zu wecken und zu sagen: "Da sind wir uns eigentlich gar nicht einig", macht doch gar keinen Sinn angesichts der Dimension der Herausforderungen. Wenn die Regierung die Zeit gehabt haben wird, die Beschlüsse umzusetzen, und wenn es dann berechtige Kritik gibt, sollten wir noch einmal darüber reden. Aber im Übrigen sollten wir das tun, was wir alle beschwören: Es lohnt sich, dieses Thema gemeinsam anzugehen, und eigentlich kann es auch nur gemeinsam gelöst werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich muss jetzt mehrere Dinge bekannt geben:

Es wurden verschiedene Tagesordnungspunkte abgesetzt. Wir werden gleich in die Mittagspause gehen. Um 14:45 Uhr wird dann die Fragestunde aufgerufen werden.

Für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses "Polizeieinsatz Schlossgarten II" gebe ich bekannt: Die Sitzung, zu der Sie bereits schriftlich eingeladen worden sind, findet zehn Minuten nach Eintritt in die Mittagspause im Königin-Olga-Bau, Raum 433, im vierten Obergeschoss statt.

Nachdem also nach der Mittagspause zuerst die Fragestunde aufgerufen werden wird, werden wir danach die von der Fraktion der FDP/DVP beantragte Aktuelle Debatte führen und unter dem nächsten Punkt die Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen zum Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes durchführen.

Die von der Fraktion der SPD beantragte Aktuelle Debatte und die Erste Beratung des Gesetzentwurfs der FDP/DVP zum Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots sowie der ursprüngliche Punkt 7 – Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zu Übergangszahlen an die weiterführenden Schulen – sind von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Ist das jetzt so aufgenommen worden,

(Zustimmung)

oder soll ich es wiederholen? Ihr wirkt so erschlagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

- Gut. Verstanden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Neuer Ausdruck der Tagesordnung, bitte!)

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

Die Sitzung ist jetzt für die Mittagspause unterbrochen, und wir treffen uns hier um 14:45 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:47 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:45 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich setze die unterbrochene Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg fort.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Fragestunde - Drucksache 15/7399

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Blenke CDU – Verantwortlichkeit der Landesregierung zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in Baden-Württemberg

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön, Herr Präsident. – Ich frage die Landesregierung:

- a) Durch wen erfolgt im tatsächlichen Geschäftsablauf in welchen Ministerien die Wahrnehmung welcher einzelnen Aufgaben zur Bewältigung der derzeitigen Flüchtlingssituation?
- b) Welche Konzepte und Maßnahmen hat die Landesregierung erstellt bzw. veranlasst, damit sowohl in den Aufnahmeeinrichtungen und den anderen Unterbringungseinrichtungen in den Kommunen als auch rund um diese Einrichtungen herum die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, beispielsweise die Kriminalitätsbekämpfung oder auch die Gewährleistung des Brandschutzes, sichergestellt wird?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Öney das Wort.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Blenke, die Antwort zum ersten Teil Ihrer Frage, welche Aufgaben die einzelnen Ministerien bei der Flüchtlingsaufnahme wahrzunehmen haben, ergibt sich aus der Bekanntmachung der Landesregierung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ach was! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich antworte gerade auf Ihre Frage; vielleicht hören Sie einfach einmal zu.
 Aufnahme und Eingliederung ausländischer Flüchtlinge und Spätaussiedler sind demnach Aufgaben des Integrationsministeriums. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ach!)

Wir haben jedoch seit einigen Monaten eine außergewöhnliche Zugangssituation in Deutschland und in Baden-Württemberg. Diese betrifft nicht nur die Zuständigkeit des Integrationsministeriums, sondern mehrere Ressorts, wie es vorher auch schon der Fall war.

Deshalb hat die Landesregierung zur Unterstützung und Koordinierung der Arbeit der zuständigen Ressorts eine Lenkungsgruppe eingerichtet, die ihre Arbeit im August 2015 aufgenommen hat. Ihr gehören die Amtschefs des Staatsministeriums, des Innenministeriums, des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft an; die organisatorische Leitung hat der Amtschef des Integrationsministeriums, Herr Professor Dr. Hammann. Die Lenkungsgruppe wird nach Bedarf, je nach Themenstellung, um andere Ressorts ergänzt.

Der Lenkungsgruppe nachgeordnet ist ein organisatorisch beim Innenministerium eingerichteter Stab, der für die Lenkungsgruppe die operativen Aufgaben wahrnimmt. Ihm steht Landesbranddirektor Hermann Schröder vor, der zugleich auch die Lenkungsgruppe berät.

Nicht zuletzt dank der koordinierenden Tätigkeit der Lenkungsgruppe und der Schlagkraft des operativen Stabs ist es bislang gelungen, die aktuelle Situation zu bewältigen, obwohl die Zugangszahlen bei den Flüchtlingen ein nie zuvor gekanntes Ausmaß erreichen.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage, zur Gewährleistung der Sicherheit: Die Verantwortlichkeit für die Sicherheit innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes liegt bei den Regierungspräsidien, die vor Ort private Sicherheitsunternehmen einsetzen. Für die Sicherheit in den kommunalen Unterbringungseinrichtungen sind die Kreise bzw. kreisfreien Städte zuständig.

Die Polizei bewertet sowohl im Umfeld von Erstaufnahmeeinrichtungen als auch von kommunalen Unterbringungseinrichtungen laufend die Gefährdungslage. Dies geschieht auf der Basis der Bewohnerstruktur, der baulichen Beschaffenheit und der Größe der Anlage. Auf dieser Grundlage trifft sie gegebenenfalls weitere Maßnahmen zum Schutz der Einrichtung bzw. ihrer Bewohner und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Straftaten innerhalb und außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen werden durch die jeweils örtlich zuständigen Polizeipräsidien verfolgt. In den Landeserstaufnahmeeinrichtungen Meßstetten, Ellwangen und Karlsruhe sowie in der Einrichtung in Heidelberg sind zudem Polizeiwachen eingerichtet.

Zur Frage des Brandschutzes: Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur hat mehrfach – zuletzt mit dem Erlass vom 7. Juli 2015 – Hinweise zur Unterbringung von Flüchtlingen an die Baurechtsbehörden gegeben. Unter Federführung des Verkehrsministeriums erarbeitet derzeit eine interministerielle Arbeitsgruppe mit dem Innenministerium, dem Integrationsministerium und dem Finanz- und Wirtschaftsministerium die Zusammenstellung konkreter Lösungsmöglichkeiten für spezifische Fragen des baulichen Brandschutzes bei der Flüchtlingsunterbringung. Selbstverständlich muss dabei im Ergebnis das Sicherheitsniveau gewährleistet bleiben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Ministerin, die Sozialverbände haben am 18. September in einem Schreiben an das Regierungspräsidium Stuttgart gesagt, in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen sei der Sicherheitsdienst dauerhaft unterbesetzt und nicht in der Lage, die Hausordnung durchzusetzen.

Was haben Sie seither dagegen unternommen? Hat das auch zur Aufstockung des Sicherheitsdienstes in anderen Erstaufnahmeeinrichtungen geführt? Wer ist speziell dafür auf der Ebene der Ministerien zuständig? Ist Ihr Haus für den Sicherheitsdienst, die Qualität und die Anzahl der Sicherheitsdienste, zuständig oder ist ein anderes Ministerium dafür zuständig?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Wie ich in meiner Antwort vorhin versucht habe deutlich zu machen, ist in den Erstaufnahmeeinrichtungen direkt vor Ort das Regierungspräsidium für das Sicherheitspersonal zuständig. Deshalb war es auch richtig, dass sich die Sozialverbände direkt an das dortige Regierungspräsidium gewandt haben.

Wenn Sie trotz mehrfacher Anmahnung das Gefühl haben, dass sich dort personell nichts verändert hat, bitte ich Sie, uns dies zu melden, weil wir das von hier nicht immer verfolgen können. Wir sind auf diese Hinweise angewiesen und sind dafür auch dankbar.

Ansonsten ist mein Eindruck der, dass man eine Situation nicht auf alle anderen Einrichtungen übertragen kann. Denn es gibt auch Einrichtungen, in denen z. B. die Anwesenheit von Bundeswehrsoldaten doch eine – wie soll ich sagen? – gute Auswirkung – es geht nicht um Einschüchterung – auf die innere Sicherheit und auf die Einhaltung der Hausordnung hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was ist jetzt getan worden?)

– Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten, weil ich nicht weiß, wann die Beschwerde dort eingegangen ist und wann das Regierungspräsidium reagiert oder nicht reagiert hat. Ich werde dem aber gern nachgehen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Abg. Bullinger – Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ohne Plagiat, bitte.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Das wissen wir noch nicht. Aber bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das dürfen Sie gern prüfen.

(Minister Franz Untersteller: Das haben manche vor vier Wochen auch noch behauptet!)

- Das Problem hast du nicht, ich weiß.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich bitte darum, die Fragestunde ordnungsgemäß fortzusetzen. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Ministerin, ich war wiederholt in Ellwangen. Die gesundheitlichen Dienste dort – ich war selbst Sanitäter – sind sehr überfordert. Es gibt gute Feldärzte und gute Bundeswehreinrichtungen. Daher frage ich, inwieweit es im Land gewährleistet ist, dass jetzt auch z. B. Ärzte der Bundeswehr herangezogen und beispielsweise Röntgeneinrichtungen aus den großen Sanitätsstaffeln der Bundeswehr genutzt werden.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Ich bin der Bundesregierung sehr dankbar, dass sie auch die Möglichkeit geschaffen hat, die Bundeswehr bzw. das Equipment der Bundeswehr einzusetzen.

Ich weiß, dass die Bundeswehr uns auch Röntgengeräte zur Verfügung stellen will oder wollte. Ich weiß nicht, ob diese bereits in Betrieb genommen worden sind. Ich kann versuchen, Ihnen das nachträglich zu beantworten.

Ansonsten gibt es Einrichtungen, die aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen auch in den Gesundheitseinrichtungen mehr Personal brauchen. Es gibt dort gute Ideen. So gibt es z. B. in Ellwangen einen Arzt, der sich unter den Flüchtlingen Hilfskräfte in die Krankenstation geholt hat und beispielsweise auch mithilfe eines syrischen Arztes versucht, auf die vielen Fälle dort zu reagieren.

Es gibt also verschiedene Ideen und verschiedene Ansätze. Ganz besonders bin ich der Bundeswehr dankbar, dass sie uns auch in diesen Fragen unterstützt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Ministerin, zunächst einmal vielen Dank, dass Sie von uns Beschwerde- und Brandbriefe und dergleichen mehr annehmen wollen. Der Ministerpräsident ist da anderer Meinung. Er hat gesagt, Brandbriefe dürfe man an ihn nicht senden und mit ihm persönlich darüber auch nicht sprechen.

(Zurufe von der Ministerbank, u. a.: Stimmt doch gar nicht! – Unruhe bei der SPD)

Die Opposition würde das nichts angehen; das sei alles operatives Geschäft der Regierung. Aber sei's drum.

Die Sozialverbände haben in dem genannten Schreiben vom 18. September, das Ihnen und Ihrem Haus sicher vorliegt, gesagt, der Brandschutz sei in dieser Einrichtung nicht gegeben. Das kann ich nur unterstreichen. Wer in diese Einrichtung hineingeht, sieht, dass in den Gängen rechts und links die Betten so stehen, dass nur ein kleiner Fluchtweg von 3 m frei ist. Als ich dort war, standen 20, 30 Betten in den Gängen. Da habe ich mich gefragt, wer eigentlich dafür zuständig ist. Mir wurde gesagt, das Regierungspräsidium sei für den Brandschutz in Erstaufnahmeeinrichtungen zuständig, nicht das Landratsamt oder die Kommune vor Ort. Können Sie das bestätigen, und was haben Sie veranlasst, um diesen Missstand zu beheben?

Eine weitere Frage: Der Herr Ministerpräsident hatte hier angekündigt, er wolle 1 000 Personen aus dieser Einrichtung he-

(Winfried Mack)

rausbringen. Das wurde auch gemacht. Aber zum Zeitpunkt des Brandbriefs der Sozialverbände waren in dieser Einrichtung etwa 4 000 Menschen, und Stand heute sind wieder 4 000 Menschen in dieser Einrichtung. Was hat sich denn verbessert? Was haben Sie veranlasst, was hat die Landesregierung veranlasst?

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Der Ministerpräsident hat aufgrund von Hilferufen aus Ellwangen die Einrichtung besucht. Das war im Juli. Es gab eine kleine Anekdote dazu, dass am selben Tag auch der Spitzenkandidat der CDU die Einrichtung besuchen wollte.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das war eher umgekehrt! – Weitere Zurufe von der CDU)

 Sie erinnern sich an diesen Vorfall. – Insofern würde ich nicht sagen, dass der Ministerpräsident kein Interesse an dieser Einrichtung oder an Brandbriefen hat. Wahrscheinlich haben Sie etwas falsch verstanden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein! Ich habe ihn zitiert!)

Wir haben auch auf die Hilferufe aus Ellwangen reagiert, indem wir versucht haben, mehrere Gebäudekomplexe hinzuzunehmen, um die beengte Situation in Ellwangen aufzulösen. Da war ja nur ein Teil der Kaserne freigegeben, der Rest war nicht belegt. Aufgrund der hohen Zugangszahlen müssen wir im Moment alle verfügbaren Kasernen belegen.

Die Situation ist weiterhin so, wie sie ist. Manchmal nehmen wir Menschen aus der Einrichtung heraus, um die Situation zu verbessern. Wenn aber innerhalb eines halben Tages 2 000 Flüchtlinge hinzukommen, können wir in diesem Tempo nicht gewährleisten, dass überall die zumutbare Quadratmeterzahl eingehalten werden kann. Das ist ein Umstand, der auch uns sehr betroffen macht, den wir aber auf Landesebene leider nicht regeln können, solange die Zugänge so hoch sind, wie sie sind. Solange der Bund an dieser Stelle nichts ändert, wird sich auch im Land Baden-Württemberg so schnell nichts ändern können.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, ja!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dieses Thema ist natürlich sowohl im Gemeinderat als auch im Kreisrat oder in anderen Gremien immer wieder ein Thema: Die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben sehr viele Immobilien; darunter sind z. B. Gebäude mit 100 bis 150 m², die jeweils von einer Person bewohnt werden. Es gibt andererseits ein gutes Beispiel in Nürnberg, wo eine Moschee für alle geöffnet wurde, die in Syrien verfolgt wurden. Deshalb die Frage: Ist die Landesregierung bereit, gezielt auf die Kirchen und Religionsgemeinschaften mit der Bitte zuzugehen, hinsichtlich ihrer Immobilien zu prüfen, ob da nicht noch mehr Luft drin wäre, um Räumlichkeiten für diese Notlage zur Verfügung zu stellen?

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Das haben wir gemacht, zuletzt beim Flüchtlingsgipfel, wo die Bitte an alle geäußert wurde, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, soweit welche vorhanden sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das Beispiel Nürnberg!)

– Der Fall in Nürnberg entzieht sich meiner Kenntnis.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist auch außerhalb des Landes! Aber man kann es nachlesen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Ministerin, wenn ich es richtig verstanden habe – ich kenne die Örtlichkeiten nicht im Detail –, sind jetzt zusätzliche Gebäudeteile für die LEA dazugenommen worden. Sind da die entsprechenden bauordnungsrechtlichen Vorschriften eingehalten worden? Liegen entsprechende Baugenehmigungen vor? Wenn ich es richtig sehe, sind das ja Nutzungsänderungen. Ist mit dieser Maßnahme eine Erhöhung der Regelkapazität der LEA verbunden? Wenn ich es richtig weiß, lag die Ausgangskapazität bei 1 000 Plätzen. Wie hoch ist die Regelkapazität jetzt?

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Als wir im letzten Jahr auf die Gemeinden zugegangen sind und versucht haben, alles im Einklang mit den Gemeinden zu regeln, haben uns die Gemeinden im Vorfeld mitgeteilt, wie viele Flüchtlinge sie ihrer Meinung nach aufnehmen können. Diese Zahlen entsprechen aber nicht den tatsächlichen Möglichkeiten vor Ort; diese liegen in der Regel höher.

Wir mussten seinerzeit öffentlich-rechtliche Verträge abschließen, um die Einrichtungen überhaupt in Betrieb nehmen zu können. Deshalb geistern auch manchmal in den Medien Zahlen herum wie 500 oder 1 000. Tatsächlich ist dort Platz für mehr Menschen. Aufgrund der hohen Zugangszahlen konnten wir uns an diese Verträge leider nicht mehr halten und mussten in den Einrichtungen weitere Gebäudekomplexe in Betrieb nehmen. Das geschieht dann direkt vor Ort durch das Regierungspräsidium. Ich gehe davon aus, dass die Baunutzungsverordnung und andere baurechtliche Vorgaben berücksichtigt werden.

Genauer kann ich es Ihnen jetzt nicht sagen, weil ich die Baunutzungspläne nicht im Einzelnen kenne. Aber ich gehe davon aus, dass das jeweilige Regierungspräsidium versucht, sich an diese Regeln zu halten und sie nicht zu brechen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die Regelkapazität?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage, Herr Abg. Reith.

Abg. Niko Reith FDP/DVP: Frau Ministerin, es wurde schon die mögliche Amtshilfe durch die Bundeswehr angesprochen. Ich möchte konkret am Beispiel der Bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtung in Donaueschingen fragen – wo konkret auch ein Sanitätsversorgungszentrum der Bundeswehr vorgehalten wird –, ob solche Einrichtungen nicht ebenfalls genutzt werden könnten. Dabei geht es nicht nur um einzelne Röntgengeräte, sondern dort ist ein komplettes Versorgungszentrum vorhanden.

(Niko Reith)

Ich stelle diese Frage vor dem Hintergrund, dass in der Erstaufnahmeeinrichtung in Donaueschingen die Menschen mittlerweile bis zu sieben oder acht Wochen lang untergebracht sind und in der besagten Einrichtung, die 500 oder 600 m entfernt ist, auch Bereitschaft dazu bestünde. Wie ich erfahren habe, wurde nach mehr Kapazität in der Bundeswehrkaserne selbst angefragt, meines Wissens nach jedoch noch nicht in Bezug auf eine Unterstützung durch dieses Versorgungszentrum

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Sie wissen, dass der Einsatz der Bundeswehr im Inland rechtlich höchst umstritten ist und auch problematisiert werden kann. Nichtsdestotrotz bin ich der Bundesregierung dankbar, dass sie für die Bundeswehrsoldaten die Möglichkeit eröffnet hat, nicht hoheitliche, aber helfende und unterstützende Aufgaben zu übernehmen. Ich glaube, das hat eine gute Wirkung auf Einrichtungen, insbesondere dann, wenn dort junge Männer untergebracht sind. Ich hatte z. B. den Eindruck, dass es in Sigmaringen, obwohl dort viele junge Männer sind, recht friedlich zugeht. Möglicherweise war die Anwesenheit der Bundeswehrsoldaten –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Beruhigend!)

- Ja, sie hatte eine beruhigende Wirkung auf die Einrichtung.

Ob die Bundeswehr ärztliche Leistungen übernehmen kann, kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. In unserer Planung ist es so, dass wir in den regulären Erstaufnahmeeinrichtungen ohnehin immer eine Krankenstation mit berücksichtigen und einplanen.

Herr Landrat Pauli hatte in Meßstetten gleich eine Krankenstation mit einem 24-Stunden-Dienst eingerichtet. Dort kann man auch Personal einstellen. Diese Station wird, glaube ich, von EHC betrieben. In der normalen Planung sind die Krankenstationen mit eingeplant. Ob die Bundeswehr auch solche Aufgaben übernehmen könnte, kann ich Ihnen jetzt leider nicht beantworten.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Reith.

Abg. Niko Reith FDP/DVP: Das befindet sich demzufolge aber in der Prüfung? Das wird aktiv geprüft?

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Ja.

Abg. Niko Reith FDP/DVP: Danke.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Fragen mehr? – Dann ist die Behandlung der Anfrage unter Ziffer 1 beendet. – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Verbesserte Notfallversorgung für den Landkreis Schwäbisch Hall durch neuen Luftrettungsstandort im bayerischen Dinkelsbühl-Sinbronn

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das hat er schon mal gefragt!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, wenn es nicht befriedigend ist, frage ich es noch drei Mal, Herr Kollege.

Christoph 65 ist gekommen. Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung die erhebliche Verbesserung der Notfallversorgung entlang der A 7 und auch der A 6 und damit auch für die Bevölkerung im Landkreis Schwäbisch Hall durch die vor Kurzem auf bayerischem Boden in Dienst gestellte Luftrettungsstation in Dinkelsbühl-Sinbronn?
- b) Welche Gründe haben die Landesregierung dazu veranlasst, die bayerische Seite bei ihrem Vorhaben trotz des zu erwartenden Vorteils auch und gerade für den angrenzenden ländlichen Raum auf baden-württembergischer Seite nicht zu unterstützen, beispielsweise durch eine finanzielle Beteiligung?

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sparsamkeit!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen und werte Kollegen! Ich beantworte die Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger wie folgt:

Ich denke, es ist nun wirklich unstrittig, dass jedes neue Rettungsmittel grundsätzlich zu einer Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung beiträgt. Es ist mir aber ausgesprochen wichtig, nochmals und zum wiederholten Mal deutlich zu betonen, dass der Grund für die seit September dieses Jahres in Betrieb gegangene neue Luftrettungsstation in Dinkelsbühl-Sinbronn ein vom bayerischen Innenministerium in Auftrag gegebenes Gutachten aus dem Jahr 2012 ist, das auf eine Versorgungslücke in Bayern in der Region Donauwörth hinweist. Das war der Grund, warum dieser Luftrettungsstandort in Bayern geschaffen worden ist. Daher ist es aus meiner Sicht auch völlig konsequent und richtig, dass Bayern diesen Luftrettungsstandort in Dinkelsbühl sowohl eingerichtet als auch finanziert hat.

Ich will ausdrücklich noch einmal sagen: Für die Landkreise Heidenheim und Schwäbisch Hall sowie den Ostalbkreis bestand keine Versorgungslücke. Herr Dr. Bullinger, das haben wir wiederholt diskutiert –

(Zuruf von der CDU: Das hat aber nicht gestimmt!)

in dieser Legislaturperiode, in der zurückliegenden Legislaturperiode. Man kann grundsätzlich sagen, dass es in diesen Bereichen eine gute Versorgung durch den bodengebundenen Rettungsdienst gibt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist zunächst das Wichtigste!)

Das ist das Wichtigste, und es ist auch der Kern und ist der Grundsatz des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg, dass (Minister Reinhold Gall)

dieser funktionieren muss, um eine möglichst optimale Versorgung sicherzustellen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Diese Lücke hat immer bestanden! Immer!)

Wenn Sie es sich einmal anschauen, sehen Sie: Die von mir angesprochenen Landkreise nehmen im Landesvergleich einen durchaus guten Rang ein, was die entsprechende Versorgung anbelangt. Der Bereichsausschuss im Landkreis Schwäbisch Hall hat jetzt aktuell eine Ausweitung des bodengebundenen Rettungsdienstes und der Rettungsmittelvorhaltung beschlossen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: War auch nötig!)

Dies ist geschehen, bevor wir jetzt das neue Rettungsdienstgesetz umsetzen. Wir haben darüber diskutiert, wir haben da auch Dinge hineingeschrieben, die dafür sorgen sollen, dass wir da deutlich besser werden. Offensichtlich hat es dieses Gesetzentwurfs auch tatsächlich bedurft. Quer durch das Land stelle ich richtig Bewegung fest, dass die Bereichsausschüsse jetzt diese Entscheidungen treffen, die sie meines Erachtens längst hätten treffen und umsetzen können. Aber sie haben es nicht gemacht, und deshalb regeln wir im Rettungsdienstgesetz die Verantwortlichkeiten und auch die Handlungsmöglichkeiten für die entsprechende Rechtsaufsicht neu, um dort, wo es notwendig ist, Verbesserungen zu erreichen.

Ausdrücklich will ich auch sagen: Zusätzlich zum bodengebundenen Rettungsdienst besteht schon bisher für die genannten Landkreise eine gute Abdeckung. Herr Dr. Bullinger, da habe ich Ihnen wiederholt die Einsatzradien gezeigt, die dieser Planung zugrunde gelegt worden sind.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Durch eine gute Abdeckung durch die Rettungshubschrauber in Ochsenfurt, in Ulm, in Stuttgart/Ludwigsburg und in anderen Orten, die auch noch entsprechend ergänzen können, haben wir in der Tat in nicht wenigen Bereichen in Gemeinden, in Landkreisen eine nicht nur normale Abdeckung, sondern eine Doppel- und eine Dreifachabdeckung. Darauf kommt es jetzt auch an. Diese Rettungshubschrauber müssen ergänzend und verstärkt in die Alarmierung durch die Leitstellen einbezogen werden. Die Rettungshubschrauber in Ochsenfurt, Ulm und Stuttgart/Ludwigsburg verfügen nämlich seit Jahren über deutliche Kapazitätsreserven, die man im Bedarfsfall dann eben nicht nur abrufen kann, sondern meines Erachtens auch abrufen muss.

Ich sage es zum Schluss noch einmal: Der Rettungshubschrauber Christoph 65 – dieser neue Rettungshubschrauber – wird sogar eine noch bessere Versorgung ermöglichen. Durch solche Einsätze, wenn dieser Hubschrauber angefordert werden sollte, besteht dann doch – wenn Sie so wollen – eine indirekte Mitfinanzierung, nämlich durch die Kostenträger in Baden-Württemberg.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gut, ich teile nicht alles, was Sie da gesagt haben; denn vor allem auch die Start-

möglichkeiten in Ulm bei Nebel, die Nachtflugtauglichkeit und Ähnliches könnte man erweitern.

Sie haben gerade gesagt, dass durch Nürnberg, Stuttgart/Ludwigsburg, Ochsenfurt und Ulm eine gute Versorgung gegeben sei. Das hört sich gerade so an, als ob das jetzt auch eine lästige Konkurrenz wäre. Keine 5 km nebendran sind die Gemeinden Fichtenau, Rot am See oder auch Ellwangen, Bopfingen. Deshalb die Frage, ganz konkret in der Praxis: Wie wird das koordiniert, dass dann wirklich auch eine schnellere Versorgung möglich ist – nicht innerhalb der vorgegebenen Zeit auf die letzte Minute von Stuttgart kommend, sondern eben auch vor Ort –, dass der Luftrettungsdienst stärker genutzt wird? Wird das gewährleistet, und wer organisiert das und bestimmt, dass genau dieser eben eingesetzt wird – abgesehen vom Transport von Brandverletzten oder von irgendwelchen Spezialtransporten?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Dr. Bullinger, ich gehe grundsätzlich davon aus, dass die Rettungsleitstellen in ihrer Zuständigkeit und ihrer Verantwortung das bestmögliche und das am schnellsten einsetzbare Rettungsmittel einschließlich Personal dann entsprechend alarmieren und anfordern.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Zusatzfragen? – Vielen Dank, Herr Minister.

Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Burger CDU – Einrichtung einer Bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Klaus Burger CDU: Danke, Herr Präsident. – Ich frage die Landesregierung:

- a) Ab wann und in welchem Umfang beabsichtigt die Landesregierung gegebenenfalls das denkmalgeschützte Gebäude der früheren Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau als Bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung zu nutzen?
- b) Wird die Landesregierung sich gegebenenfalls über den rechtskräftigen Bebauungsplan, der für das Gebäude ausschließlich eine schulische Nutzung vorsieht, hinwegsetzen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Öney.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abg. Burger, zum ersten Teil Ihrer Frage: Die anhaltend hohen Zugangszahlen bei den Flüchtlingen führen landesweit zu einer äußerst kritischen Si(Ministerin Bilkay Öney)

tuation bei der Erstunterbringung. Das Land kann es sich daher nicht leisten, verfügbare und geeignete landeseigene Gebäude außer Betracht zu lassen.

Die Lenkungsgruppe der Landesregierung hat deshalb beschlossen, die Gebäude für eine Flüchtlingsaufnahme vorzubereiten und zu ertüchtigen. Der Auftrag ging an das Regierungspräsidium Tübingen und den Landesbetrieb Vermögen und Bau. Die ehemalige Schule in Bad Saulgau dient als Reserve für unkalkulierbare weitere Zugangssteigerungen bei den Flüchtlingszahlen. Für diesen Fall ist eine Belegung mit einigen Hundert Personen vorgesehen, wobei die Belegung situationsbedingt variieren kann.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Das Regierungspräsidium Tübingen hat gegenüber der Stadt Bad Saulgau alle baurechtlich erforderlichen Anträge zur Nutzung gestellt. Nachdem die Stadt Bad Saulgau gegenüber dem Land Baden-Württemberg eine Nutzungsuntersagung ausgesprochen hatte, hat das Regierungspräsidium Tübingen eine Verfügung erteilt, dass die Stadt Bad Saulgau bis heute 18:00 Uhr die Nutzungsuntersagung aufzuheben hat und die Nutzung der Schul- und Internatsgebäude als Flüchtlingswohnheim vorläufig zu dulden hat. Denn die Landesbauordnung schreibt zwingend vor, dass der Stadt Bad Saulgau als untere Baurechtsbehörde zunächst die Möglichkeit gewährt wird, die Nutzungsuntersagung selbst aufzuheben. Wobei ich betonen muss, dass dieses Gelände noch nicht in Betrieb genommen wurde und in der Prioritätenliste sehr weit unten rangiert.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Ministerin, es verwundert ja schon, wie Sie mit den Kommunen insbesondere im ländlichen Raum umgehen, während in Stuttgart gar nichts passiert. Man kann geradezu den Eindruck haben, über die größte Stadt des Landes hält einer schützend seine Hand, damit da keine LEA bzw. BEA eingerichtet wird. Gerade in Stuttgart hätte man die Beamten vor Ort, nämlich im Regierungspräsidium. Ich denke, da ist ein Ungleichgewicht vorhanden.

Aber ich möchte Sie auf Folgendes hinweisen: Im Moment sind in der Stadt Sigmaringen mit weniger als 20 000 Einwohnern 2 300 Menschen in einer BEA untergebracht. Dort sollen bis zu 3 500 Menschen untergebracht werden. Und dann geht es im benachbarten Bad Saulgau um eine weitere Aufnahmeeinrichtung. Das alles sind Aufnahmeeinrichtungen, in denen nichts passiert, in denen kein Amtsarzt die Gesundheitschecks macht, in denen das BAMF nicht zur Bearbeitung von Asylanträgen vor Ort ist. Die Bewohner all dieser BEAs, die Sie da geschaffen haben – das sind die meisten Ihrer Erstaufnahmeeinrichtungen –, müssen ja hin- und hergekarrt werden; die müssen ja immer in die LEA gekarrt werden, um die Gesundheitsüberprüfung durchführen zu lassen, um den Asylantrag zu stellen und dergleichen mehr. Sie schaffen also einen unglaublichen Wanderzirkus. Da bleibt viel Zeit auf der Straße.

In diesem kleinen Landkreis wollen Sie in Sigmaringen 3 500 Menschen unterbringen und in Bad Saulgau weitere. Halten Sie das denn für zumutbar und richtig, wenn gleichzeitig in Städten wie Stuttgart oder Tübingen oder Freiburg minimal bis gar nichts passiert?

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Von meiner Seite aus halte ich meine Hand schützend über keine Stadt, sondern wir versuchen, alle verfügbaren Gebäude zu nutzen, die wir aufgrund der hohen Zugangszahlen und der Situation, wie wir sie im Moment haben, schnell nutzbar machen müssen. Ich glaube, auch Sie sehen ein, dass es noch viel mehr Zeit und Kosten in Anspruch nehmen würde, neue Gebäude zu errichten, als auf vorhandene leer stehende Kasernen zurückzugreifen, die wir für die Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung nutzen können.

Mit Blick auf den Haushalt, mit Blick auf den deutschen Steuerzahler, der bei der ersten Debatte heute bemüht wurde, ist es sinnvoll, alle Gebäude zu nutzen, die vorhanden sind und die man schnell nutzbar machen kann, und zunächst einmal auf teure Neubauten zu verzichten – wobei wir das auch nicht gänzlich tun können. Vielmehr werden wir auch Erstaufnahmeeinrichtungen bauen; das haben wir mehrfach kommuniziert. Es werden auch in Schwäbisch Hall, in Tübingen oder in Freiburg ganz normale, reguläre Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen. Aber das braucht Zeit, und deshalb müssen wir jetzt die Gebäude nutzen, die vorhanden sind.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich möchte bei der Fragestunde noch einmal alle Abgeordneten darauf hinweisen: Wertungen und Feststellungen dürfen bei Zusatzfragen nicht einfließen. Man muss das ein bisschen großzügig handhaben, aber ich wollte noch einmal darauf hinweisen. Das ist die Linie der Fragestunde.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ein wichtiger Hinweis zur richtigen Zeit! – Weitere Zurufe)

Herr Abg. Zimmermann, Sie haben das Wort.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Ohne jegliche Wertung: Hält die Landesregierung eine BEA im Gebäude der Japanischen Schule trotz der Tatsache, dass sich in unmittelbarer Nähe der Schulverbund aus Werkrealschule, Realschule und Gymnasium mit insgesamt 1 300 überwiegend minderjährigen Schülerinnen und Schülern befindet, für geeignet, obwohl durch eine Umzäunung der Flüchtlingsunterkunft der Fußweg sowohl zu den Sportstätten als auch zum Fachraumzentrum durchtrennt wird?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Herr Zimmermann, wahrscheinlich haben Sie vorher nicht vernommen, dass ich sagte, dass dieses Gebäude im unteren Segment der zu prüfenden Gebäude liegt. Das ist nicht unsere erste Priorität, sondern eine der letzten Möglichkeiten, die wir trotzdem für den Fall der Fälle, für eine Notsituation vorhalten müssen.

(Zuruf: Winter!)

Wir wissen, dass das Thema sehr sensibel ist. Aus diesem Grund würden wir – sofern es dazu kommen sollte; wir sind noch nicht so weit, wir möchten dieses Gebäude nicht nutzen, aber für den Fall, dass alle anderen Gebäude bereits belegt wären und wir auch dieses Schulgelände nutzen müssten – natürlich sämtliche Schutzmaßnahmen und alle Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen umset-

(Ministerin Bilkay Öney)

zen. Wobei ich an dieser Stelle auch betonen will, dass Flüchtlinge nicht per se ein Sicherheitsrisiko darstellen, sondern ich davon ausgehe, dass es Menschen sind wie Sie und ich, die Schutz suchen. Aber für alle Fälle würden wir dennoch Schutzmaßnahmen auch für die Schülerinnen und Schüler berücksichtigen und umsetzen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Burger.

Abg. Klaus Burger CDU: Vielen Dank. – Frau Ministerin, wie verhält sich die Landesregierung hinsichtlich des Angebots der Stadt Bad Saulgau, die frühere Japanische Schule als Internat für minderjährige Flüchtlinge zu nutzen? Das wäre nämlich wieder konform mit dem Bebauungsplan.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Über diese Möglichkeit können wir gern nachdenken und diskutieren. Sie wissen, im Land gab es einige Landkreise, die viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen mussten. Wir haben durch eine Regelung im Flüchtlingsaufnahmegesetz die Möglichkeit geschaffen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit Blick auf das Kindeswohl und auf das Wohl der Jugendlichen auf die Jugendhilfeeinrichtungen des Landes zu verteilen

Es gibt jetzt eine neue Diskussion im Bund, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge deutschlandweit zu verteilen. Das würde möglicherweise für Baden-Württemberg bedeuten, dass wir mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen müssten als bisher. Für diesen Fall könnten wir in der Tat einige Ideen diskutieren.

Herr Landrat Pauli hatte eine Idee auf den Weg gebracht, die wir auch in die Flüchtlingskommission der Robert Bosch Stiftung eingespeist haben, die jetzt auch neue Pläne erarbeitet. Der Vorschlag von Landrat Pauli war, die Jugendlichen in solchen Einrichtungen mit einer Form von überbetrieblicher Ausbildung unterzubringen und sie eben nicht in Jugendhilfeeinrichtungen zu stecken, wo sie möglicherweise in Kontakt mit anderen, eventuell noch problematischeren Jugendlichen kommen. Insofern wäre das eine Maßnahme, die man prüfen muss. Wir werden diese Idee in der Bosch-Kommission weiterverfolgen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Guter Vorschlag!)

Man kann aber gern im Land noch weitere Ideen sammeln und auswerten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Reith.

Abg. Niko Reith FDP/DVP: Frau Ministerin, berücksichtigt die Landesregierung bei der Suche und der Belegung von geeigneten Gebäuden ausschließlich deren Größe und die damit verbundene Kapazität, oder wird auch ein Verhältnis zwischen der Aufnahmefähigkeit der Gebäude, also der Anzahl der Flüchtlinge, und der Bevölkerungszahl berücksichtigt? In Donaueschingen haben wir beispielsweise in der Kernstadt, wo sich in der Mitte dieses Konversionsgelände bzw. die ehemaligen Garnison befindet, eine Einwohnerzahl von 13 000. Einem Beitrag des SWR habe ich jetzt entnommen, dass dort eine mögliche Belegungszahl von bis zu 10 000 vorgesehen ist.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Mit den Zahlen wäre ich vorsichtig, weil in den Medien manchmal Zahlen kursieren, die so nicht stimmen. Wir versuchen natürlich auch, die Geduld und Toleranz der Gemeinden nicht überzustrapazieren, weil wir wissen, dass es dort eben auch Bürger gibt, die Ängste haben. Diese Ängste müssen wir ernst nehmen. Dies tun wir auch, indem wir immer ein Sicherheitskonzept mit anbieten. Deshalb haben wir bei der Zahl der Sozialarbeiter den Schlüssel von 1:500 auf 1:100 erhöht, damit Flüchtlinge auch in die hiesige Ordnung und Kultur eingewiesen werden und eben lernen, wie man Müll zu trennen hat, damit sie lernen, dass man nicht auf dem Friedhof campieren oder picknicken darf. Das versuchen wir den Flüchtlingen schon in der Erstaufnahme beizubringen.

Wir haben bislang immer Rücksicht auf die Wünsche der Kommunen genommen. Aber da die Zahlen inzwischen so stark angestiegen sind – Sie haben ja mitbekommen, dass wir innerhalb eines halben Tages 2 000 Flüchtlinge aufnehmen mussten; wir müssen sie ja aufnehmen; wir können gar nicht anders –, können wir leider nicht immer auf jeden einzelnen Wunsch Rücksicht nehmen. Wir versuchen dies, und wir versuchen, das immer einvernehmlich mit der jeweiligen Kommune zu machen. Im Moment gelingt es uns aber nicht immer, bei der Unterbringung von Flüchtlingen die Bevölkerungsstruktur zu berücksichtigen; das können wir im Moment nicht einhalten. Aber bei unserer Planung berücksichtigen wir das natürlich, um die jeweilige Gemeinde nicht überzustrapazieren.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Zimmermann.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Ministerin, habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass das Schulgebäude in Bad Saulgau auf der Prioritätenlisten sehr weit unten rangiert? Sie sehen das als aktuell weniger geeignet an? So lese ich das heraus.

Meine Zusatzfrage in einer anderen Richtung: Gibt es in der Landesregierung aktuell Überlegungen, nach dem Cannstatter Volksfest die Zelte – nachdem der Ministerpräsident heute vehement auch Zeltunterbringungen ansprach – stehen zu lassen

(Vereinzelt Heiterkeit)

und diese gegebenenfalls als Unterkunft für Flüchtlinge zu nutzen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Die Bierfässer lassen wir auch gleich da!)

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Meines Wissens gibt es diese Pläne nicht. Solange es feste leer stehende großräumige Gebäude und Gelände gibt, sollten wir mit Blick auf den Winter keine Zeltlösungen in Anspruch nehmen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir werden also versuchen, eine Zeltunterbringung zu vermeiden, so gut es geht. Aber wir können es jetzt nicht fest zusagen. Denn im Notfall werden wir im Fall der Fälle auch auf

(Ministerin Bilkay Öney)

Zelte zurückgreifen müssen, und zwar auf feste Zelte, die auch beheizt werden können.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage der Frau Abg. Gurr-Hirsch.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Besondere Zeiten erfordern besondere Lösungen. Die Kirche hat sich immer wieder als – so möchte ich sagen – Hort für Flüchtlinge angeboten.

Beim längeren Nachdenken ist mir eingefallen: Es gibt ja ganze Feriensiedlungen – speziell auch in unserem Land –, die in erster Linie im Sommer belegt sind. Gibt es Kontakte zu den einzelnen Konfessionen, sodass man im Winter beispielsweise in diesen Häusern Familien unterbringen könnte? Denn diese Ferienhäuser sind im Sommer als Ferienhort für Familien gedacht. Dies bezieht sich beispielsweise auf die Schwäbische Alb.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kollegin Gurr-Hirsch, ich will deutlich machen: Wenn die Frau Ministerin diese Frage beantworten will, kann sie dies machen, aber sie muss es nicht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja!)

Die Mündliche Anfrage betrifft das Thema "Einrichtung einer Bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau". Darauf bezieht sich die Frage.

In der Zwischenzeit sind wir bei einem Festzelt des Volksfests angelangt. Das hat damit gar nichts zu tun.

(Heiterkeit)

Jetzt fragen Sie nach Feriensiedlungen. Ich lasse das jetzt noch zu, wenn die Frau Ministerin darauf antworten will. Aber wir sollten uns schon an unsere eigenen Richtlinien, die wir beschlossen haben, halten.

(Beifall der Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE und Hidir Gürakar SPD)

Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Wir prüfen alle Möglichkeiten, Frau Gurr-Hirsch. Deswegen werden wir natürlich auch die Verfügbarkeit von Jugendherbergen usw. prüfen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das stand jetzt in der Zeitung! Deswegen frage ich!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gut. – Es liegen keine weiteren Fragen vor.

Dann darf ich mich recht herzlich für Ihre Geduld und Ihre Auskunft bedanken.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Verbesserungen im Bahnverkehr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg, insbesondere bei Spätverbindungen

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

a) Wurde seitens der Landesregierung, wie ausweislich des Plenarprotokolls 15/132 (Seiten 7949 bis 7951) von Frau Staatssekretärin Dr. Splett seinerzeit in Aussicht gestellt, unabhängig von den sonstigen im neuen Verkehrsvertrag – sehr positiv – vereinbarten Fernverkehrsverbindungen ab 2017 auf der Strecke Stuttgart–Nürnberg eine Spätverbindung nach 21 Uhr bestellt?

"Weiß-blauer Schlagbaum" nicht um 21:00 Uhr, lautete damals die Frage.

Ich frage die Landesregierung weiter:

b) Ist die Landesregierung bereit, sich aufgrund der am Bahnhof in Crailsheim vorhandenen voll funktionsfähigen Bahninfrastruktur in enger Abstimmung mit der bayerischen Seite dafür starkzumachen, dass eine Verlängerung des S-Bahn-Anschlusses von Nürnberg kommend über den geplanten bayerischen Endbahnhof Dombühl – kurz vor dem Bahnhof Crailsheim – hinaus bis nach Crailsheim realisiert wird, um damit für die dortige Raumschaft – immerhin 35 000 Bürger in Crailsheim und 70 000 im Altlandkreis – eine zusätzliche Verbesserung der Bahninfrastruktur – gerade auch für Pendler – zu erreichen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kollege Bullinger! Wir haben in der Tat schon im Juni über dieses Thema gesprochen. Ich habe damals auch ausgeführt, dass wir bei der Ausschreibung in das Netz 3 a und in das Netz 3 b trennen.

Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur hat am 21. August dieses Jahres der DB Regio AG den Zuschlag im Netz 3 b – Gäu-Murr – erteilt. Es ist uns hierbei gelungen, dass die Fahrgäste auf der Murrbahn schon ab Dezember 2017 von den 40 Jahre alten "Silberlingen" auf komfortablere Neufahrzeuge umsteigen können. Hinzu kommt, dass der Landeszuschuss nun nur noch bei 8,22 € pro Zugkilometer liegt.

In dem Netz 3 b liegen die Metropolexpresslinien um Stuttgart auf Gäu- und Murrbahn. Mit der Vergabe ist eine deutliche Ausweitung der Leistungen verbunden. So werden zwischen Stuttgart und Murrhardt künftig von Montag bis Samstag ganztags bis zum frühen Abend halbstündliche Verbindungen von und nach Stuttgart angeboten.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Auch Gaildorf West wird mit zwei Zügen pro Stunde bedient werden. In den Hauptverkehrszeiten wird dieser Halbstundentakt bis Schwäbisch Hall ausgedehnt.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Leistungen über Schwäbisch Hall hinaus sind allerdings im Netz 3 b bis auf wenige Einzelleistungen nicht enthalten.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Die langlaufende Linie Stuttgart–Nürnberg, die auch Spätverbindungen enthalten soll – auch das habe ich damals ausgeführt –, ist im Ausschreibungsnetz 3 a enthalten. Dieses Netz 3 a konnte bislang noch nicht ausgeschrieben werden, da aufgrund der Fernverkehrsoffensive der DB Fernverkehr AG sowohl auf baden-württembergischer Seite als auch auf bayerischer Seite wesentliche Planungsprämissen bislang ungeklärt sind.

Vor einer Ausschreibung des Netzes 3 a müssen die folgenden Punkte geklärt werden:

Erstens: Kommt eine IC-Linie Stuttgart-Nürnberg über die Murrbahn bzw. wann kommt sie?

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Zweitens: Welche Halte sieht diese IC-Linie – so sie denn kommt – vor?

Drittens: Welche Nahverkehrsleistungen sind neben diesem eventuellen IC-Angebot trassentechnisch überhaupt noch fahrbar?

Hierzu laufen derzeit Gespräche mit der DB Fernverkehr AG. Ziel ist es, möglichst bis Ende Oktober Klarheit über die oben genannten Punkte zu haben.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

Insoweit stelle ich mich schon darauf ein, dass Sie dann zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal nachfragen werden

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor dem 13. März halt!)

– genau –, zu welchem Ergebnis man in diesen Gesprächen gekommen ist.

Diese Klarheit benötigen im Übrigen auch unsere bayerischen Partner, um darüber zu entscheiden, ob eine Verlängerung der S-Bahn von Nürnberg kommend bis nach Crailsheim sinnvoll ist. Hierzu ist Bayern aber aller Voraussicht nach nur bereit, wenn ohne eine Verlängerung Halte unbedient zu bleiben drohen

So weit der derzeitige Stand.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie haben gerade durchaus Erfreuliches berichtet, vor allem bezogen auf die zusätzliche Ausschreibung und die Spätverbindung.

Wenn man die beiden Fragen a und b verknüpft, könnte von Ihnen durchaus auch die Frage beantwortet werden – vor allem könnte sie geprüft werden –, ob es nicht sinnvoll wäre, statt eine zusätzliche Spätverbindung mit einem Regionalexpress von Crailsheim nach Nürnberg zu bestellen, einfach die zwei letzten S-Bahnen von Nürnberg kommend und morgens die zwei ersten nach Nürnberg fahrend mit in das Konzept einzubinden, da die Infrastruktur in Crailsheim komplett vorhanden ist und das sicherlich eine kostengünstige Variante wäre, wenn es technisch möglich ist. Das ist die Frage.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Ich kann im Moment weder beurteilen, ob es technisch möglich ist, noch ob es kostengünstig ist. Es gilt, wie gesagt: Wir brauchen erst einmal Klarheit über die Planungen der DB Fernverkehr AG, und dann wird man schauen, wie man den Nahverkehr so organisiert, dass er inklusive der Spätverbindung unseren Zielsetzungen entspricht. Dabei kann man diese Fragestellung sicherlich zusammen mit den bayerischen Partnern betrachten und dann eine sinnvolle und kostengünstige Lösung finden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bis zum nächsten Mal!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Keine weiteren Zusatzfragen? – Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 4 beendet.

Die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 wurde zurückgezogen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Mindestlohn in Handwerk und Mittelstand: Was von der guten Absicht in der Praxis ankommt – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt; darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich möchte ich noch auf § 60 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache möglichst in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erhält für die FDP/DVP-Fraktion Herr Abg. Reith.

Abg. Niko Reith FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht hat die Regierungserklärung vor dem Hintergrund des aktuellen Flüchtlingsthemas mehr Raum als zunächst geplant eingenommen. Es überdeckt schließlich auch in der öffentlichen Wahrnehmung und in den Diskussionen in der Bevölkerung fast alle anderen politischen Themen. Umso mehr freue ich mich, dass die Aktuelle Debatte zum Thema Mindestlohn heute auf der Tagesordnung verblieben ist. Den einen oder anderen mag das zwar vielleicht langweilen, aber es ist außerordentlich wichtig, die Wirkungen nach der Einführung eines Gesetzes regelmäßig zu überprüfen und auch dessen Nebenwirkungen zu identifizieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese ergeben sich nicht unmittelbar nach Inkrafttreten. So hat auch die 2003 beschlossene und 2004 in Kraft getretene Agenda 2010 erst Ende 2005 ihre Wirkung auf dem Arbeitsplatzmarkt gezeigt.

(Niko Reith)

Wer in diesen Tagen die Gelegenheit hat, über den Cannstatter Wasen zu gehen, und sich mit den Schaustellern unterhält, der wird sehr schnell beim Thema "Arbeitszeit und Mindestlohn" landen. Das wird auch demjenigen passieren, der sich mit Handwerkern, Landwirten, Winzern, Gastronomen, Ladenbesitzern und jenen Betrieben unterhält, die mit Praktika arbeiten. Für alle gilt das, was den schönen Titel "Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung" trägt, beschlossen im Deutschen Bundestag Anfang Juli 2014 mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ihr seid ja auch nicht dabei!)

Wir alle erinnern uns noch an die Debatte im Vorfeld dieses Beschlusses. Es ging um Löhne, von denen die Menschen leben können. So weit, so gut. Am Ende der Diskussion sagten uns die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, dass eine Lohnhöhe von 8,50 € überhaupt keine Frage sei; das würde man schon lange zahlen, zumal hier im Südwesten; darunter gebe es gar keine Arbeitskräfte mehr. Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel lassen grüßen.

Doch dann passierte etwas, wovor wir Freien Demokraten in der Diskussion immer wieder gewarnt haben: Bundesministerin Nahles kümmerte sich darum. Was entstand, war ein zu erwartender bürokratischer Moloch. "Der Mindestlohn bleibt ein bürokratisches Monster", sagte dazu auch der Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags, Dr. Peter Kulitz, im Frühjahr dieses Jahres. Niemand sollte so tun, als ob das überraschend gekommen wäre, und kein Vertreter und keine Vertreterin der Parteien, die das im Bundestag beschlossen haben, sollte so tun, als ob er oder sie nicht dabei gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch die CDU muss sich den Vorwurf gefallen lassen, bei der Ausarbeitung des Gesetzes offenbar keinerlei Einfluss darauf genommen zu haben, was am Ende herauskam.

Was in der Diskussion immer ein wenig in Vergessenheit gerät, sind die Branchenmindestlöhne, die es in Deutschland in bewährter Weise gibt. Beispielsweise haben sich in der Textil- und Bekleidungsindustrie, in der Systemgastronomie, in der Pflege, im Bäckerhandwerk, in der Land- und Forstwirtschaft, im Gartenbau und bei den Schornsteinfegern die Tarifparteien auf wirksame Mindestlöhne geeinigt.

Wenn man Betriebe besucht, wird sehr schnell klar, wo das Problem einer flächendeckenden Mindestlohnregelung liegt: Es sind die Dokumentationspflichten. Es ist die Missachtung aller regionalen, saisonbedingten und betrieblichen Besonderheiten. Es ist auch ein Arbeitszeitgesetz, das beispielsweise in der Gastronomie schlicht praxisuntauglich ist. Und es ist vor allem eines: die Haltung, die Politik und Verwaltung gegenüber den Betrieben zeigen.

Ich möchte nicht erst die heute bereits zitierten bewaffneten Zöllner erwähnen. Viel entscheidender ist, dass Handwerk und Mittelstand unter einen Generalverdacht gestellt werden, ihre Beschäftigten auszubeuten.

(Abg. Konrad Epple CDU: Richtig!)

Das ist die verheerende Wirkung bei den Tausenden Handwerksbetrieben und Mittelständlern, die ohnehin das Gefühl haben, mit der Arbeitsstättenverordnung, den Überlegungen für eine Neuregelung bei der Erbschaftsteuer zulasten der Familienunternehmen, der Allergiedeklarationsverordnung in der Gastronomie, den zu zahlenden Steuern und Abgaben sowie den steigenden Energiepreisen genug an Vorgaben und Belastungen zu tragen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nach anfänglichen deutlichen Protesten scheinen viele Verbände und Unternehmen resigniert zu haben. Wer vonseiten der Kammern, des Landesbauernverbands, des Handelsverbands, des DEHOGA, der Schausteller und Marktkaufleute gedacht hat, der Protest würde etwas bringen, scheint sich getäuscht zu haben. Im Gegenteil: Die SPD fühlt sich voll und ganz bestätigt; denn je lauter die Proteste waren, umso stärker war die Aufmerksamkeit für die SPD, und nichts scheint momentan für diese Partei wichtiger zu sein.

Wir Freien Demokraten begleiten die Auswirkungen dieser Regelung sehr aufmerksam. So haben wir im Januar und März 2015 parlamentarische Initiativen dazu auf den Weg gebracht, die sich mit den konkreten Auswirkungen, der Kontrolle, der Sanktionierung und der rechtlichen Klarstellung beschäftigen. Es lohnt sich, diese Initiativen noch einmal zur Hand zu nehmen.

In der Antwort der Landesregierung vom 16. März finden sich viele Sätze, aus denen hervorgeht, dass Auswirkungen auf die Arbeit in Vereinen und Verbänden, bei Praktika und durch die bürokratischen Anforderungen insgesamt noch nicht abzusehen seien.

Jetzt kommt allmählich die Zeit, sehr geehrte Damen und Herren, in der die Folgen abzusehen sind. Was bedeutet das an bürokratischem Mehraufwand für die Betriebe? Wie sieht der Alltag aus? Ist es nicht an der Zeit, die Arbeitszeitgesetzgebung kritisch zu hinterfragen? Ich spreche von einer grundsätzlich Hinterfragung und nicht von einer, wie im April 2015 geschehen, gnädigen Erlaubnis der Landessozialministerin für das Cannstatter Frühlingsfest, für das sie längere Arbeitszeiten genehmigte. Wenn Sie heute mit Schaustellern auf dem Wasen reden, erfahren Sie, dass diese Ausnahme übrigens mit weiteren Dokumentationspflichten und unpraktikablen Regelungen verbunden ist.

(Zuruf der Ministerin Katrin Altpeter)

Die zweite Initiative von unserer Seite, die im April beantwortet wurde und sich für dringend notwendige Änderungen und Klarstellungen einsetzte, ist ein Musterbeispiel dafür, wie gleichgültig die Landesregierung mit der betrieblichen Praxis umgeht. Alle Fragen wurden mit dem Verweis auf die Sitzung des Koalitionsausschusses vom 23. April beantwortet und abgebügelt. Ich darf in Erinnerung rufen, dass das einzige Ergebnis dieser Sitzung die Feier des Geburtstags von Herrn Oppermann war. Soll das die Antwort auf die Fragen zu den Dokumentationspflichten, zu den unklaren Regelungen bei Haftungsfragen und den Erleichterungen bei Praktika sein? Wenn Sie das ernsthaft so stehen lassen wollen, dann sagt das viel darüber aus, wie ernst Sie die Anliegen des Mittelstands bzw. des Handwerks nehmen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

(Niko Reith)

Sie werden nun versuchen, angebliche Vorteile dieser flächendeckenden Regelung aufzuzählen. Wir kennen sie bereits: angeblich mehr Jobs in vielen Bereichen, so in der Gastronomie, und weniger Minijobs. Ich halte es für ziemlich abenteuerlich, den Mehrbedarf an Arbeitskräften aufgrund der guten konjunkturellen Lage, in der wir uns befinden, mit dem Mindestlohn zu erklären. Vielleicht wären noch mehr Jobs entstanden, wenn es den flächendeckenden Mindestlohn nicht geben würde. Das kann niemand wissenschaftlich belegen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Schade!)

Wir Freien Demokraten kümmern uns weniger um Statistiken. Wir wollen wissen, was die Auswirkungen in der Realität vor Ort sind. Wenn Sie mit Gewerbetreibenden sprechen, dann bekommen Sie momentan sehr oft die Aussage, dass Mindestlohnregelungen mit ihren Einschränkungen und dem bürokratischen Aufwand irgendwie auch noch gestemmt werden müssten.

Das passt sehr gut in das Konzept der augenblicklichen Regierungen auf Bundes- und Landesebene, wenn es darum geht, die Belastbarkeit der Wirtschaft auszuprobieren. Neue Belastungen kündigen sich bereits an: Führende Gewerkschaftsfunktionäre und die Bundesarbeitsministerin fordern flächendeckende Mindestlöhne in Höhe von 10 € und mehr pro Stunde.

Momentan kann das vielleicht alles noch gestemmt werden. Die gute wirtschaftliche Lage macht vieles leichter. Eines muss aber allen Beteiligten klar sein: Wir verlieren mit solchen Regelungen völlig unnötig ein Stück Flexibilität bei einer immer stärkeren Bürokratie.

Sie nehmen mit diesem Gesetz wieder ein Stück Gestaltungsspielraum weg, und das werden wir spätestens dann merken, wenn es wirtschaftlich nicht mehr so gut läuft.

Bereits jetzt stößt das Mindestlohngesetz an seine Grenzen, wenn es um die Integration von Flüchtlingen geht. Bereits jetzt müssen Wege gesucht werden, Praktika für Flüchtlinge unabhängig vom Mindestlohn zu gestalten. Sobald es praktisch wird, stößt dieses Gesetz an seine Grenzen. Wenn es wirtschaftlich nicht mehr so gut läuft, können und werden diese Grenzen schmerzhaft sein.

Der eigentliche Schaden dieses Gesetzes lässt sich aber nicht in Zahlen messen. Beim Mindestlohn werden nicht nur die Arbeitszeiten dokumentiert, sondern diese Regelung ist eine Dokumentation des Misstrauens in die Wirtschaft, in Handwerk und Mittelstand. Diese fühlen sich als Ausbeuter diffamiert, was die Realität in kleinen und mittleren Betrieben in keiner Weise trifft. Es wird deutlich: Die Landesregierung tut nichts, um sich vor Mittelstand und Handwerk zu stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Konrad Epple CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Klare Ansage: Niemand soll ein Geschäftsmodell auf Ausbeutung betreiben. Das ist unethisch, unchristlich und entspricht nicht dem Unternehmerbild, das wir, die CDU, haben.

Es mag Ausnahmen geben, aber flächendeckend ist der gesetzliche Mindestlohn für das Handwerk und für den Mittelstand in unserem Land kein Problem – eher für den Finanzund Wirtschaftsminister. Wenn wir beide auf Reisen sind, verhält er sich aufgeschlossener und weniger sozialdemokratisch. Ohne Leni Breymaiers Fuchtel ist er viel entspannter.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Vor einem Jahr war ich mit ihm in Myanmar, dem Land der Pagoden und goldenen Dächer. Dort besuchten wir eine Fabrikhalle, so groß wie ein halbes Fußballfeld, wo in schwüler Luft, wie an einer Perlenschnur gereiht, Hunderte junge Frauen mit apathischen Gesichtern für ein schwäbisches Textilunternehmen an Nähmaschinen arbeiteten. Auch der Minister versuchte sich an einer Nähmaschine an einem Strickmuster. 33 Cent pro Stunde bekommen die Frauen, sagte man uns. 33 Cent für ein 5-€-Wegwerf-T-Shirt beim Discounter – der Minister fand es toll.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Das ist dort der Mindestlohn!)

33 Cent, das ist mehr, als ein Praktikant im Kultusministerium bekommt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Dieser Tage waren wir in Persien, im Iran, in Teheran und Isfahan,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Du kommst aber herum, mein Lieber! – Abg. Walter Heiler SPD: Sie kommen aber herum! – Abg. Rita Haller-Haid SPD: Toll, wenn man im Wirtschaftsausschuss ist!)

ein wunderbares Land mit gastfreundlichen Menschen, jahrzehntelang berüchtigt als "Achse des Bösen" und isoliert wegen des Embargos. Jetzt baut der Iran seine Nuklearanlagen ab und löst sich von den Fesseln der Sanktionen. Das Land ist reich an Öl und Gas, hat aber eine Arbeitslosenquote von 25 %. Mit dem Segen der Mullahs werden jetzt Investoren ins Land gebeten. Deutsche Unternehmer sind besonders begehrt. Sieben Freihandelszonen errichtet der Iran. Ausländische Investoren sind dort 20 Jahre lang von der Einkommen- und der Körperschaftsteuer befreit.

(Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Was ist das Thema?)

Seit 1968, seit den Zeiten des Schahs, besteht ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland. Kapital und Profit können unbeschränkt zurückgeführt werden. Der deutsche Fiskus kann die Hand nicht aufhalten – ein Steuerparadies, attraktiver als die Kaimaninseln. In diesen Freihandelszonen gibt es kein Arbeitsrecht.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wir sind aber beim Mindestlohn in Deutschland!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Ein promovierter Ingenieur ist dort mit 500 Dollar monatlich sehr gut bedient.

Wir besuchten eine Firma, die Glaswaren herstellt. Ihre Maschinen waren schon zu Kaiser Wilhelms Zeiten veraltet. In der Fabrikhalle herrschte unerträglicher Lärm, überall Feuer und Rauch wie bei Dantes "Inferno".

(Abg. Walter Heiler SPD: Thema! Tagesordnung! – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Unvorstellbar, welchen Arbeitsbedingungen die Arbeiter dort ausgesetzt sind. Der deutsche Mindestlohn – ein Traum.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Der Minister lässt träumen.

(Zuruf: Thema!)

Er will, dass baden-württembergische Unternehmen dort mit finanzieller Unterstützung der L-Bank investieren. So sieht sie aus, die ethische Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten.

Mindestlohn – ein Exportschlager. Der grüne OB Salomon in Freiburg pflastert mit Basaltsteinen aus Vietnam, gehämmert auf dem Rücken von Kindern, den Platz um die Unibibliothek und die Alte Synagoge. Kinderarbeit ist billiger als Mindestlohn in den Steinbrüchen des Schwarzwalds.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Export-schlager!)

Das ist das neoliberale Gesicht der grünen Wirtschaftspartei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP-Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Oh Mann, Mann, Mann! Unglaublich!)

"Gutes Geld für gute Arbeit" ist für mich eine Frage der Menschenwürde. Da bin ich gar nicht weit weg von den Sozialdemokraten. Aber ich verdächtige den Mittelstand nicht des kollektiven Lohndumpings. Die Mittelständler in unserem Land brauchen keinen betreuten Mindestlohn. Sie brauchen keine gesamtgesellschaftliche "Betriebsrats-Nanny", die mit einer Mindestlohnmeldeverordnung und einer Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung adipöse Amtsschimmel aus dem Gestüt Nahles in die Betriebe jagt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Diese bürokratischen Durchführungsverordnungen entziehen sich der parlamentarischen Kontrolle. Sie waren im Bund nie von der CDU gewollt, Kollege Reith. Schlimmer noch: Der Unternehmer haftet als Bürge für den Mindestlohn in seiner Subunternehmerkette – ein unkalkulierbares Risiko und ein immenser bürokratischer Aufwand.

(Zuruf der Ministerin Katrin Altpeter)

92 % der mittelständischen Unternehmen klagen über Bürokratiebelastung, sagt eine Emnid-Studie. Offenbar sind Ihnen diese Klagen gleichgültig.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Ach Gott!)

Diese Woche war ich bei einem Bäckerbetrieb in meinem Wahlkreis, einem Familienunternehmen in dritter Generation. Der Inhaber war sehr betroffen. Der Zoll, in Uniform und bewaffnet, kam zu Besuch, legte den Betrieb lahm und vernahm die Mitarbeiter – ohne Ergebnis. Der Bäcker fühlte sich wie ein Schwerverbrecher.

(Zuruf von den Grünen: Oje!)

Er lässt seinen Dank ausrichten für Umsatzverlust und Imageschaden.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Ich bin ein empathischer Mensch und habe Gefühl für grünrotes Misstrauen – Mitleid.

(Abg. Walter Heiler SPD: Gefühl wie ein Ochse!)

Nicht der betreute Mittelständler darf das Leitbild der Politik sein, sondern der mündige Unternehmer mit seinen freien Entscheidungen muss es sein.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Die Landesregierung redet viel über Gerechtigkeit und Verteilen, aber nie darüber, wie die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht werden soll. Keines der Gesetze, die Sie in den letzten viereinhalb Jahren verabschiedet haben, war ein politisches Signal für mehr Investitionen, für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Es ist halt nur so gekommen!)

Planwirtschaft, Bürokratie und Belastung, das sind die Markenzeichen Ihrer Politik.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Deswegen haben wir so eine niedrige Arbeitslosenquote!)

Papst Franziskus sagt in seiner Lehrschrift Evangelii Gaudium: Wir brauchen

... die edle Arbeit eines Unternehmers, der fähig ist, die Güter dieser Welt zu mehren und für alle zugänglicher zu machen, um damit dem Gemeinwohl zu dienen.

Es sind nicht der Staat und die Politik, die Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen, sondern Menschen, es sind Unternehmer. Also muss man deren Eigenverantwortung fördern und darf sie nicht durch Bürokratie bevormunden und blockieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Letzteres aber ist grün-rote Politik.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Es verwundert nicht, dass immer mehr junge Menschen nicht selbstständig werden wollen. Etwas zu unternehmen ist suspekt, etwas zu unterlassen wünschenswert.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Der Unterlasser ist der Held im Erdbeerfeld, wo der Lebensunterhalt aus der Staatskasse kommt und die Übernahme von Eigenverantwortung verdächtig macht.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Zeit!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum alle neuen Innovationen nicht mehr aus Deutschland kommen? Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum wir bei der Digitalisierung einen Stehplatz auf den Zuschauerrängen haben? Bei neuen Technologien sind wir nur noch Mitläufer und nicht mehr Gestalter.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Redezeit!)

Das ist Ihre Wirtschaftspolitik. Die Unternehmen brauchen weniger Bürokratie und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Frau Nahles sagt, der Mindestlohn und ihre Verordnungen "sind die größten Reformen seit Jahrzehnten und stärken die soziale Marktwirtschaft". Ludwig Erhard hätte das nicht gewollt. Er setzte auf Leistung des Einzelnen, nicht auf Bevormundung und nicht auf Wellnessoasen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

An Ihrer Planwirtschaft wird sich die Welt nicht ausrichten, sondern an Leistung und Eigenverantwortung.

Ich hatte gehofft, der Himmel würde der Landesregierung ein wenig Hirn runterwerfen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Sie hat er nicht getroffen!)

Aber so viel Hirn, da ist selbst der Himmel bei Ihnen überfordert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aloisius lässt grüßen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich das Wort Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zurück zum Thema "Mindestlohn in Handwerk und Mittelstand", das die FDP/DVP beantragt hat. Heute ist der 1. Oktober. Heute ist der Tag, an dem der branchenspezifische Mindestlohn in der deutschen Fleischindustrie, den es immer noch gibt, auf 8 € steigt. Er steigt auf 8 €, weil für diese schlecht bezahlte Branche ein Stufenplan ausgearbeitet worden ist, wie sie nach und nach den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € erreicht. Diesen erreichen heute die Beschäftigten der Fleischindustrie noch nicht. Ab heute sind es 8 €, eine Folge des von CDU und SPD auf Bundesebene beschlossenen Mindestlohngesetzes.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie können sich heute hier entscheiden: Sind Sie dafür, dass auch die Beschäftigten in der Fleischindustrie heute dabei sind? Meine Fraktion unterstützt dies.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Sabine Wölfle SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Spärlicher Beifall! – Abg. Claus Paal CDU: Das ist ein Tarifvertrag! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der Lohn wäre nicht gestiegen, wenn es diese Vereinbarung nicht gäbe, wie auch die Fleischindustrie nach und nach auf 8,50 € kommt.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Nun sind wir in Baden-Württemberg. Das Fleisch, das für die Wurst in den Supermärkten in unserem Land verarbeitet wird, wird ganz oft nicht in Fabriken bei uns hergestellt, sondern in den großen Fabriken z. B. in Niedersachsen. Deswegen ist Baden-Württemberg als Arbeitsstandort nicht so sehr davon betroffen, die Verbraucherinnen und Verbraucher im Land aber sehr wohl.

Aber auch bei uns in Baden-Württemberg schützt der Mindestlohn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping. Er trägt dazu bei, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von Zahlungen für aufstockendes Arbeitslosengeld II zu entlasten, und er trägt dazu bei, dass der Mittelstand und das Handwerk in unserem Land nicht in einem verzerrten, sondern in einem fairen Wettbewerb unterwegs sind und mit ihren Kompetenzen und fair bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Aufträge an Land ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deswegen unterstützen wir den seit 1. Januar geltenden gesetzlichen Mindestlohn weiterhin ganz grundsätzlich. Es stimmt, dass das, was man messen kann, nämlich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, in den entsprechenden Branchen gestiegen ist. Die Zahlen sind durchaus erheblich: im Gastgewerbe und im Handel mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, weniger Aufstocker. Selbstverständlich gibt es auch einen konjunkturellen Effekt. Diesen kann man nicht genau bemessen. Wir müssen die Daten nehmen, die wir haben, und diese besagen: Es geht in die richtige Richtung.

Natürlich ist nichts so gut, dass man es nicht noch verbessern kann. Das gilt ganz bestimmt auch für Beschlüsse von CDU und SPD auf Bundesebene. An dem bürokratischen Aufwand gab es berechtigte Kritik, gerade aus dem Handwerk und auch aus der Landwirtschaft. Darum begrüßen wir es, dass die Bundesarbeitsministerin den bürokratischen Aufwand beim Mindestlohn nun verringert hat, dass die Dokumentationspflichten in den neun Branchen bei langfristigen Beschäftigungsverhältnissen mit einem regelmäßigen monatlichen Arbeitsentgelt von über 2 000 € brutto nicht mehr gelten, dass sie nicht mehr bei Familienangehörigen gelten und dass man für den Transitverkehr jetzt eine eigene Regelung finden muss. Das ist pragmatisch, das war an der Zeit, und das finden wir richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir erwarten weiter von der Bundesregierung und den Bundesbehörden eine praktikable Herangehensweise. Viel Kritik am Mindestlohn bezieht sich ja eigentlich auf das Arbeitszeitgesetz, das jetzt auf einmal näher betrachtet wird. Dass Arbeitnehmer nicht mehr als acht Stunden am Tag arbeiten sollen, ist natürlich eine wichtige Errungenschaft der Arbeitnehmerbewegung. Dennoch sieht die Praxis oft anders aus. Das ist nicht in jedem Fall ganz verwerflich. Es gibt beispielsweise Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier in der Region,

(Andrea Lindlohr)

die jeden Herbst zwei, drei Wochen lang in die Weinlese rund um Stuttgart gehen und da aushelfen, nachdem sie beim Daimler mit der Schicht fertig sind. Solche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Betriebe sollten nicht unnötig gegängelt werden. Die Ausnahmen, die man machen kann, die es für klassische Saisonarbeitskräfte schon gibt, sollten auch ganz praktisch Anwendung finden, damit die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Betriebe nicht in den Ruf der Illegalität kommen. Hier verlangen wir Augenmaß.

(Beifall bei den Grünen)

Völlig fehl geht die Forderung, die der Kollege Rülke heute Morgen bei der Regierungserklärung ausgesprochen hat und die wir im Bund z. B. vom Abgeordneten Jens Spahn gehört haben, den Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Völliger Quatsch!)

Das ist wirtschaftspolitischer Unsinn, das ist gesellschaftspolitischer Unsinn, und dem stellen wir uns entgegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Rainer Hinderer SPD: Bravo!)

Gesellschaftspolitisch ist es hochgefährlich, zu sagen: Es soll wieder eine neue Zeit des Lohndumpings kommen, weil die Flüchtlinge da sind. Wenn etwas Ängste schüren kann, dann so etwas. Das ist die völlig falsche Richtung.

Integrationspolitisch wäre das Signal, das damit verbunden wäre: Flüchtlinge sollen eigentlich nur im Niedriglohnsektor arbeiten und am besten auch möglichst lange als Aufstocker Transferleistungsempfänger sein. Denn bei unter 8,50 € ist es kaum anders möglich, über die Runden zu kommen. Daher kommen ja diese Zahlen bei den Aufstockern. Wir haben heute gemeinsam gesagt: Integration von hier Ankommenden ist die nächste große Aufgabe. Also darf man auf keinen Fall diesen integrationspolitisch falschen Schritt machen, den Mindestlohn hier auszusetzen.

Wirtschaftspolitisch würde tatsächlich die Aussetzung des Mindestlohns das Lohndumping in den prekären Branchen wie der eben zitierten Fleischindustrie wieder fördern. Dem stellen wir uns entgegen. Das wäre ein völlig falsches Signal. Ich danke durchaus dem Kollegen Volker Kauder im Deutschen Bundestag, der das jetzt inzwischen auch zurückgewiesen hat. Wir sind sehr froh, dass das wohl nicht kommen wird, und hoffen, dass alle Töne dazu auch bald vorüber sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das will auch unser Handwerk nicht. Die wollen gut zahlen und keinen verzerrten Wettbewerb. Gestern beispielsweise traf ich zufällig hier in der Lobby Herrn Thomas Conrady. Er ist Landesinnungsmeister der Gebäudereinigerinnung und Präsident der IHK Hochrhein-Bodensee. Er hatte gestern hier Gespräche. Wir hatten auch schon Gespräche mit ihm. Vielleicht stehen Sie ja auch in Kontakt mit ihm. Er sagte: Jetzt bloß nicht den Mindestlohn wegen der Flüchtlinge aufheben!

(Ministerin Katrin Altpeter: Genau!)

Ich hoffe, er sagt es auch Ihnen, wenn Sie mit ihm sprechen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD zu CDU und FDP/ DVP: Sie müssen nur zuhören!)

Mit dieser Forderung, die Herr Rülke heute Morgen hier nochmals erhoben hat, tun Sie dem Handwerk und dem Mittelstand einen Bärendienst, und Sie schaden der Integration. Das kann sich unser Land nicht leisten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Er hat gar nicht zugehört!)

Ich weiß sehr wohl, dass Herr Präsident Kulitz diese Forderung aufgestellt hat. Aber es gibt auch ganz andere Perspektiven, und ich denke, die IHKs werden sich hier mit ihren Positionen noch miteinander beschäftigen. Das Handwerk denkt schon in eine ganz andere Richtung. Es gibt eine Resolution des Beirats des BWHT vom März. Die fragen: Was sind denn jetzt die Folgen aus dem Mindestlohn? Die Folgen, die sie ableiten, sind: Wir brauchen mehr soziale Sicherung für Soloselbstständige. In diese Richtung laufen die Gedanken bei unserem Handwerk, und das finden wir richtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben vielleicht gesehen: Es gibt eine dpa-Meldung von heute über eine Umfrage des BWHT unter seinen Mitgliedsbetrieben. Die Überschrift ist: "Gute Stimmung im Südwesthandwerk". Demnach gehen mehr als zwei Drittel der Betriebe optimistischer in das Jahr als im Vorjahr.

Wir unterstützen das Handwerk, den Mittelstand, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir unterstützen einen Mindestlohn, der praktikabel umgesetzt wird und gegen Lohndumping hilft, und das alles zum Wohl unseres Landes. In diese Richtung gehen wir.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ganz kurz zum Herrn Kollegen Löffler.

(Abg. Walter Heiler SPD: Lohnt sich nicht!)

Ich weiß nicht, was Sie mit Ihren Einlassungen zum Arbeitsmarkt in Fernost und im Mittleren Osten bezwecken wollen, ob Sie uns ins arbeitsmarktpolitische Mittelalter zurückführen wollen oder was der Sinn ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Aber eine Erinnerung sei mir doch erlaubt. Es handelt sich beim Mindestlohngesetz keinesfalls um ein grün-rotes Gesetz des Landes Baden-Württemberg, sondern um ein Bundesgesetz, und Koalitionspartner sind da die CDU/CSU und die SPD. Insofern haben Sie das mit beschlossen.

Herr Reith, es ist richtig, dass, wenn ein Gesetz eine gewisse Zeit in Kraft ist, einmal ein Blick darauf geworfen werden soll, dass es überprüft werden soll. Das machen wir auch. Was ist passiert seit Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes am 1. Januar 2015? Bundesweit profitieren 3,7 Millionen Be-

(Rainer Hinderer)

schäftigte, die vorher im Niedriglohnsektor gearbeitet haben, vom Mindestlohn. 87 % – das ergab eine aktuelle Umfrage in der Bevölkerung – stehen hinter dem Mindestlohn.

Blicken wir einmal auf die Entwicklungen in unserem Bundesland – ich sage nicht, ursächlich hierfür sei allein der Mindestlohn; ursächlich ist vielmehr vor allem unsere tolle konjunkturelle Situation –: Bei uns in Baden-Württemberg ging die Zahl der Arbeitslosen zurück, und zwar um fast 4 000 gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der freien Stellen ist gegenüber dem Vorjahresmonat um über 10 000 angestiegen. Insbesondere ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2,1 % angestiegen – Nebenbemerkung: im Gastgewerbe um 5,5 %.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha!)

Wer die Presselandschaft gestern und heute mit Blick auf die Auswertung der Arbeitsmarktzahlen für den Monat September anschaut, weiß, wie die Schlagzeilen lauten: "Arbeitsmarkt in Bestform".

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha!)

Aktuell ist da vielleicht schon der Ärger der FDP zu spüren – der Ärger über ihren eigenen wirtschaftspolitischen Sachverstand. Schauen wir einmal auf die letzte Aktuelle Debatte zum Thema Mindestlohn. Herr Fraktionsvorsitzender Rülke, am 27. März 2014 sagten Sie – ich zitiere –:

Wer aber zu hohe Löhne

- zur Erinnerung: es ging um 8,50 € -

verordnet, der vernichtet Arbeitsplätze. Und genau das wird die Folge dieser populistischen und verantwortungslosen Politik sein.

So viel zu den wirtschaftspolitischen Prognosen der FDP.

Was eingetreten ist – das ist richtig; es ist bereits angesprochen worden –: Die Zahl der Minijobs ging zurück, und zwar um 3,2 % seit September letzten Jahres. Hierzu zwei Anmerkungen: Auf den ersten Blick ist dies eine positive Entwicklung. Wenn es ein Umwandlungseffekt ist – der Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse weist darauf hin –, dann ist es gut, wenn geringfügige Beschäftigung zugunsten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zurückgeht. Denn geringfügige Beschäftigung ist eine der Hauptursachen für Altersarmut, und zwar aufgrund der fehlenden Beitragszahlungen.

Zweite Anmerkung – darauf muss man noch einmal schauen –: Es muss noch einmal evaluiert werden, in welchen Bereichen die Minijobs weggefallen sind. Betrifft dies diejenigen, die ausschließlich von Minijobs leben müssen – was so gut wie nicht möglich ist –, oder betrifft es Beschäftigte, die einen Minijob als Zweit- oder Drittjob haben, Rentner, Studenten und andere? Dieses Thema muss in der weiteren Evaluation sicher noch einmal genau angeschaut werden.

Auch das "Bürokratiemonster" wurde wieder angesprochen. Ich zeige es Ihnen einmal. Sie können aber ruhig sitzen bleiben; es beißt nicht, es ist auch nicht gefährlich. Es sieht in etwa so aus:

(Der Redner hält eine Tabelle hoch.)

Als Überschrift steht dort "Stundenzettel", die Spalten lauten "Datum", "Beginn", "Ende" und "Arbeitszeit". Ich habe solche Stundenzettel übrigens vor 35 Jahren während meiner Schreinerlehre auch schon ausgefüllt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wie machen Sie das bei den Subunternehmern?)

Für diejenigen, denen dies zu kompliziert ist und die technikbegeistert sind, gibt es dies sogar als kostenlose App beim BMAS.

(Der Redner hält einen weiteren Ausdruck hoch.)

So viel zum Thema "Bürokratiemonster".

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wie ist das bei den Subunternehmern?)

Die Hauptkritik geht in Richtung Arbeitszeitgesetz. Dieses Gesetz ist am 1. Juli 1994, also vor 20 Jahren, in Kraft getreten. Pflegen wir einmal ein bisschen die Erinnerungskultur: Schwarz-gelbe Bundesregierung, der Bundesminister hieß Günter Rexrodt. In den letzten 20 Jahren gab es einige Bundeswirtschaftsminister von der FDP. Wenn diese Minister in diesen 20 Jahren so viel Energie darauf verwendet hätten, die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes zu gewährleisten, dann wäre heute beim Thema Mindestlohn schon viel Dampf aus dem Kessel genommen.

Letztes Stichwort: Thema Kontrollen. In Baden-Württemberg haben seit Anfang dieses Jahres 2 706 Arbeitgeberüberprüfungen stattgefunden. Es gab lediglich 55 Ordnungswidrigkeiten.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Aha!)

Das heißt, die Arbeitgeber bei uns im Land gehen in aller Regel sehr verantwortlich mit dem Thema um. Das verdient ein Lob, und da wird überhaupt niemand unter Generalverdacht gestellt; das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Insofern: Das Mindestlohngesetz im Bund und das Tariftreuegesetz im Land sind wesentliche Pfeiler für das Konzept "Gute Arbeit": mehr Lohn, mehr Beschäftigte, mehr Gerechtigkeit. Der Mindestlohn wirkt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Sozialministerin Altpeter.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist so, und es bleibt dabei: Der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 € ist ein Meilenstein in der Sozialpolitik; denn er ist getragen vom Grundgedanken der Gerechtigkeit, und er hat die Intention, es arbeitenden Menschen zu ermöglichen, von ihrem ehrlich verdienten Geld leben zu können. Das ist nichts anderes als recht und billig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Deshalb – auch das ist eine logische Konsequenz – haben fast 87 % der deutschen Bevölkerung die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützt. Im Übrigen, sehr geehrte Herren von der FDP/DVP-Fraktion, wird der gesetzliche Mindestlohn auch in Ihrer Partei mehrheitlich unterstützt, nämlich von 63 % der Mitglieder.

Lieber Herr Kollege Löffler, auch wenn Sie versuchen, mit Ihren doch sehr poetischen Reisebeschreibungen zu übertünchen, dass auch Ihre Fraktion im Deutschen Bundestag maßgeblich an der Einführung des Mindestlohns beteiligt war,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

sollten Sie an dieser Stelle – trotz aller schönen Beschreibungen der fremden Länder – doch nicht vergessen, dass auch 79 % Ihrer Parteimitglieder den gesetzlichen Mindestlohn richtig finden. Ich meine, heute ist es hier im Landtag von Baden-Württemberg nicht an der Zeit, so zu tun, als würde man in Berlin von einer anderen Koalition regiert, einer Koalition, mit der man absolut nichts zu tun hat. Das, lieber Herr Löffler, ist nicht gerade redlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich schätze den Fleiß derjenigen, die entsprechende Anfragen verfassen, und ich schätze die Gedanken, die dahinterstehen. Aber entgegen aller diesbezüglicher Annahmen hat kein Abbau von Arbeitsplätzen stattgefunden. Die monatlichen Arbeitsmarktstatistiken belegen eindrucksvoll, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht abgenommen, sondern sogar zugenommen hat. Rückläufige Zahlen – da mögen Sie recht haben, lieber Kollege von der FDP – findet man allenfalls bei den Minijobs, und das ist auch gut so; denn Minijobs führen nicht nur zu einem nicht auskömmlichen Lebensunterhalt, sondern sie führen in der Folge vor allem zu nicht auskömmlichen Renten und damit auf direktem Weg in die Grundsicherung. Das aber kann nicht unser Anliegen sein.

Was mich auch wundert, ist, mit welcher Vehemenz, mit welcher Sicherheit Sie hier unter die Leute bringen, das gesamte Handwerk und die gesamte Industrie seien gegen den Mindestlohn und wir würden ihnen Dinge vorschreiben, die bar jeder Notwendigkeit sind. Ich empfehle Ihnen einfach, sich noch einmal mit den entsprechenden Personen ins Benehmen zu setzen, mit dem Handwerk zu reden, mit der Industrie zu reden. So sagte der Vizepräsident des Deutschen Handwerkskammertags, Klaus Feuler, bereits Ende April im "Handelsblatt", von einem Bürokratiemonster könne beim Mindestlohn keine Rede sein, und so sagt der zuvor von Frau Lindlohr zitierte Präsident der Handwerkskammer und der Innung: "Wir sind froh über die Einführung des Mindestlohns, denn er garantiert auch uns als Arbeitgebern Sicherheit."

Auch wenn Sie dies von uns nicht zur Kenntnis nehmen wollen – das kann ich zu einem gewissen Teil vielleicht sogar noch verstehen –, wäre es, finde ich, doch angebracht, dass Sie wenigstens die Aussagen derer zur Kenntnis nehmen, die Sie vorher als Zeugen gegen den Mindestlohn angeführt hatten. Das wäre dann wenigstens noch fair und anständig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nun zum Thema Bürokratiemonster: Der Begriff "Bürokratiemonster" verursacht bei uns allen Vorstellungen von meter-

dicken Aufzeichnungen, die minutiös geführt werden müssen, die die Menschen noch mehr beschäftigen als die eigentliche Arbeit. Das vermittelt der Begriff "Bürokratiemonster".

Wenn man sich das einmal genauer anschaut, dann stellt man fest, dass es die Aufzeichnungspflichten und die gesetzlichen Bestimmungen zur Arbeitszeit sind, die aufgrund des Mindestlohns in den Fokus gerückt sind. Aufzeichnungspflichten müssen sein; denn sonst könnte ein Mindestlohn weder überprüft noch durchgesetzt werden. Wer sich also heute gegen die Aufzeichnungspflichten positioniert, der sollte lieber Klartext reden und sagen, dass er keinen Mindestlohn will. Das wäre ein ehrlicher Beitrag zur Debatte.

Die Aufzeichnungspflichten dienen nicht dazu, den redlichen Arbeitgeber zu drangsalieren und zu quälen, sondern dazu – das ist durchaus eine staatliche Aufgabe –, die unredlichen Arbeitgeber herauszufischen. Wenn Sie sich das von Ihnen Bürokratiemonster genannte Papier einmal anschauen, dann stellen Sie fest, dass es sich um ein solches DIN-A-4-Papier handelt.

(Die Rednerin hält ein Schriftstück hoch.)

Oben steht der Name. Außerdem werden das Datum, Arbeitsbeginn und Arbeitsende festgehalten. Unten werden die Stunden addiert und die Arbeitszeit um die Pausen gekürzt. Wenn mir jetzt irgendjemand erzählen will, dass es sich hierbei um ein Bürokratiemonster handelt, dann muss ich fragen, ob es nicht eine intellektuelle Überforderung erster Güte darstellt, wenn wir Gesetze und Verordnungen beschließen und diese dann umzusetzen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich will nicht verhehlen, dass ich natürlich auch mit zahlreichen Unternehmerinnen und Unternehmern über Aufzeichnungspflichten gesprochen habe.

(Glocke der Präsidentin)

Ich habe mir die Bürokratiemonsterfrage noch einmal zu Gemüte geführt. Im Ergebnis war das Verständnis groß. In Bezug auf den Aufwand gab es unterschiedliche Einschätzungen. Eines ist jedoch sehr deutlich geworden: Viele wussten offensichtlich gar nicht, auf welche einfache Art und Weise solche Aufzeichnungen erfolgen können. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Haußmann?

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Nein.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie hat gerade gesagt: "Soll mir hier irgendeiner sagen …"! Jetzt lässt sie keine Zwischenfragen zu! Das ist inkonsequent! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sonst kommt der Redeschwung zum Erliegen!)

Im Übrigen – das sei an dieser Stelle auch gesagt – hat die Bundesregierung mit den Stimmen Ihrer Fraktion, Herr Löffler, in Berlin inzwischen Erleichterungen beschlossen, und zwar insbesondere in Bezug auf den Schwellenwert beim Mo(Ministerin Katrin Altpeter)

natseinkommen, der auf 2 000 € abgesenkt wurde. Dies gilt aber auch für ausschließlich mobile Tätigkeiten und die Beschäftigung von engen Familienangehörigen. Ich denke, dass man dabei den berechtigten Interessen vieler kleiner Betriebe entgegengekommen ist. Sie wissen, dass wir diese Vereinfachungen auch unterstützen.

Was nun allerdings die Arbeitszeitregelung betrifft, so finde ich es nur angebracht, im Sinne der Klarheit und Wahrheit auch zu sagen, um was es geht, nämlich nicht um den Mindestlohn, sondern um das von Schwarz-Gelb im Jahr 1994 eingeführte Arbeitszeitgesetz, das mit der Intention eingeführt wurde, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor gesundheitlichen Belastungen zu schützen, die entstehen, wenn pro Tag mehr als acht Stunden gearbeitet wird.

Anstatt sich heute zu überlegen, wie man ein bestehendes Arbeitszeitgesetz, das die eigenen Leute auf den Weg gebracht haben, umgehen kann, sollte man sich wirklich einmal überlegen, was es bedeutet, wenn man sich jetzt über Aufzeichnungspflichten beschwert, die ein Gesetz betreffen, das seit 20 Jahren gültig ist und offenbar in den vergangenen 20 Jahren durch nicht fixierte Dokumentationspflichten regelmäßig umgangen worden ist. Da muss ich fragen: Was ist das denn bitte für ein Verständnis von unseren Gesetzen und vom Staat, der dahintersteht?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt zur Frage des Volksfests usw. Im Schaustellergewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Landwirtschaft gibt es – das wissen Sie – für einige Betriebe die Möglichkeit, als Saisonbetrieb anerkannt zu werden und dabei auch längere tägliche Arbeitszeiten genehmigt zu bekommen. Dafür habe ich mich im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz persönlich eingesetzt, damit Flexibilisierungsmöglichkeiten des Arbeitszeitgesetzes genutzt werden können.

Wenn man sich allerdings hier hinstellt und sagt, dass die Schausteller auf dem Volksfest nur zehn Stunden am Stück arbeiten können, das ginge ja wohl gar nicht, dann muss ich fragen, welches Verständnis Sie vom Arbeitszeitgesetz und vom Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich noch einige Worte zu den Kontrollen durch den Zoll sagen. Dabei wird angeblich der einfache Bäcker wie ein Schwerverbrecher behandelt. Ich meine nicht, dass wir jemals in Baden-Württemberg schon einmal eine solche Situation gehabt hätten, abgesehen von einem damals in der Tat kriminellen Bäcker. Aber Spaß beiseite.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Es sind vereinzelt Klagen laut geworden, der Zoll habe durch sein polizeimäßiges Auftreten für Unruhe gesorgt. Der Zoll ist eine Bundesbehörde, die mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet ist. Dazu gehört aus Gründen des Schutzes auch eine Dienstwaffe. Das heißt aber nicht, dass der Zoll jedes Mal wie bei der Verbrechensbekämpfung anrückt.

In Baden-Württemberg gab es im ersten Halbjahr 55 Ordnungswidrigkeitsverfahren in diesem Bereich, die meisten Verfahren im Hotel- und Gaststättenbereich. Ich bin mir sicher, dass der redliche Bäcker sehr wohl weiß, wie er Arbeitszeitvorgaben einzuschätzen hat.

Insofern – das ist ein Vorwurf, den Sie sich gefallen lassen müssen – ist es eine Frechheit, wenn Herr Strobl nun offen ankündigt, dass es in den kommenden Monaten keine Kontrollen mehr durch den Zoll geben werde.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Keine Frechheit, sondern vernünftig!)

Ich finde, das ist geradezu eine Aufforderung zum Missbrauch.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Zudem unterläuft der gute Herr auch noch das, was er auf Bundesebene gemeinsam mit den Sozialdemokraten selbst beschlossen hat. Ich finde, es ist manchmal etwas Reflexion der eigenen Handlung angesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Zusammenfassend können wir heute sagen: Das Mindestlohngesetz funktioniert insgesamt gut. Viele Menschen, vor allem in prekären Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich, erhalten eine faire Bezahlung für ihre Arbeit. Die Spirale der Dumpinglöhne ist durchbrochen. Wichtig ist an dieser Stelle auch, dass sich der ehrliche Arbeitgeber in Baden-Württemberg freut, weil er keine Billigheimerkonkurrenz mehr fürchten muss. Einen Arbeitsplatzabbau hat es auch nicht gegeben.

Meine Damen und Herren, kurzum: Wo ist eigentlich das Problem? Ich sehe kein Problem. Auch die allermeisten Betriebe sehen kein Problem.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Es ist schlicht und ergreifend nun einmal eine Selbstverständlichkeit, dass man sich an bestehende Gesetze hält. Das erwarten wir von allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land. Das kann man auch von den Betrieben und Unternehmen erwarten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schade!)

Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes – Drucksache 15/7330

Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hitzler das Wort.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes steht in direktem Zusammenhang mit der Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Die nähere Ausgestaltung soll im vorliegenden Volksabstimmungsgesetz geregelt werden und behandelt folgerichtig die entsprechenden und erforderlichen Verfahrensregelungen.

Die Änderung der Landesverfassung erleichtert es der Bürgerschaft in unserem Land, sich auch auf Landesebene aktiv und direkt in das politische Leben einzubringen. Unsere repräsentative Demokratie hat sich bewährt. Sie wird aber jetzt durch Elemente der direkten Demokratie ergänzt.

Ein Volksantrag wird eingeführt, der eine Befassungspflicht des Landtags mit dem Gegenstand des Volksantrags dann auslöst, wenn 0,5 % der Wahlberechtigten einen solchen Antrag stellen. Das sind etwa 38 000 Stimmen.

Das bestehende Quorum für das Zustandekommen eines Volksbegehrens, das Unterstützerquorum, wird von einem Sechstel auf ein Zehntel der Wahlberechtigten gesenkt, und bei einer Volksabstimmung über einfache Gesetze erfolgt eine Senkung des Zustimmungsquorums von einem Drittel auf ein Fünftel der Stimmberechtigten. Damit werden die Voraussetzungen für eine Mitwirkung der Bürgerschaft an der politischen Willensbildung und den staatlichen Entscheidungen erleichtert.

Mit der Änderung des Volksabstimmungsgesetzes werden flankierend für den neuen Volksantrag Regelungen des Verfahrens – etwa der Antragstellung, der Zulassungsvoraussetzungen, des Rechtswegs sowie der Frist und der Art der Sammlung – getroffen.

Antragsunterschriften einschließlich der von den Gemeinden auszustellenden Wahlrechtsbescheinigungen sind hierbei in freier Sammlung innerhalb von zwölf Monaten einzuholen.

Ergänzende Regelungen sind für das Volksbegehren vorgesehen, um dessen Durchführung zu erleichtern.

Neben der Senkung des Unterstützerquorums in der Landesverfassung ist als weitere Erleichterung vorgesehen, dass Unterstützungsunterschriften in amtlicher Sammlung über drei Monate und in freier Sammlung über sechs Monate eingeholt werden können. Deshalb müssen nun auch weitere Verfahrensregelungen angepasst werden.

Mit den Anforderungen an die Höhe der Quoren sowie den Zeitraum und die Art der Sammlung ist sowohl für den Volksantrag mit einem Antragsquorum von 0,5 % der Wahlberechtigten und einer freien Sammlung über zwölf Monate als auch für das Volksbegehren mit einem Unterstützerquorum von 10 % der Wahlberechtigten, einer amtlichen Sammlung über drei Monate bzw. einer freien Sammlung über sechs Monate und einem Zustimmungsquorum von 20 % der Stimmberechtigten bei einer Volksabstimmung eine hinreichende Legitimation durch das Volk gewährleistet.

Meine Damen und Herren, da normalerweise die Regierung die Begründung ihrer Gesetzentwürfe vornimmt, wir diesmal aber keine Begründung vorgesehen haben, habe ich dies hier ein bisschen getan. Es kann sein, dass die Kollegen, die nach mir noch sprechen, dies auch machen.

Ich denke, dass die Fristen gut bemessen sind, dass eine hinreichende Aktualität des Gegenstands immer gegeben ist.

Der Gesetzentwurf umfasst eine maßvolle Stärkung der direktdemokratischen Elemente in der Landesverfassung. Deshalb wird die CDU-Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen.

Wir bedanken uns ausdrücklich für das gute Klima bei den Verhandlungen. Insbesondere Ihnen, Herr Sckerl, darf ich danken. Ich glaube, wir haben hier etwas Gutes für die Bürgerschaft bei uns hinbekommen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In der Tat: Das ist wieder ein guter Moment für den Landtag von Baden-Württemberg. Wir haben uns gemeinsam auf ein wichtiges Gesetz verständigt. Neben der Änderung der Verfassung ist das Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes jetzt ein Begleitgesetz. Auch dieses haben wir in ganz kurzer Zeit – es gab eigentlich keine großen Differenzpunkte – auf den Weg gebracht.

Das Gesetz buchstabiert, wie jetzt die Formen direkter Demokratie, die wir in die Verfassung geschrieben haben, umgesetzt werden. Der Kollege Hitzler hat in hinreichender Breite die einzelnen Instrumente, Fristen und Quoren genannt.

Der Bedarf zur Reform des Volksabstimmungsgesetzes ist tatsächlich beträchtlich. Es stammt in seiner jetzigen Fassung aus dem Jahr 1984. Es kam seitdem ein einziges Mal zur Anwendung, nämlich 2011 bei der Volksabstimmung zu Stuttgart 21. Da hat sich schon gezeigt, dass das Gesetz aus Gründen der Anpassung an das Landtagswahlrecht und einer Reihe weiterer Gründe reformbedürftig ist. Dem kommen wir jetzt nach.

Das Gesetz regelt auch, wie das neue Instrument, das wir immer besonders hervorheben, der Volksantrag, funktionieren soll. Adressat ist der Landtag.

Es gibt ein Quorum, das immer noch ehrgeizig, aber auch bewältigbar ist, von 0,5 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, die uns in Zukunft mit Anliegen beschäftigen können. Der Landtag muss sich dann mit Anliegen aus der Bevölkerung, die so legitimiert sind, befassen. Das ist, glaube ich, ein neues Instrument. Ich finde das spannend und betrachte das grundsätzlich als ein gutes Angebot an die Bürgerschaft.

Ich will mich im Wesentlichen darauf beschränken, ein paar wichtige Verbesserungen aus unserer Sicht zu nennen.

Wir führen zum ersten Mal eine freie Unterschriftensammlung ein, vor allem beim Volksantrag. Das heißt, wir erwarten von den Initiatorinnen und Initiatoren – von der Bürgerschaft, die das macht, die das machen will –, dass sie die Unterschriftensammlung binnen zwölf Monaten selbstverantwortlich organisieren. Diese Phase wird nicht in den Amtsstuben, nicht in den Rathäusern stattfinden.

(Hans-Ulrich Sckerl)

In einem späteren Stadium, wenn es zu einem Volksbegehren oder sogar zur Vorbereitung einer Volksabstimmung kommen sollte, gibt es eine Kombination von freier und Amtssammlung. Auch dies ist etwas Neues.

Wir haben Fristen und Quoren – da haben Sie, Herr Hitzler, recht – maßvoll, aber bürgerfreundlicher als bisher ausgestaltet. Wir stärken die Stellung der Initiatorinnen und Initiatoren eines Begehrens oder eines Volksantrags im ganzen Verfahren, indem wir den Vertrauensleuten, also den Repräsentanten eines Antrags, auch eine starke Stellung geben. Diese können z. B. im Landtag gehört werden.

Wir machen das, was es bei der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 gab, durch eine Sollbestimmung verbindlich, nämlich eine amtliche Information, bei der, wann immer es möglich ist, alle an einer Volksabstimmung Beteiligten auch zu Wort kommen sollen.

Der Landtag, die Landesregierung, aber auch die Initiatorinnen und Initiatoren für eine Volksabstimmung haben eine Position. Ich finde es daher sehr wichtig, dass wir dafür sorgen, dass die Bürgerschaft vor einer Volksabstimmung über die jeweiligen Positionen, die in den gewählten Gremien oder von der Regierung vertreten werden, informiert wird.

Kern unserer gemeinsamen Reform ist: Wir wollen es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, sich auf Landesebene aktiv in das politische Geschehen einzumischen. Wir verstehen das ganze Instrument als Ergänzung und in vielen Fällen sicher auch als Korrektiv zu unserer repräsentativen Demokratie, die sich natürlich bewährt hat. Auch dies wird von uns unterstrichen.

Unter dem Strich: ein überzeugendes Angebot, im Konsens erarbeitet. Ich gebe von meiner Seite einen herzlichen Dank an die Kollegen zurück. Die Zusammenarbeit war sehr konstruktiv und sehr angenehm. Ich glaube, auch ein künftiger Landtag wird sich daran orientieren können. So geht interfraktionelle Zusammenarbeit dann, wenn sie angesagt ist, wenn es breiter Mehrheiten bedarf.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Sckerl und der Kollege Hitzler haben es erwähnt: Wir haben in einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit nicht nur eine Änderung der Verfassung, sondern auch eine Änderung des Volksabstimmungsgesetzes erarbeitet.

Der Kollege Hitzler hat gesagt: Wir haben heute, untechnisch gesprochen, "keine Regierung" bzw. keine Begründung durch die Regierung. Aber ich glaube, auch dort herrscht Einigkeit. Ohne das Innenministerium hätten wir dieses Gesetz nicht vorlegen können. Wir haben sehr gut debattiert und diskutiert und uns auf Kompromisse geeinigt, aber die Ausformulierung des Gesetzes hat dankenswerterweise das Innenministerium übernommen. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im Gesetzgebungsverfahren gerade ein Gesetz zur Änderung der Landesverfassung, mit dem die großen Linien der Bürgerbeteiligung im Land Baden-Württemberg verändert werden. Um den Ablauf von Volksabstimmungen, Volksanträgen und Volksbegehren auch ordentlich zu regeln, wollen wir mit diesem Volksabstimmungsgesetz, das im Übrigen kein neues Gesetz ist, sondern eine Änderung erfährt, diese Verfassungsänderungen nachvollziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube aber, dass mit diesen Änderungen dieses Volksabstimmungsgesetz das wird, was es im Namen verspricht. Wir haben bei der direkten Demokratie sicherlich Nachholbedarf, und den werden wir jetzt mit dem Volksabstimmungsgesetz erfüllen. Deshalb glaube ich, dass das ein weiterer Schritt nach vorn ist – nicht nur für die Stärkung der direkten Demokratie, sondern auch als hervorragende Ergänzung der parlamentarischen Demokratie in unserem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was spricht für die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf? Er ist das Ergebnis vieler Diskussionen. Aber das allein soll ja noch nicht Grund für eine Zustimmung sein. Wir haben den Mittelweg gefunden, um einerseits ausreichend Zeit für die Sammlung der erforderlichen Zahl von Unterschriften vorzusehen – hierzu gehören auch die Absenkung der Quoren und die Regelung verschiedener Sammelarten bei den erforderlichen Unterschriften – und um andererseits sicherzustellen, dass Volksantrag, Volksbegehren und Volksabstimmung eine Legitimation durch das Volk erfahren. Die ist auch bei Absenkung der Quoren noch sichergestellt.

Gleichzeitig gilt, dass wir die Fristen so geregelt haben, dass eine hinreichende Aktualität der Gegenstände des Volksantrags oder des Volksbegehrens besteht. Ich glaube, wir haben unter Abwägung der unterschiedlichen Forderungen einen hervorragenden – ich will an dieser Stelle nicht "Mittelweg" sagen – Königsweg gefunden, der diesen neuen und verbesserten Instrumenten der direkten Demokratie Rechnung trägt.

Meine Fraktion wird diesem Volksabstimmungsgesetz zustimmen. Herzlichen Dank noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen der interfraktionellen Arbeitsgruppe und an Herrn Kollegen Sckerl für die hervorragende Leitung.

Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Spezialisten für interfraktionelle Arbeitsgruppen dürfen heute noch einmal das Wort ergreifen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich darf aber gern auch noch einmal bestätigen, dass es eine sehr ordentliche Zusammenarbeit war. Vielleicht ist es gar nicht so überflüssig, das zwischendurch einmal zu betonen, weil draußen manchmal der Eindruck entsteht, als würden Parteien und Fraktionen immer streiten – selbst dann, wenn es nichts zu streiten gibt. Hier war es umgekehrt. Hier ist nicht gestritten worden, sondern man hat sachlich einen Weg gesucht.

(Dr. Ulrich Goll)

Man muss berücksichtigen, dass die Verfassungsänderung, die dem zugrunde liegt, in gewisser Weise schon ein historischer Schritt war. Das ist ein Thema, über das eigentlich seit Jahrzehnten diskutiert wird. Und jetzt rücken Volksbegehren und Volksentscheid in einen Bereich, in dem diese Instrumente realistisch praktikabel sind. Das ist schon ein großer Sprung nach vorn. Aber der eigentliche Sprung hat natürlich in der Verfassung stattgefunden. Jetzt geht es um die Umsetzung.

Zu dem Gesetz ist inhaltlich schon etliches gesagt worden. Das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen.

Dass die Umsetzung manchmal auch noch politisch interessante Fragen mit sich bringen kann, zeigt allerdings ein Punkt, auf den ich doch noch eingehen möchte, weil wir da vielleicht auch noch Kommunikationsbedarf nach außen haben. Wir haben lange über die Frage diskutiert, ob man eine Art Wahlkampfkostenerstattung einführt, ob man den Organisatoren, die ein solches Volksbegehren auf die Bahn bringen wollen, praktisch eine Art Entschädigung zahlt. Wir haben letztlich auch dazu einen Kompromiss gefunden und haben uns dabei nicht auf dieses Gebiet begeben, das dann natürlich seine Tücken haben könnte, da sozusagen neue Lasten nach Art der Wahlkampfkostenerstattung zu schaffen. Außerdem gibt es, wenn es um Vergleichbarkeit geht, den wesentlichen Unterschied, dass die sogenannte Wahlkampfkostenerstattung dazu da ist, die Parteien auch über die gesamte Wahlperiode hinweg – nicht nur anlassbezogen – zu finanzieren.

Wir haben einen Kompromiss gefunden, der darauf hinausläuft, dass die Regierung – ob das das Innenministerium oder das Staatsministerium macht, ist, glaube ich, eher zweitrangig – ihrerseits umfassend informiert. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht – nicht nur, was das Ergebnis anbelangt, sondern auch, was die Unterrichtung bei der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 anbelangt. Es gelingt offensichtlich ohne Weiteres, das Ganze neutral darzustellen. Damit nehmen wir natürlich den Organisatoren, die ein solches Verfahren betreiben, schon eine ganz erhebliche Last ab. Aber so, glaube ich, muss man es auch nach außen kommunizieren.

Im Übrigen kann ich jetzt einmal zur Abwechslung feststellen: Kein Haar in der Suppe. Wir werden dem Gesetz gern zustimmen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich denke, Sie wissen von mir, dass mir an einer guten Zusammenarbeit immer gelegen ist. Aber dass ich mich geradezu zum Fan von interfraktionellen Arbeitsgruppen entwickeln würde, das hätte ich auch nicht unbedingt gedacht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich meine es aber durchaus ernst, weil ich gespürt habe, dass sowohl bei diesem Themenbereich als auch beispielsweise bei den Änderungen im Kommunalverfassungsrecht eine breite Basis vorhanden war, gemeinsam ein Ziel zu erreichen. Auf dem Weg dahin gab es die eine oder andere kontroverse Diskussion, aber man hat sich jedenfalls von dem Weg zum Ziel nicht abbringen lassen.

Die Vorredner haben auf die wesentlichen Punkte des hier zur Beratung anstehenden Gesetzentwurfs zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes, auf die Kernpunkte, hingewiesen. Deshalb möchte ich das alles an dieser Stelle nicht wiederholen, aber doch noch ergänzend darauf hinweisen, dass die dem zugrunde liegenden Änderungen der Landesverfassung nicht nur durch das Volksabstimmungsgesetz konkretisiert werden, sondern ebenfalls im Geleitzug – ich denke, das ist auch nicht ganz unwichtig – durch das Innenministerium die Landesstimmordnung an die neuen Vorgaben angepasst wird. Auch die haben es ja, wenn man so will, in sich. Auch die machen deutlich, wie ernst es uns tatsächlich mit diesem Gesetz ist.

Abseits der inhaltlichen Details geht es um die nähere Ausgestaltung des neuen Volksantrags, geht es um Formen, Fristen der Unterschriftensammlung, die amtlichen Unterrichtungs-, Beratungs- und Auskunftsrechte für diejenigen, die ein solches Begehren in Gang setzen möchten.

Betonen möchte ich, dass dieser Gesetzentwurf – das war heute ja spürbar – ein wesentlicher Baustein ist, was das Thema Bürgerbeteiligung anbelangt. Nicht nur die Mitwirkung der Landesregierung, sondern die Urheberschaft dieses Gesetzentwurfs aller vier Fraktionen des Landtags machen deutlich, dass dies ein Anliegen des gesamten Landtags von Baden-Württemberg ist. Ich finde, das ist schon ein richtig gutes Zeichen, das wir dann auch so nach außen tragen sollten.

Das Bedürfnis der Bevölkerung, bei wesentlichen Themen direkt mitsprechen zu können, ist in den letzten Jahren nun einmal gewachsen. Das spüren wir allenthalben. Ich denke, wir tun richtig gut daran, diesem Bedürfnis auch gerecht zu werden, und genau das tun wir mit diesem Gesetz.

Dass es von allen Fraktionen aufgegriffen worden ist, ist ein gutes Signal an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Deshalb will ich ausdrücklich auch noch einmal meine Anerkennung gegenüber all denen aussprechen, die sich hier eingebracht haben, die auch schwierige Klippen – die gab es ja auch – überwinden konnten, sodass man immer wieder auf den Weg der Gemeinsamkeit zurückgefunden hat. Ich will anerkennen, dass man tatsächlich am Gelingen interessiert war und sich nicht an dem aufgehalten hat, was anfänglich doch etwas trennend erschien.

Kollege Sckerl wird es kaum verkraften können: Ich habe ihn gestern von dieser Stelle aus auch schon gelobt – er hat es da zwar nicht gehört –, aber ich mache es heute ausdrücklich noch einmal. Solch ein Beratungsprozess fängt ja schon mit Banalitäten an, damit, Termine zu finden. Das will ich ausdrücklich sagen. Da die Beteiligten immer unter einen Hut zu bringen, das an sich verdient schon Lob. – Aber nein, Spaß beiseite. Die Inhalte machen es tatsächlich aus, und darauf dürfen wir in großer Gemeinsamkeit auch stolz sein.

Deshalb habe ich am Schluss doch noch eine Bitte: Ich habe gehört, dass gestern an dem einen oder anderen Punkt noch einmal Diskussionsbedarf entstanden ist, aber nicht dergestalt, dass es am Ende nicht doch "rund" wäre. In der Tat besteht noch Diskussions- und vielleicht Klärungsbedarf, was dieses gute Werk aber nicht infrage stellen kann. Ich habe trotzdem die Bitte, bei dem zu bleiben, was wir gemeinsam beschlossen haben.

(Minister Reinhold Gall)

Wir können gern noch einmal argumentieren und Ihnen, wenn gewünscht, noch Weiteres an die Hand geben. Wir haben uns, wie ich meine, zusammengerauft und haben deutlich gemacht, warum wir – das Innenministerium, die Landesregierung – bei den Themen "Zuständigkeit für die Zulassungsentscheidung" und "Zuständigkeit für die Erstellung der amtlichen Mitteilung" die Formulierungen, auf die wir uns geeinigt haben, vorgeschlagen haben. Denn ich denke, dass die Argumente, die wir genannt haben, wenn es um die Neutralität und die Objektivitätsgewährung geht, wirklich gut begründet sind.

Darüber können wir im Ausschuss oder zwischen der Ausschussberatung und der nächsten Beratung im Plenum gern noch einmal miteinander diskutieren.

Ausdrücklich sage ich aber Dank für das gute Miteinander bei der Erstellung dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/7330 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen und Punkt 5 der Tagesordnung damit erledigt.

Ich rufe die Punkte 8 bis 18 der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 8:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem – Drucksachen 15/7066, 15/7208

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler

Punkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 25: Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH – Drucksachen 15/7051, 15/7209

Berichterstatterin: Abg. Katrin Schütz

Punkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung

zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 6: BOS-Digitalfunk Baden-Württemberg – Drucksachen 15/7074, 15/7210

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

Punkt 11:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 14: Der Abzug von Mehraufwendungen für die doppelte Haushaltsführung als Werbungskosten – Drucksachen 15/7075, 15/7214

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Punkt 12:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 17: Kommunaler Straßenbau – Ausbau der Kreisstraße zwischen Rust und Ringsheim – Drucksachen 15/6991, 15/7212

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

Punkt 13:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 19: Umgang der Steuerverwaltung mit Rentenbezugsmitteilungen – Drucksachen 15/7065, 15/7215

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Punkt 14:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Mai 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 22: Zusätzliche Ausrüstung von Streckenbeeinflussungsanlagen an den Bundesautobahnen A 8 und A 81 durch das Land Baden-Württemberg – Drucksachen 15/6952, 15/7211

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Punkt 15:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu

- a) der Mitteilung des Rechnungshofs vom 2. April 2015 Beratende Äußerung "Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds"
- b) der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Juni 2015

 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission "Demografischer Wandel Herausforderung an die Landespolitik"

Drucksachen 15/6699, 15/7036, 15/7216

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Punkt 16:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 6. Juli 2015 – Veräußerung des landeseigenen Gebäudegrundstücks Hauptstraße 10/12 in Bad Waldsee – Drucksachen 15/7130, 15/7213

Berichterstatter: Abg. Karl-Wolfgang Jägel

Punkt 17:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/7382, 15/7383, 15/7384, 15/7385, 15/7386, 15/7387, 15/7388

Punkt 18:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/7352

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 14. Oktober 2015, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:46 Uhr